

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nummer 1—3

Jänner/Februar/März 1976

2 Schilling

Weder ablenken - noch vernebeln...

Am Beginn eines neuen Jahres ist es oft leicht, Signale und Markierungen zu setzen, den Weg zu zeigen und das Ziel zu nennen — dieses Mal ist dieses Wollen etwas schwerer.

Die Tage des Februar, die uns noch immer zutiefst bewegen, obwohl es wieder Stimmen gibt, die uns zu jenen zählen wollen, die — wie es so schön im (Schlag)wortgebrauch der Sprachregelung heißt — „die Vergangenheit noch nicht bewältigt haben“; wo doch angeblich gerade im Zeichen dieser „Bewältigung“ der Schlüssel für unsere Zukunft liegen soll...

Die Tage des März, diese stehen diesmal im Zeichen des 23. Ordentlichen Bundesparteitages, bewegen uns nicht minder tief; sollen doch die Weichen für eine umfassende Parteireform gestellt und der Kurs der Partei auf die achtziger Jahre erarbeitet werden. Hunderte von Anträgen liegen vor, auch Anträge der sozialistischen Freiheitskämpfer; darunter jener Antrag, der davor warnen will, daß durch nicht klar definierte neue Formulierungen ein Entideologisierungsvorgang eingeleitet werden könnte.

Die Tage des Jänner — beim Erscheinen dieses Heftes schon verstrichen —, sie haben von vielen Aufgaben, die vor uns liegen, abgelenkt und bestenfalls zu einer Einschätzung der Wirklichkeit geführt, die vielleicht völlig anders und viel schwieriger ist.

Bleiben wir bei den Tagen des Februar. Da gibt es ein Österreichisches Institut für Wirtschaft und Politik, das eine Zeitschrift herausgibt, die sich „Berichte und Informationen“ nennt. Und seriös und ernst genommen werden will, wofür Titel und Herausgeber ja eigentlich bürgen sollten. Doch staune man mit Empörung, was dort in professoraler Unverfrorenheit zu lesen steht: „... Man muß zunächst von der Tatsache ausgehen, daß in den letzten zehn Jahren das Gift des Marxismus tief in unsere Jugend eingedrungen ist. Die Geschichtsverfälschung beispielsweise ist heute weit verbreitet, etwa über den sozialdemokratischen Putschversuch vom 12. Februar 1934, der mit einem bewaffneten Überfall auf die Polizei begann und der heute als ‚Heldenkampf des demokratischen Sozialismus‘ glorifiziert wird. Diese Linksausrichtung bis weit in bürgerliche Kreise hinein muß man bis aufs äußerste bekämpfen!...“

Und das trotz aller Dokumentation, die jedermann, der es ehrlich meint, zugänglich ist, trotz der Tatsachen, die bekannt und in letzter Zeit vielfach belegt worden sind.

Das sollte doch zu denken geben — auch im März, wenn vielleicht wieder die Schalmeien tönen von einer Vergangenheit, die wir noch nicht „bewältigt“ hätten. Wir brauchen uns unserer Vergangenheit nicht zu schämen, wir brauchen unsere Vergangenheit nicht zu bewältigen; weder wir noch — wie wir überzeugt sind — die Sozialistische Partei, wenn wir mit Posauenstimme rufen: Verzeihen ja — aber

niemals vergessen!

Gen. Arbeiter

Dank an die Februarkämpfer

Auf der großen Solidaritätskundgebung der SPÖ im überfüllten Wiener Konzerthausaal, am Abend des 12. Februar 1976, sagte Genosse Bruno Kreisky: „An diesem 12. Februar wollen wir nicht nur der historischen Ereignisse des Jahres 1934 gedenken, sondern auch der sozialistischen Bruderparteien in Spanien und Portugal, die mitten im Kampf um die Freiheit stehen.“

Wir haben die Solidarität der internationalen Arbeiterbewegung in den dreißiger Jahren erlebt, die große Geldbeträge zur Verfügung stellte, ohne die den Tausenden Inhaftierten gar nicht hätte geholfen werden können. Heute brauchen die Sozialisten in Spanien und Portugal unsere Hilfe, gilt es doch, in Portugal die Demokratie zu festigen und in Spanien die demokratischen Freiheiten wieder zu erringen.

Die SP-Portugals unter Mario Soares muß in den nächsten Wochen die ersten demokratischen Wahlen vorbereiten. Die spanische Arbeiterpartei unter Felipe Gonzales muß einen Parteiapparat aufbauen. All das erfordert sehr viel Geld, deshalb will sich die SPÖ nicht mit verbalen Solidaritätserklärungen begnügen, und sie hat namens des Parteivorstandes bereits einen Solidaritätsfonds errichtet.

Wenn es gelingt, in Portugal die Demokratie zu festigen und in Spanien die demokratischen Freiheiten wieder zu erringen, dann wird es in Europa nirgends mehr eine Diktatur geben — ausgenommen in den kommunistischen Ländern.“

Dann begrüßte Genosse Kreisky namens der SPÖ den spanischen SP-Vorsitzenden Felipe Gonzales, von dem man erwartet, daß er die sozialistischen Kräfte in Spanien sammelt und zu einer großen Bewegung vereint. Die Grüße an den portugiesischen SP-Vorsitzenden Mario Soares verband Kreisky mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß „das Ergebnis der ersten freien Wahlen in Portugal so ruhmreich sein möge, wie der Kampf der portugiesischen Sozialisten für die Demokratie“.

Mario Soares erklärte in seiner Ansprache, daß der 12. Februar 1934 auch für seine Partei ein Symbol des antifaschistischen Widerstandes und des Arbeiterkampfes für die Demokratie sei. Die lange Diktatur in Portugal war jener von Dollfuß sehr ähnlich. Erst am 25. April 1974 gelang es den sozialistischen, antifaschistischen und antikolonialistischen Widerstandskämpfern, diese Diktatur zu brechen. Soares sprach die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, in Kürze auch in Spanien die Demokratie zu errichten. Der portugiesische Beitrag dazu war, die Demokratie im eigenen Land zu festigen und sie gegen jene Kräfte zu verteidigen, die die Entspannung in Europa gefährdet hätten.

Obwohl die portugiesische Demokratie noch keine zwei Jahre alt ist und von vielen Krisen bedroht war, ist es bereits gelungen, die Kolonien in die Unabhängigkeit zu entlassen, den Monopolkapitalismus zu beschränken und eine Agrarreform einzuleiten. Seine Partei war nicht bereit, die Freiheit einem Sozialismus ohne Freiheit zu opfern, weil ein Sozialismus ohne demokratische Freiheit höchstens eine Karikatur des Sozialismus sein könne. Portugal ist auf dem besten Weg, sich politisch und militärisch zu stabilisieren. Sobald die neue Verfassung beschlossen und die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung im April abgehalten sein werden, wird Portugal in eine Phase der verfassungsmäßigen Normalisierung eintreten, die schon als vollkommen demokratisch bezeichnet werden kann.

Österreich und Portugal sind Länder gleicher Größenordnung mit gemeinsamen politischen und kulturellen Werten und es gilt, die beiderseitigen Beziehungen aus der Perspektive der antifaschistischen und sozialistischen Solidarität zu entwickeln.

Der spanische SP-Vorsitzende Felipe Gonzales überbrachte die Grüße der „ältesten Partei Spaniens“ und betonte, daß viele Spanier Freiheit und Demokratie nie gekannt haben, weil sie erst nach dem verlorenen Bürgerkrieg geboren wurden. Noch immer kämpfen die spanischen Sozialisten für die Freiheit. Für sie ist das Jahr 1934 ein bedeutsames Ereignis für die gemein-

same Solidarität und den Kampf gegen den Faschismus. Gonzales zitierte zwei Artikel, die am 18. und 21. Februar 1934 in der spanischen Zeitung „Der Sozialist“ erschienen waren. Darin hieß es: „Die österreichische Revolution, die Ereignisse in Österreich haben dem modernen Sozialismus neue Werte geschaffen. In Deutschland und Italien hat der Sozialismus viele Verluste gegen den Faschismus erlitten, da er von der Bühne abtrat, ohne den Kampf zu beginnen. Mit dem Verzicht auf den Kampf haben die deutschen und italienischen Sozialdemokraten große moralische Schuld auf sich geladen. Denn wir Arbeiter sollen uns nicht beugen und resignieren. Wir müssen den Kampf aufnehmen. Österreich hat uns eine ernsthafte Lektion erteilt.“ Im Oktober 1934 wurde die österreichische Tragödie in Spanien nachvollzogen. Der Generalstreik wurde vom reaktionären Heer in Blut erstickt und 1936 brach dann der blutigste Bürgerkrieg der Menschheitsgeschichte aus. Die österreichischen und spanischen Sozialisten waren die ersten Kämpfer gegen den Faschismus. Österreich gelang es 1945, Freiheit und Demokratie wiederzugewinnen, die spanischen Sozialisten kämpfen aber noch immer. Die sozialistische Partei Spaniens ist fest entschlossen, die demokratischen Freiheiten zu gewinnen, nicht durch Gewaltanwendung, die sie ablehnt, sondern durch den Willen des Volkes. Dazu braucht die spanische SP aber die Solidarität der Sozialistischen Internationale und der freien Welt.

Im Namen der nachfolgenden Generationen dankte dann Bürgermeister Genosse Leopold Gratz den Februarkämpfern des Jahres 1934, die nicht an persönlichen Vorteil und politische Karriere dachten, als sie sich für die Erhaltung der einzigen menschengerechten und menschenwürdigen Regierungsform, der Demokratie, einsetzten.

Wir wollen aus diesem Kampf für die Demokratie eine Lehre ziehen: Ohne die „Utopie“ der österreichischen Sozialdemokraten, die heute von der ÖVP kritisiert wird, hätte es 1934 keine Verteidigung der Demokratie gegeben. Wir müssen die Erinnerung an den Februar 1934 wachhalten, weil die Demokratie nicht durch Verfassungsartikel allein zu bewahren ist, sondern nur durch Demokraten.

Die österreichischen Sozialisten werden die portugiesischen und spanischen Parteifreunde offen und energisch unterstützen, da sie die Bedeutung aktiver Solidarität kennen. Es ist besser, bestehende Demokratien zu unterstützen, als später ihren Untergang zu beklagen. Den spanischen Sozialisten, die wie keine andere Partei unzählige Blutopfer für die Demokratie

Solidaritätsfonds der SPÖ

Spenden zur Unterstützung des Kampfes der Sozialisten Portugals und Spaniens für Freiheit und Demokratie können ab sofort an den „Solidaritätsfonds der SPÖ“, Postsparkassenkonto 1,618.800, eingezahlt werden.

Erste Einzahlungen von Landesorganisationen der SPÖ sind bereits erfolgt: So spendete die Wiener Organisation der SPÖ 100.000 Schilling, die SPÖ Niederösterreich 50.000 und die Landesorganisation Burgenland 10.000 Schilling als erste Raten. Für unsere Mitglieder liegen dieser Nummer unserer Zeitung Erlagscheine bei, und wir bitten, sich ihrer zu bedienen.

erbracht haben, sind gerade wir besonders verbunden, denn viele Schutzbündler haben in den internationalen Brigaden gekämpft.

Die musikalische Umrahmung der großen Solidaritätskundgebung zum 12. Februar, an der auch Delegationen aus allen Bundesländern teilnahmen, besorgte die Chorvereinigung der Chemie-Linz und die bekannte Künstlerin Topsy Küppers, die sozialkritische Chansons vortrug.

Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs

Der Nationalrat hat am 27. Jänner 1976 das Bundesgesetz über die Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs beschlossen; ein Gesetz, das der Bundesrat einstimmig billigen wird und das daher in Kraft tritt, sobald es im Bundesgesetzblatt veröffentlicht ist.

Mit diesem Gesetz wird gleichzeitig das Bundesgesetz vom 12. April 1964 über die Schaffung der Österreichischen Befreiungsmedaille, BGBl. Nr. 118, außer Kraft gesetzt, das ja bekanntlich nie wirksam geworden ist.

Das jetzt beschlossene Gesetz hat den Wortlaut:

Bundesgesetz vom über die Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Für Verdienste um die Befreiung der Republik Österreich von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wird das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs, im folgenden kurz Befreiungs-Ehrenzeichen genannt, geschaffen.

§ 2. (1) Es kann Personen verliehen werden, die sich um die Befreiung der Republik Österreich von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verdient gemacht haben und die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder besessen haben.

(2) Das Befreiungs-Ehrenzeichen kann auch posthum verliehen werden, wenn noch ein naher Familienangehöriger, wie Ehegatte, Verwandter in gerader Linie, vorhanden ist, dem diese Auszeichnung übergeben werden kann.

§ 3. Das Befreiungs-Ehrenzeichen verleiht der Bundespräsident auf Vorschlag der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat hiebei auf den Vorschlag eines aus elf Mitgliedern bestehenden Kuratoriums Bedacht zu nehmen.

§ 4. (1) Der Bundeskanzler, der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, der Bundesminister für Inneres, der Bundesminister für Justiz und der Bundesminister für soziale Verwaltung bestellen je ein Mitglied des Kuratoriums.

(2) Sechs weitere Mitglieder bestellt der Bundeskanzler unter Bedachtnahme auf Vorschläge von Einrichtungen und Organisationen, die die besonderen Interessen von Personen vertreten, die im Zusammenhang mit der Befreiung Österreichs Verdienste erworben haben.

(3) Das Kuratorium hat sich eine Geschäftsordnung zu geben.

§ 5. (1) Personen, denen das Befreiungs-Ehrenzeichen verliehen worden ist, sind berechtigt, sich als Besitzer des Befreiungs-Ehrenzeichens zu bezeichnen und dieses zur Uniform und zur Zivilkleidung zu tragen. Andere Vorrechte sind mit dem Besitz des Befreiungs-Ehrenzeichens nicht verbunden. Das Befreiungs-Ehrenzeichen geht in das Eigentum des Beliehenen oder der nach § 2 Abs. 2 in Betracht kommenden Person über.

(2) Die Präsidentschaftskanzlei hat eine Urkunde über die Verleihung auszustellen.

§ 6. Das Befreiungs-Ehrenzeichen darf von einer anderen Person als dem Beliehenen weder in der Öffentlichkeit getragen noch zu Lebzeiten des Besitzers in das Eigentum anderer Personen übertragen werden.

§ 7. Das Befreiungs-Ehrenzeichen ist kreisrund, versilbert und wird an einem Band getragen. Die näheren Bestimmungen über die Ausstattung des Befreiungs-Ehrenzeichens, die Art des Tragens und die Verleihungsurkunde hat die Bundesregierung im Verordnungsweg zu erlassen.

§ 8. Von der Verleihung ausgeschlossen sind Personen, die wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden sind, es sei denn, daß die Verurteilung getilgt worden ist oder daß die Rechtsfolgen endgültig nachgesehen sind.

§ 9. (1) Die mit der Verleihung des Befreiungs-Ehrenzeichens verbundenen Kosten sind von Amts wegen zu tragen.

(2) Die durch dieses Bundesgesetz veranlaßten Eingaben, Beilagen und Zeugnisse sind von den Stempel- und Rechtsgebühren, den Bundesverwaltungsabgaben sowie den Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren befreit.

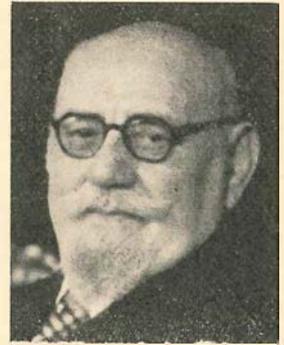
§ 10. Wer den Bestimmungen des § 6 zuwiderhandelt oder das Befreiungs-Ehrenzeichen in einer seine Bedeutung herabwürdigenden Weise verwendet, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde, im örtlichen Wirkungsbereich einer Bundespolizeibehörde von dieser, mit einer Geldstrafe bis 3000 S, im Fall der Uneinbringlichkeit mit Arrest bis zu zwei Wochen, zu bestrafen.

§ 11. Das Bundesgesetz vom 12. April 1964 über die Schaffung der Österreichischen Befreiungsmedaille, BGBl. Nr. 118, tritt mit dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes außer Kraft.

§ 12. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut. Die Vorbereitung von Beschlüssen der Bundesregierung obliegt dem Bundeskanzler.

In der sozialistischen Bewegung gehört es von Anbeginn an zur guten Übung, so wenig Personenkult wie möglich zu betreiben. Gewiß – es sollte jeder im großen Kreis der Vertrauensmänner und Vertrauensfrauen sein Gewicht haben und den Respekt finden, der ihm gebührt: Aber er sollte hinter das Werk treten! Wer die Exzesse des Personenkults in unserer Zeit erlebt hat, kann nur froh sein, daß jene Auffassung auch heute noch in der Arbeiterbewegung gilt. Wie oft gelingt es doch – auch in der Demokratie –, jemanden „zum großen Mann zu machen“, der es nicht ist; gelingt es, ihm Eigenschaften in solcher Zahl und Güte zu verleihen, daß ein einziger so gut und so großartig gar nicht sein kann. Wer außerdem aus der Erfahrung weiß, in wie falschem Licht sich manchmal einer präsentiert, als ein echter Hüter der Meinungsfreiheit und Wahrer der Demokratie, der in Wirklichkeit im engsten Kreis ein Despot ist, der wird doppelt kritisch sein und zur Vorsicht mahnen!

25. Todestag von Dr. Karl Renner



„Österreich von heute trägt in hohem Maße die Züge Dr. Karl Renners“, sagte Genosse Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner in seiner Festansprache bei der Feierstunde zum 25. Todestag Renners, die am Mittwoch, dem 28. Jänner 1976, im Salzburger Kongreßhaus als Auftakt zur Tagung des Klubs der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte stattfand.

Genosse Waldbrunner, im Jahre 1945 selbst Mitglied der provisorischen Regierung unter Renner, zeichnete ein faszinierendes Bild des Werdeganges des Mannes, der aus den Ruinen zweier furchtbarer Weltkriege zweimal die Republik Österreich schuf. Er schilderte den Werdegang Renners, erst vom Dorfjungen zum Doktor der Rechte und Archivar in der Parlamentsbibliothek, seinen Existenzkampf für sich und seine Familie — Renner verdiente sich Leben und Studium vom 12. Lebensjahr an selbst — bis zu seiner Wahl im Jahre 1907 als Abgeordneter in den Reichsrat.

Von da an wurde Genosse Renner rasch ein bedeutender Vorkämpfer des internationalen Sozialismus österreichischer Prägung, des Austromarxismus. Rückblickend auf diese Zeit, schrieb Genosse Renner noch wenige Monate vor seinem Tode unter anderem:

„Unter den Vorkämpfern des Sozialismus waren es insbesondere österreichische Denker, welche das Gedankensystem von Karl Marx fortgebildet haben, weshalb man schon lange von einer Schule des Austromarxismus gesprochen hat. Er ist im Geiste Victor Adlers erstanden, von ihm tausendfältig angeregt, ermutigt und geleitet.“

Und zur Methodik dieser Schule heißt es an anderer Stelle:

„... daß sie das System unseres Altmeisters Karl Marx ... nicht als geschlossenes System einer einzelnen Wissenschaft, sondern als Denk- und Forschungsmethode für den Bereich der Gesellschaftswissenschaft im allgemeinen und aller ihrer Zweige — und nicht etwa als bloßes politisches Propagandawerk — zu erkennen und fortzubilden unternahm ...“

Eine solche Auffassung schuf der sozialistischen Bewegung einen weiten geistigen Spielraum. Ohne zu übertreiben darf gesagt werden, daß nicht zuletzt dieser Schule des Austromarxismus die Geschlossenheit und Stärke unserer Partei, über alle Erschütterungen und Verheerungen dieses Jahrhunderts hinweg, zu verdanken ist. Genosse Renner hat bei seinem Schaffen diesen weiten Spielraum ausgiebig genutzt und dabei einen außerordentlichen Einfallsreichtum und große geistige Wendigkeit entwickelt.

Als Humanist und Sozialdemokrat austromarxistischer Schule ging er in seinem gesamten Wirken immer wieder davon aus, daß die gesellschaftliche Entwicklung durch die ökonomischen Gegebenheiten und Veränderungen bedingt ist. Grundsätzlich gab er dem evolutionären Weg den Vorzug vor dem revolutionären.

Als im sozialistischen Lager die Auseinandersetzung um die Stellung der Sozialisten im Staat auflebte, setzte Renner der Parole der Zertrümmerung des kapitalistisch beherrschten Staates in seinen verschiedenen Erscheinungsformen mit einer auch für ihn außergewöhnlichen Konsequenz die Parole der Durchdringung, Besitzergreifung und Anpassung des Staates an die neuen Erfordernisse entgegen. Er tat es mit einem Eifer, der ihn mitunter auch übers Ziel schießen ließ und ihn in beträchtliche Schwierigkeiten innerhalb der eigenen Partei brachte.

Am Parteitag 1917 kam es zur großen Auseinandersetzung in dieser Frage. Renners Verteidigung seiner

„Staatsnähe“ auf diesem Parteitag ist wert, in Erinnerung gerufen zu werden:

„... Nun sagt man, ich sei ein Staatsfanatiker. Ich bin es nicht, ich bin aber auch nicht blind für den Staat. In diesem Punkt bitte ich allerdings nicht, daß Sie mir glauben, sondern daß Sie darüber diskutieren und nicht streiten, daß Sie mir aber auch den Zweifel aus der Welt schaffen, der in der Frage liegt. Ich sage: Reden wir nicht in Begriffen, sondern in Tatsachen!

Der Arbeiter fordert, der Staat möge den Achtstundentag festsetzen, den Schaffenden in der Werkstatt in jeder Beziehung schützen, ihn gegen Krankheit und Unfall für sein Alter und zugunsten seiner Hinterbliebenen versichern, die Mütter beschützen, die Säuglinge in seine Obhut nehmen, die Kinder gesund erhalten, für die Volksbildung und für die Wissenschaft das Möglichste tun, den Ackerbau pflegen, die Anarchie in der Produktion bannen, den Krieg überwinden. „Der Staat soll!“ — das ist der einzige, immer wiederkehrende proletarische Imperativ. Natürlich, wer denn sonst als der Staat?

Damit er es kann, muß er reich und stark sein. Wie denn anders? Wie könnte er das alles, wenn er ohnmächtig ist? Wer hindert ihn aber, die Pflichten zu erfüllen, die wir ihm auferlegen wollen? Die Kapitalistenklasse, die ihn heute beherrscht! Und unsere Forderung ist: Eroberung der politischen Macht! Das ist Befreiung des Staates von der Macht des Kapitals. Wir haben keine andere Gemeinschaft als den Staat, und darum muß der Staat da sein, und er muß die notwendigen Mittel haben ...“

Mit dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches war dieser Streit zumindest vorläufig hinfällig. Alle Entscheidungen trafen die Siegermächte, die jede Art von Ökumene, sei es mit den bisherigen Reichsgenossen, sei es mit dem deutschen Volk, untersagten. Und den Sozialdemokraten des verbliebenen Rumpfstaates Deutschösterreich blieb gar nichts anderes übrig, als zu übernehmen, was da war. Sie konnten die Verantwortung dafür einfach nicht ablehnen, ohne das Volk dem Chaos preiszugeben.

Renner war seiner ganzen Geisteshaltung nach kein Staatsfanatiker. Er war sich der Vergänglichkeit aller von Menschen geschaffenen Institutionen ebenso bewußt wie deren Unzulänglichkeit und Gefährlichkeit. Im fünften Hauptstück seines Werkes „Mensch und Gesellschaft“ sagt er zur Einrichtung Staat:

„Der Staat ist nicht von Ewigkeit her, ist nicht von Gott oder der Natur gegeben, sondern zeitliche Schöpfung der menschlichen Gesellschaft, wenn auch zur Zeit die weitaus bedeutendste ...“

... man kann die Frage „Was ist der Staat?“ nicht treffender beantworten als durch den Satz: Der heutige Staat ist eine Übergangserscheinung der sozialen Entwicklung ...“

... keine Gesellschaft kann ohne öffentliche Gewalt bestehen und jede bringt eine solche hervor, sobald die überlieferte wegfällt oder versagt ...“

... Wie unrichtig die russische Parole war, zeigte die Folge: Man hat zwar in Rußland den Apparat erst zerstört, mußte jedoch einen anderen Apparat von Grund aus neu bauen. Armee, Bürokratie, Polizei, zentrale Wirtschafts- und Sozialverwaltungsämter, eine solche Legion von Apparatschik, daß sie heute eine neue herrschende Klasse bilden.“

Die öffentliche Gewalt unter demokratischer Kontrolle zu halten, sie nicht zur Geißel, sondern zum Werkzeug der Gemeinschaft zu machen, mußte bei einer solchen Staatsauffassung zu einer hohen Verpflichtung werden.

Das Ringen um die Demokratie im Kampf gegen die Diktaturen des Kommunismus und des Faschismus gab auch der Haltung der Sozialisten eine neue Richtung.

... stellt fest, daß ...?

In der 30. Generalversammlung der Vereinten Nationen, die am 16. September 1975 zu ihrer ersten Sitzung im Glaspalast am East River zusammentrat, wurde von 20 arabischen Staaten ein Resolutionsentwurf eingebracht, der den Zionismus als eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung bezeichnet. Dieser Entwurf wurde am 10. November 1975 mit 72 gegen 35 Stimmen angenommen; 32 Staaten enthielten sich der Stimme.*

Damit wurde — wie der amerikanische UN-Botschafter nach der Abstimmung erklärte — den Mördern von sechs Millionen Juden eine Amnestie erteilt, was ohne UNO-Vollversammlung nie hätte geschehen können. Durch die Annahme der Resolution, die weltweite Proteste ausgelöst hat, wurden jene Prinzipien kompromittiert, auf denen die Weltorganisation gegründet worden ist.

Auf einer in Wien abgehaltenen Protestversammlung hielt Nationalratspräsident Genosse Otto Probst eine Rede, der wir die folgenden Ausführungen entnehmen.

Mit Recht hat Israels Botschafter bei der UN vor der Abstimmung erklärt, zur Debatte vor dieser Versammlung stehe nicht Israel und nicht der Zionismus, zur Debatte stehe das Schicksal dieser Organisation selbst. Zweifelsohne begaben sich die UN mit dieser Beschlüßfassung in eine ihrer schwersten Krisen. Denn es ist ein Irrtum, wenn diese Resolution an jene vom 20. November 1963 erinnert, in der die Deklaration der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung proklamiert wurde, wenn sie daran erinnert, daß in einer Resolution vom 14. Dezember 1973 die Vollversammlung unter anderem die „unheilige Allianz“, wie es dort heißt, zwischen dem südafrikanischen Rassismus und dem Zionismus verurteilt. Damals, im Dezember 1973, hat das Unheil begonnen, als man Südafrika mit Israel verglich. Solche ähnliche Diskussionen hat es auch schon einmal gegeben. In der Interparlamentarischen Union. Das Unheil nahm weiter seinen Lauf, indem in Lima in einer politischen Deklaration die Außenminister der sogenannten bündnisfreien Länder den Zionismus als Bedrohung des Weltfriedens verurteilten.

Die Gegner Israels haben seit Jahren den Boden für die Entscheidung der UN vom 10. November dieses Jahres vorbereitet. Es mag einer ausgeklügelten Taktik entsprechen, wenn eine Zeitung von einem „Ersatzbeschluß“ schreibt, mit dem die blockfreien Staaten, aber auch die Ostblockstaaten zwar einen Druck auf Israel ausüben wollen, gleichzeitig aber den Terroristen und Israel-Gegnern in der PLO das Wasser abgraben wollen. Das haben sie damit nicht getan. Gewiß stand Israel vor einem Antrag zum sofortigen Ausschluß aus der UN. Nur das Vetorecht im Sicherheitsrat hat es als aussichtslos erwiesen, eine Suspendierung Israels in der Vollversammlung anzustreben.

Ausgerechnet in dem Jahr, in dem sich die UNO 30 Jahre nach ihrer Gründung befindet; ausgerechnet auch in dem Jubiläumsjahr der österreichischen Mitgliedschaft, was besonders bemerkt sein soll. Es kann kein Zweifel sein, daß vor allem arabische Länder, die ihre Mithelfer in anderen Staaten haben, die Auslöschung Israels als Ziel besitzen; daran hat sich nichts geändert. Aber damit verbunden ist auch eine Selbstzerstörung der moralischen Autorität der UNO, obwohl heute mehr denn je die dringende Notwendigkeit von Einverständnis über weite Bereiche weltpolitischer Fragen besteht. Die Vereinten Nationen haben in ihrer 30jährigen Geschichte viele Krisen erlebt und überstanden. Aber was kann die UNO sein, wenn Zufallsmehrheiten Staaten aus ihrer Mitgliedschaft ausschließen oder ausschließen wollen. Damit würde die UNO jeden Sinn verlieren. Sie wird eben lernen müssen, mit der Spaltung zu leben, da es für sie keine andere Alternative gibt. Was wollen die Vertreter der sogenannten Dritten und Vierten Welt, wenn sie nicht mehr einer UNO angehören, sondern nur noch Blöcken? Sie sind unabhängig geworden, diese Staaten und diese Länder, und haben sich gleichzeitig bemüht, die Mitgliedschaft bei der UNO zu erreichen.

Über den Zionismus, die Bewegung, die zur Entstehung des Staates Israel geführt hat, wurde schon viel diskutiert und geschrieben. Man mag zu ihm stehen wie man will, aber Israel als Staat existiert, ist eine Realität und führt heute einen Kampf ums Überleben. Es geht heute nicht darum, ob Israel anerkannt wird oder nicht. Viele Juden glauben, daß der Zionismus eine gemeinsame Zukunft des jüdischen Volkes bildet. Ein solcher Glaube kann akzeptiert oder abgelehnt werden. Das ist Sache des einzelnen, ob Jude oder Nichtjude. Man muß anerkennen, daß der Zionismus — und das sage ich als Nichtjude — zwei Hauptziele verfolgt: Den Juden die

Ich wußte bereits, daß der Fanatismus ein Zeichen der Dummheit ist. Heute aber möchte ich sagen, daß er die Dummheit selbst ist.

Um mich darin zu bestätigen, genügt es, die Gesichter der Verdammten gesehen, ihre Worte gehört zu haben. Der unvorstellbare Haß der Menschen gegen ihre eigene Art ist der Faden, der die Geschichte durchzieht.

Ersparen wir uns die großen Worte, bewahren wir uns nur eines: Die Verachtung. Und zur Erbauung aller lesen wir die Liste der „dafür“.

Frank, Anne Frank, wunderbare und jammervolle Blume des Lebens, einsam Verstorbene, an Dich denke ich in diesem Moment, wo es gilt, sich zu entschuldigen.

François Mitterrand

Selbstachtung, die sie in ihrer Geschichte oft verloren haben, wiederzugeben, und die Achtung der Nichtjuden wiederzugewinnen sowie eine jüdische nationale Heimstätte zu errichten, wo Juden als freie Menschen auf eigener geschichtlicher Erde friedlich leben können. Auch für Nichtjuden ist die Errichtung des jüdischen Staates der größte Wendepunkt in der zweitausendjährigen jüdischen Geschichte, und das hat tiefe Auswirkungen auf das jüdische Leben in der ganzen Welt, in der Diaspora, gehabt. Wer einmal in Israel war, hat bewundern gelernt und muß bewundern, mit welcher Entschlossenheit und Tüchtigkeit der jüdische Staat geschaffen wurde. Zwar hat der Antisemitismus in der Diaspora vorerst etwas nachgelassen, teils als Reaktion auf die Greuel des Hitlerregimes, teils als Folge der Geburt Israels. Doch hat zweifellos die Feindschaft der Nachbarn gegen den neuen Staat zugenommen. Israel hat daher in seinem Bemühen, die Nachbarn zur Anerkennung seiner Existenzberechtigung zu bewegen, einen harten Kampf zu bestehen, und dieser Kampf dauert an. Man kann nicht einseitig vom israelischen Militarismus sprechen, wie es oft geschieht, und nicht auch vom Militarismus Allahs.

Wenn wir das Lebensrecht Israels anerkennen, so dürfen wir nicht nur als Nichtjuden unsere Sympathie bekunden, sondern wir müssen eine Politik einrichten, die Israels Zukunft garantiert.

Der Zionismus war in Wirklichkeit auch eine Antwort auf den Antisemitismus früherer Jahre, früherer Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts. Wir müssen auch, ob wir wollen oder nicht, antisemitische Strömungen auch in Österreich beobachten. Den Kopf zu verstecken wäre unnütz. Vielleicht hat man ehemals in der Geschichte geglaubt, daß mit der Gründung des Staates Israel der Antisemitismus verschwinden werde. Das war aber ein Trugschluß.

Genosse Otto Probst schloß dann seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Wir haben nach 1945, als die Opferfürsorgegesetzgebung geschaffen wurde, bald die rassische Verfolgung — und damit meinten wir die der Juden — der politischen Verfolgung gleichgesetzt und gesetzlich festgelegt. Und ich bekenne mich dazu. Das war damals und auch heute noch die felsenfeste Gesinnung, daß für die Opfer der politischen und rassischen Verfolgung in den Lagern, im Lande selber oder im Ausland Genugtuung gegeben werden muß. So müssen wir dem Widerspruch entgegentreten, den der UNO-Beschluß diesbezüglich hinterlassen hat, und alles tun, um Verständnis für die Fragen der Entspannung im Nahen Osten zu erlangen. Oder ist Auschwitz für

manche noch immer die ideale Lösung der Judenfrage, ohne es auszusprechen? Warum ist Auschwitz so rasch vergessen? — Wir müssen den Anfängen wehren! Antisemitismus ist nach einem alten Spruch von Victor Adler der ‚Sozialismus des dummen Kerls‘. Wer sich davon betroffen fühlt, ist selbst schuld.

Wir wünschen, daß die Staaten des Nahen Ostens friedlich beieinander leben, und haben auch Verständnis für die legalen Rechte der Nachbarstaaten Israels. Es kann doch kein Zweifel sein, daß Israel heute eine Brücke bildet zwischen der westlichen und östlichen und afrikanischen Welt, zwischen den Kontinenten.

Und wir wünschen, daß in der Welt keine Blöcke bestehen, sondern daß die UNO wieder eine universelle Organisation wird, die eine wirkliche Weltpolitik betreibt und auch dazu in der Lage ist.

Der letzte Beschluß der UN hat eine schockierende Wirkung auf viele Staaten und deren Bürger gehabt. Denn wer für Frieden und Freiheit wirklich eintritt, muß Israel bewahren.“

Für

Für die Resolution stimmten: Afghanistan, Algerien, Albanien, Bahrain, Bangla Desh, Brasilien, Bulgarien, Burundi, Weißrußland, Kambodscha, Kamerun, Kapverdische Inseln, Tschad, China, Kongo, Kuba, Kuwait, Zypern, Tschechoslowakei, Dahomey, Ägypten, Äquatorial-Guinea, Gambia, DDR, Grenada, Guinea, Guinea-Bissau, Guayana, Ungarn, Indien, Indonesien, Iran, Irak, Jordanien, Laos, Libyen, Libanon, Madagaskar, Malaysia, Malediven, Mali, Malta, Mauretanien, Mexiko, Mongolei, Marokko, Mozambique, Niger, Nigeria, Oman, Pakistan, Polen, Portugal, Qatar, Ruanda, Sao Tomé-Prinçipe, Saudi-Arabien, Senegal, Somalia, Sri Lanka, Sudan, Syrien, Tunesien, Türkei, Uganda, Ukraine, Sowjetunion, Vereinigte Arabische Emirate, Tanzania, Nordvietnam, Südvietnam, Jugoslawien.

Gegen

Gegen die Resolution stimmten: Australien, Österreich, Bahamas, Barbados, Belgien, Kanada, Zentralafrikanische Republik, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, El Salvador, Fidschi-Inseln, Finnland, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Honduras, Island, Irland, Israel, Italien, Elfenbeinküste, Liberia, Luxemburg, Malawi, Niederlande, Neuseeland, Nikaragua, Norwegen, Panama, Swaziland, Schweden, Großbritannien, Vereinigte Staaten, Uruguay.

Enthaltung

Der Stimme enthielten sich: Argentinien, Bhutan, Bolivien, Botswana, Burma, Chile, Kolumbien, Ekuador, Äthiopien, Gabun, Ghana, Griechenland, Guatemala, Jamaika, Japan, Kenia, Lesotho, Mauritius, Nepal, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Philippinen, Sierra Leone, Singapur, Thailand, Togo, Trinidad, Obervoita, Venezuela, Zaire, Zambia.



Parteitag 1976

10.–13. März 1976

Mit Josef Hindels in der Emigration

Genosse Josef Hindels, am 10. Jänner 1916 in Wien geboren, wurde als Siebzehnjähriger zum ersten Mal wegen seiner Teilnahme am Kampf gegen den Austrofaschismus verhaftet, arbeitete aber später in der illegalen österreichischen Arbeiterbewegung weiter und mußte schließlich in die Emigration gehen. Nach dem Krieg verfaßte er zahlreiche Bücher, Broschüren und Aufsätze, von denen eine Auswahl im Literaturverzeichnis am Ende dieses Artikels aufgezählt ist.

In der Sitzung des Bundesvorstandes am 16. Jänner 1976 würdigte Genossin Rosa Jochmann die Verdienste unseres Genossen Josef Hindels und beglückwünschte ihn zu seinem 60. Geburtstag.

Nach den Februarkämpfen 1934 retteten sich mehrere hundert Schutzbündler durch Flucht in die Tschechoslowakei vor den Kerkern und Galgen des triumphierenden Austrofaschismus. Manche dieser Gruppen hatten sich, gegen die sie verfolgenden Heimwehrabteilungen kämpfend, bis zur tschechoslowakischen



Grenze durchgeschlagen, andere wieder erreichten im Schutze der Nacht das rettende Asyl. Viele demokratische Staaten — vor allem die skandinavischen Länder — erklärten sich bereit, eine größere Zahl der tapferen österreichischen Freiheitskämpfer bei sich aufzunehmen. So kam auch eine Gruppe von Schutzbündlern nach Oslo, die dort Arbeit und eine neue Heimat fanden. Um in diesem fremden Land, das sie sehr gastlich aufgenommen hatte, wei-

terhin in freundschaftlicher Verbindung zu bleiben, gründeten sie in Oslo eine Vereinigung österreichischer Sozialisten. Ich hatte als Mitglied des Auslandsbüros österreichischer Sozialisten in Brünn die Aufgabe übernommen, von Znaim aus den Schmuggel der illegalen „Arbeiter-Zeitung“, des „Kampf“ und anderer Schriften durchzuführen und Mitarbeiter der RS, die zu Otto Bauer nach Brünn wollten, illegal über die Grenze zu bringen; ich verblieb daher bis 1938 in Znaim. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich wurde das Brüner Auslandsbüro aufgelöst, und Otto Bauer ging nach Paris; er starb dort am 4. Juli 1938. Genosse Karl Heinz, der frühere Obmann der Jugendinternationale und Sekretär des Republikanischen Schutzbundes, war nach Stockholm emigriert, ich fand im Juli 1938 in Oslo mein zweites Asyl.

Anfang 1939 wurde mir in einer Versammlung der österreichischen Emigrantenvereinigung in Oslo ein schlanker junger Mann vorgestellt, dessen Haupt ein üppiger Haarschopf zierte. Er hieß Karl Popper und war im Jänner 1939 mit Hilfe des Nansenkomitees von Prag nach Norwegen gekommen. Ich hatte zunächst keine nähere Verbindung mit Popper und sah ihn nur bei den gelegentlichen Zusammenkünften unserer Vereinigung. Was mir an dem jungen Mann auffiel, war sein lebhaftes politisches Interesse und die glänzende Rednergabe, die sich in seinen Debattenreden offenbarte.

Wie ich erst nach 1945 erfuhr, war dieser sympathische junge Feuerkopf Karl Popper in Wahrheit — Genosse Josef Hindels. Er war nicht, wie sein falscher Paß aussagte, in der Tschechoslowakei geboren, sondern kam am 10. Jänner 1916 in Wien zur Welt. Schon als Siebzehnjähriger war er ein begeisterter Sozialist und arbeitete in der Jugendgruppe des Zentralvereines der kaufmännischen Angestellten mit, deren erfolgreicher Organisator und hinreißender Redner Manfred Ackermann war.

Im November 1933 hielt Genosse Josef Hindels bei einer von der Dollfuß-Regierung verbotenen Republikfeier eine Rede; er wurde verhaftet und verbüßte seine erste Gefängnisstrafe. Hindels erinnert sich heute noch mit Stolz daran, daß er im Arrest von Manfred Ackermann besucht wurde, der ihm als Anerkennung für

seine mutige Tat Max Adlers Buch „Wegweiser — Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus“ gegeben hat.

Nach der Zerstörung der sozialistischen Arbeiterbewegung durch den Austrofaschismus lebte Genosse Hindels weiter in Wien und betätigte sich in der illegalen Bewegung. Er wurde 1936 verhaftet und saß ungefähr ein Jahr im Kerker. Im Jahr 1937 ging Hindels nach Prag, wo er Verwandte hatte. Es war ihm gelungen, einen falschen Paß auf den Namen Karl Popper zu bekommen, und er war nun sozusagen ein tschechoslowakischer Staatsbürger geworden, der gefahrlos seine sozialistischen Freunde in Wien besuchen konnte.

Im März 1938 wurde der grün-weiße Faschismus vom braunen überrannt und Österreich dem Hitler-Reich „angeschlossen“; damit brach auch die illegale sozialistische Bewegung zusammen. Das Brüner Auslandsbüro wurde, wie schon vorhin gesagt, aufgelöst und die führenden Genossen der revolutionären Sozialisten flüchteten ins Ausland, um dem Fallbeil Hitlers zu entinnen. In der Tschechoslowakei stieg unterdessen der Nationalsozialismus in den sudetendeutschen Gebieten wie eine Sturmflut an. Die Sudetendeutschen wollten „heim ins Reich“! Es war mit Händen zu greifen, daß das nächste Opfer der Hitlerischen Eroberungspolitik die Tschechoslowakei sein werde. Genossen Hindels brannte der Boden unter den Füßen. Jedes längere Verbleiben in Prag war sinnlos, ja lebensgefährlich, und dank der Nansen-Hilfe gelang es ihm im Jänner 1939, mit seinem tschechoslowakischen Paß in das sozialistisch regierte Norwegen zu emigrieren.

Die Norweger, die den deutschen Faschismus haßten, schätzten die österreichischen Kämpfer gegen den Faschismus und kamen ihnen freundlich entgegen. Die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften unterstützten sie, veranstalteten für sie Sprachkurse und waren bemüht, sie in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Die Handwerker bekamen Arbeitsstellen in ihren Berufen, die Nichthandwerker — so auch Hindels — fanden Arbeit als Bauhilfsarbeiter, Gartenarbeiter, Fensterputzer oder Transportarbeiter. Da die norwegischen Löhne verhältnismäßig hoch waren, hatten wir alle unser Drauskommen und fühlten uns in dem schönen Lande, dessen Landschaft vielfach der österreichischen ähnlich ist, sehr wohl. Genosse Hindels war damals 23 Jahre alt — was können einem in diesem Alter schon kleine Widerwärtigkeiten des Lebens anhaben! Er war ganz gefangenommen von seinen vielen geistigen Interessen, verfolgte leidenschaftlich die politische Entwicklung in der Welt und war stets lebendig, diskussionsfreudig und voll Heiterkeit und Humor. Wir alle, die ihn kannten und schätzten, hatten ihn gern.

In Oslo lernte Hindels auch Willy Brandt kennen. Brandt, der aus der sozialistischen Jugendbewegung Deutschlands kam, hatte sich als Achtzehnjähriger der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) angeschlossen, die 1931 von Max Seydewitz und fünf anderen sozialdemokratischen Abgeordneten gegründet worden war, die gegen den Bau von zwei Panzerkreuzern gestimmt hatten. Als sich aber Seydewitz, der ebenfalls als Emigrant in Oslo lebte, immer mehr dem russischen Kommunismus zuwandte, zog sich Brandt von der SAP zurück und schloß sich den österreichischen Sozialisten an. Er schätzte Otto Bauer sehr hoch und stand in den Jahren 1934 bis 1938 auch mit ihm in Verbindung.

Die Voraussage der Sozialisten, daß ein Sieg Hitlers in Deutschland den Krieg bedeutet, hat sich leider nur

Und jetzt die Parteireform

Der Parteitag vom 10. bis 13. März 1976 wird sich mit der Frage der Parteireform beschäftigen. Bekanntlich wurden im Vorjahr sieben Arbeitsgemeinschaften gebildet, die sich in ausführlichen Diskussionen mit dem Problem beschäftigen, wie auf einzelnen Gebieten die Arbeit der Partei besser an die geänderte gesellschaftliche Situation angepaßt werden kann. Die Berichte dieser Arbeitsgemeinschaften waren beim außerordentlichen Parteitag 1975 ein erstes Mal diskutiert worden und sollen nun bis zum Februar in den Parteiorganisationen weiter beraten werden.

Die Schwerpunkte der Berichte der einzelnen Arbeitsgemeinschaften sind:

Partei und Betrieb:

Verstärkte Parteiarbeit in den Betrieben und bessere Zusammenarbeit der Betriebsorganisationen mit den jeweiligen örtlichen Parteiorganisationen. Vermehrte Schulung und verbesserte Mitarbeiterausbildung.

Die Frau in der Partei:

Einsetzung aller Möglichkeiten der SPÖ zur Änderung des Rollenbildes der Frau; verstärkte Information über Frauenfragen, verstärkte Heranziehung von Frauen für Parteifunktionen.

Die Generationen in der Partei:

Verbesserte Zusammenarbeit zwischen der Partei und Jugendorganisationen, gemeinsame Arbeit von Zielvorstellungen. Mehr Bewährungschancen für Junge in der Partei. Keine Ausschließung der älteren Generation von der Mitarbeit in der Partei und von Funktionen, Mitbestimmung der Älteren vor allem in allen Fragen und Institutionen, die sie betreffen.

Das Freizeitproblem in der modernen Gesellschaft:

Gegen jede Kommerzialisierung der Freizeit, für Angebote zur Gestaltung der Freizeit, die Möglichkeiten der selbständigen, aber auch zur gemeinschaftlichen Freizeitaktivität bieten.

Die offene Partei:

Volle Demokratie in der SPÖ, volle Offenheit gegenüber allen Nichtmitgliedern; Respektierung von Bürger- und Wählerinitiativen. (Die Aufforderung, Nichtmitglieder zu den Jahresversammlungen der Parteiorganisationen einzuladen, und die Tätigkeit von drei Wählerinitiativen, die teilweise weiterarbeiten werden, sind als erste Schritte in dieser Richtung anzusehen.)

Organisation, Bildungsaufgaben, Mitbestimmung:

Mehr Informations- und Erfahrungsaustausch in der SPÖ, Verstärkung des Kontaktes zwischen Funktionären und Parteimitgliedern. Möglichst breite Heranziehung von Mitgliedern zur Übernahme von Funktionen. Verstärkte Bildungsarbeit.

Pressewesen, Informationsaufgaben, Öffentlichkeitsarbeit:

Verstärkte Zusammenarbeit der SPÖ-Tageszeitungen, verstärkte Bemühungen der sozialistischen Wochenzeitungen und der Organisationspresse, Aufbau einer Vielzahl lokaler Publikationen der SPÖ (in Betrieben und Gemeinden), Verstärkung der innerparteilichen Information.

zu bald erfüllt. Im März 1938 besetzte Hitler Österreich, im März 1939 marschierte er entgegen aller vorherigen Zusagen in die Tschechoslowakei ein, und am 1. September 1939 begann er den Angriff auf Polen. Nun war für die Westmächte, die so lange vor Hitler zurückgewichen waren, das Maß voll. Großbritannien und Frankreich erklärten Hitler-Deutschland den Krieg: Der Zweite Weltkrieg nahm seinen Anfang.

Sieben Monate später, am 9. April 1940, überfiel die Hitler-Armee völlig überraschend die neutralen Staaten Dänemark und Norwegen und besetzte sie. Als in der Nacht zum 9. April in Oslo Fliegeralarm gegeben wurde, hielten das die meisten Osloer für eine Luftschutzübung und ärgerten sich über die Störung der Nachtruhe. Erst als wir am Morgen aufwachten, hörten wir die Schreckensnachricht, daß deutsche Truppen im Anmarsch auf Oslo seien. Das friedliebende Norwegen war in den Krieg hineingezerrt!

Ein Teil der österreichischen und deutschen politischen Flüchtlinge suchte zu Fuß oder per Autostopp die schwedische Grenze zu erreichen, ein anderer Teil versuchte in Oslo oder in der Umgebung unterzutauchen. Genosse Josef Hindels verbarg sich zunächst in einem Vorort von Oslo und wurde erst später von norwegischen Freunden nach Schweden gebracht.

Schweden sah sich plötzlich von dänischen, norwegischen, deutschen und österreichischen Emigranten überflutet. Die sozialdemokratische Regierung Schwedens gewährte den Flüchtlingen Asyl, wies sie aber zunächst in rasch zur Verfügung gestellte Lager ein. Mehrere österreichische Freunde und ich kamen in das Lager Lukka, wo bereits viele Österreicher und Deutsche untergebracht waren. Bald traf auch unser Freund Josef Hindels in Lukka ein, der natürlich laut Paß noch immer Karl Popper hieß.

Die schwedische Regierung, für die dieser Zustrom von Flüchtlingen eine finanzielle und — in den Augen mancher — auch eine politische Belastung war, suchte die illegalen Einwanderer in den Arbeitsprozeß einzuordnen. Da sie offenbar einen Mangel an Land- und Forstarbeitern hatte, wurde uns mitgeteilt, daß wir das Lager verlassen dürfen, wenn wir bereit sind, Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft anzunehmen.

Da ich in meiner Jugend im Forstwesen tätig war, meldete ich mich zur Forstarbeit. Ich wurde beauftragt, eine Gruppe von sechs bis sieben Leuten zusammenzustellen, die dann als Arbeitspartie in den Staatsforsten tätig sein sollte. Josef Hindels, zwei österreichische und drei deutsche Genossen erklärten sich bereit, in diese Arbeitsgruppe einzutreten. So zogen wir denn Anfang Juni 1940, sieben Männer und zwei Ehefrauen, aus dem Lager aus und fuhren mit der Bahn nach Kopparberg im Västmanland. Dort mußten wir auf einen Autobus umsteigen, der uns nach dem kleinen Ort Kloten bringen sollte, wo sich der Sitz der Forstverwaltung befand. Da wir auf den Autobusanschluß einige Stunden warten mußten, gingen wir, unsere wenigen Habseligkeiten auf dem Rücken und in den Händen tragend, ein wenig in Kopparberg spazieren. Die Leute betrachteten uns mit mißtrauischen Blicken — und es dauerte nicht lange, so war schon die Polizei da. Sie hatte Meldung bekommen, daß — Spione im Orte seien. Ein Rudel von schlecht gekleideten Leuten, die Rucksäcke, Bündel und Handtaschen mit sich schleppen — so stellten sich biedere Bewohner von Kopparberg „Spione“ vor! Ein Beweis, wie groß die Nervosität nach der Besetzung Dänemarks und Norwegens auch in Schweden war. Ein Anruf beim Forstmeister in Kloten, der von unserem Kommen unterrichtet war, überzeugte die Polizei von unserer Harmlosigkeit.

Nach einer freundlichen Aufnahme im Forsthaus wurden wir mit einem Lastauto zu unserer neuen Unterkunft gebracht. Es war ein altes, längst verlassenes Bauernhaus, das am Ufer eines kleinen Sees stand. Um das Haus zu erreichen, mußte man von dem Ufer, wo die Waldstraße verlief, mit einem Boot über den See rudern. Auch die Lebensmittel und Werkzeuge, die uns im Forsthaus ausgehändigt worden waren, mußten auf dem „Seeweg“ in unser neues Heim gebracht werden. Da der See infolge einer niederschlagsarmen Zeit einen geringen Wasserstand hatte, schien er von einem Kranz dunkler Steine eingefäßt zu sein, was ein ungemein düsteres Bild ergab. Als es dunkel wurde, fühlten wir

uns auf dieser Waldlichtung so einsam und verlassen, als ob wir auf eine einsame Insel im Indischen Ozean verschlagen worden wären. Und der Bauernhof, der sich Avlångsgård nannte, war in der Tat ein ungemein entlegener Ort: Zum nächsten Bauern, bei dem wir die Milch holen mußten, hatten wir über eine halbe Stunde zu gehen, und Kloten selbst war etwa 12 km von uns entfernt.

Das alte Haus, in dem wir nun zu hausen hatten, war mehr als einfach eingerichtet, und wie wir bald bemerkten, waren wir auch nicht allein: Im Keller, wo wir die Lebensmittel aufbewahrten, lebten einige Familien der sehr gefährlichen Kreuzottern.

Der Forstmeister ging mit uns in den Wald und erklärte uns die Arbeit, die wir zu leisten hätten: Wir hatten zu „plentern“, wie die Forstleute es nennen, das heißt die Bäume zu fällen, die bezeichnet waren, und sie zu einem Meter langen Scheitern zu verarbeiten. Als Entlohnung sollten wir dieselben Akkordsätze erhalten, die für die schwedischen Forstarbeiter galten.

Das schien sehr schön. Der Pferdefuß an dieser Vereinbarung aber war, daß unsere Arbeitsgruppe nicht aus geübten Forstarbeitern bestand, sondern aus Männern, die noch nie im Leben mit Axt und Säge gearbeitet hatten, und überdies — mit zwei Ausnahmen — überhaupt nicht an körperliche Arbeit gewöhnt waren. Das galt wohl auch für Josef Hindels. Zur Ehre aller Genossen muß aber festgestellt werden, daß jeder mit Ernst und Entschlossenheit an die Arbeit ging. Wir standen täglich um 6 Uhr früh auf, aßen ein sehr bescheidenes Frühstück, meist Hafergrütze mit Milch, und marschierten dann frohgemut zur Arbeit. Das „Plentern“ war für ungeübte Forstarbeiter nicht leicht. Wir mußten ja beim Fällen der Bäume die Keile so kunstgerecht in die Schnittfläche einschlagen, daß die oft sehr hohen Fichten in eine bestimmte Richtung fielen und nicht auf andere Bäume stürzten, wo sie hängenblieben. Daß dies anfangs oft mißlang, ist verständlich. Wir hatten oft viel Mühe, die gefällten Bäume aus den Armen ihrer Kollegen zu befreien und konnten uns oft nicht anders helfen, als auch den zweiten Baum umzuschneiden. So ging viel kostbare Arbeitszeit verloren.

Auch das Entasten der Nadelbäume fiel den Genossen, die nie mit einer Axt gearbeitet hatten, sehr schwer. Es gab eine Reihe von Verletzten; auch unser Freund Hindels erlitt durch das Abprallen der Axt eine schwere Knieverletzung, an der er heute noch leidet. Noch schwieriger war das Spalten der meterlangen Stämme. Zu dieser Arbeit gehörte viel Geschick und Kraft. Wir lösten das Problem dadurch, daß wir für diese Arbeit zwei Spezialisten ausbildeten.

Nach der Heimkehr von der Arbeit, bei der meist ein längerer Fußmarsch zurückzulegen war, mußte noch Milch geholt, Brennholz vorbereitet und Wasser getragen werden. Unser Haus stand mehr als 100 Meter vom See entfernt auf einer kleinen Anhöhe. Da die Quelle, die neben dem Haus im Juni noch fröhlich sprudelte, im Juli fast ganz versiegte, mußten wir das Wasser vom See holen. Wenn wir so barfuß durch die Wiese stampften, schlängelten sich oft mehrere Kreuzottern durch das Gras. Da wir mindestens 20 km vom nächsten Arzt ent-

fernt waren, hätte ein Schlangenbiß den sicheren Tod bedeuten können.

Wir hatten eine schwere Arbeit und ein hartes Leben auf uns genommen. Und dazu kam, daß der Ertrag dieser Tätigkeit so gering war, daß wir kaum ein bescheidenes Leben fristen konnten. Aber, so dünkt mich, gerade in so schwierigen Situationen offenbart sich der wahre Charakter von Menschen. Ich habe in diesen Monaten, da wir zusammen im schwedischen Wald lebten und arbeiteten, Josef Hindels erst wirklich kennen- und schätzengelernet. Obwohl ihm die ungewohnte Arbeit nicht leichtfiel, klagte er nicht, sondern nahm mit Humor die Opfer in Kauf, die dieses Leben von uns verlangte. Er las in freien Stunden „Lotte in Weimar“ von Thomas Mann, diskutierte über Literatur und Politik und war jederzeit ein guter, hilfsbereiter Kamerad. Hindels gehörte zu den Menschen, die den Sozialismus nicht nur predigen, sondern auch leben.

(Schluß folgt)



Kritisieren? — Nachmachen!

Der Brief, den wir allen unseren Lesern zur Kenntnis bringen möchten, enthält tatsächlich wieder einmal mehr eine Tatsache, die zu kritischem Überdenken mancher unserer antifaschistischen Aktivitäten herausfordert.

Werte Genossen!

Ich habe dieser Tage von einer Genossin aus Salzburg einen Brief erhalten, der mich nicht wenig in Erstaunen versetzte: Denn auf dem Briefkuvert machte mich der „schlaue Postfuchs“ in Form eines Poststempels ganz überraschenderweise darauf aufmerksam, daß es just in der Periode der patriotischen Begeisterung für die olympischen Ereignisse in Innsbruck auch angezeigt sei, sich einen anderen „wichtigen“ Termin für turnerisches Geschehen in Salzburg vorzumerken!

Kommentar brauche ich keinen zu geben. Ich möchte Euch nur fragen, ob wir nicht mit solchen Poststempelaktionen mehr Echo in der Öffentlichkeit hervorrufen könnten und sollten als mit gelegentlichen Protesttelegrammen. Der Anfang wurde ja schon zu den Oktoberwahlen 1975 gemacht. Setzen wir doch solche Aktivitäten fort; etwa zum Parteitag oder zu unserer nächsten Bundeshauptversammlung, oder im Zusammenhang mit politischen Aktionen. Ich lege Euch den Poststempel bei und würde mich besonders freuen,

Literaturverzeichnis

IN SCHWEDEN:

Von der Ersten Republik zum Zweiten Weltkrieg. * Österreich und die Habsburger. (Unter dem Pseudonym Karl Popper.)

IN ÖSTERREICH:

Hitler war kein Zufall (1962) * Lebt Stalin in Peking? (1964) * Was ist heute links? * Der Sozialismus kommt nicht von selbst * Der moderne Sozialismus braucht Marx * Österreichs Sozialisten in der Opposition (1966) * Der Sozialismus und die jungen Intellektuellen * Lehrbriefe der SJ-Akademie * Wie halte ich ein Referat? * Von der Urgesellschaft zum Sozialismus * Eine junge Republik feiert ihren Geburtstag (Zum 12. November 1918) * Der Freiheitskampf in der Welt — gestern, heute, morgen * Der Freiheitskampf ist nicht zu Ende (1971) * NPD — ein Alarmzeichen * Warum sind wir Internationalisten? * Der lange Weg. (Geschichte der Arbeiterbank) (1976) * Österreichs Gewerkschaften im Widerstand: 1934—1945.

ÜBERSETZUNGEN:

Hitler war kein Zufall (Holländisch) * Was ist heute links? (Italienisch).

5. Bundesturnfest
des ÖTB
in
Salzburg
12.-18. Juli 1976



wenn etwa auf dem Kuvert Eurer Antwort ein Poststempel angebracht sein sollte, der unser „Niemals vergessen!“ in eindringlicher, einprägsamer Form zum Motiv hat.

„Freundschaft!“

G. T. (5020 Salzburg)

Unsere Anträge zum Parteitag 1976

1

Solidarität mit dem chilenischen Widerstand

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus stellt folgenden Antrag:

Antrag

Der Parteitag möge beschließen:

Die durch den faschistischen Staatsstreich 1973 in Chile zur Macht gekommene Militärjunta hat ihre Gewaltherrschaft verschärft, sich über Beschlüsse der UNO hinweggesetzt und die Leiden des chilenischen Volkes ins Unerträgliche gesteigert.

Gleichzeitig wächst in Chile der Widerstand gegen dieses Regime der Gewalt und des Terrors. Österreichs Sozialisten, die unter zwei faschistischen Diktaturen die große materielle und moralische Bedeutung der internationalen Solidarität selbst erlebt haben, unterstützen die weltweite Solidaritätsbewegung für Chile, insbesondere für die chilenischen Widerstandskämpfer, die ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus einsetzen.

2

Freiheit für Spanien

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus stellt folgenden Antrag:

Antrag

Der Parteitag möge beschließen:

Nach dem Sturz der griechischen und der portugiesischen Diktatur ist das spanische Volk entschlossen, sich völlig von jenem faschistischen Regime zu befreien, das in den dreißiger Jahren von Franco mit aktiver Hilfe Hitlers und Mussolinis errichtet wurde.

Österreichs Sozialisten entbieten dem spanischen Volk, vor allem den spanischen Sozialisten, den Ausdruck ihrer brüderlichen Solidarität. Sie wissen aus eigener leidvoller Erfahrung, was Faschismus bedeutet. Daher treten sie mit Entschiedenheit für die Freilassung aller politischer Gefangenen und die Wiederherstellung der demokratischen Freiheitsrechte in Spanien ein.

Resolution

Die „offene Partei“ und die sozialistischen Grundsätze

Der Begriff „offene Partei“ führt zu Mißverständnissen, wenn er nicht klar definiert wird.

Es wird daher festgestellt:

Die Sozialistische Partei Österreichs, deren geistige Grundlage das 1958 beschlossene Parteiprogramm bildet, ist für alle Frauen und Männer offen, die sich zu diesem Programm bekennen.

Sie ist auch offen für den Dialog mit Außenstehenden. Aber dieser Dialog ist von uns im Geiste der sozialistischen Grundsätze zu führen.

Die „Öffnung der Partei“ darf auch nicht dazu führen, daß die geistige und organisatorische Autonomie der SPÖ in Frage gestellt wird. An den Entscheidungsprozessen, die unsere Partei betreffen, haben nur jene das Recht mitzuwirken, die dieser großen Gesinnungsgemeinschaft angehören. Für Mitglieder und Vertrauenspersonen der Partei soll dieses Recht auf Mitentscheidung ausgebaut werden.

Was wir brauchen, ist mehr innerparteilicher Dialog und mehr innerparteiliche Demokratie, aber keine Einmischung von Nichtsozialisten in die Angelegenheiten der Sozialistischen Partei.

Die Parteireform darf nicht bloß als eine Frage der Organisation verstanden werden. Es gilt, den Gefahren der Entideologisierung entgegenzuwirken.

Nach den großartigen Wahlsiegen der SPÖ ist die Mahnung Victor Adlers aktueller denn je: „Es ist wichtig, Wähler zu gewinnen, aber noch wichtiger ist es, Sozialisten zu erziehen.“

Diese Mahnung des großen Pioniers der österreichischen Sozialdemokratie ist zu berücksichtigen.

3

Offene Fragen der Opferfürsorge

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus anerkennt und dankt der sozialistischen Bundesregierung, vor allem dem Sozialminister und der sozialistischen Fraktion des Nationalrates für das Verständnis und das Entgegenkommen bei der Besserstellung der Versorgung der Opfer und ihrer Hinterbliebenen aus dem Kampfe gegen beide faschistischen Diktaturen.

Dennoch besteht noch eine Reihe von gesetzlichen Härten und offene Fragen auf dem Gebiet der Opferfürsorge. Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus stellt daher folgenden Antrag:

Antrag

Der Parteitag möge beschließen:

Durch rasche Initiativen der Bundesregierung und der sozialistischen Fraktion des Nationalrates sollen die noch bestehenden gesetzlichen Härten im Opferfürsorgegesetz ehestens beseitigt und die Wünsche nach Verbesserungen des Opferfürsorgegesetzes erfüllt werden. Der Personenkreis der Geschädigten wird auf Grund des Alters und der verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden immer kleiner.

In Anerkennung ihres Kampfes für das Wiedererstehen der freien und demokratischen Republik Österreich ist daher die Erfüllung der offenen Forderungen der Opfer eine Verpflichtung für uns alle.



A fúria das estrelas . . .*

Zwanzig Monate nach dem Sturz des Caetano-Regimes, zwanzig Monate nach dem Jahr Null der „Revolution“, im zwanzigsten Monat der neuen portugiesischen Zeitrechnung: Zeit für eine Zwischenbilanz.

Verbrauch der jungen portugiesischen Demokratie während dieser Zeitspanne: 2 Staatschefs, 2 Regierungschefs, 6 Regierungen, unzählige Generale, Admiräle, Hauptleute, Chargen usw.

Für viele Beobachter am Rande mag das rege Kommen und Gehen in Portugals politischer Führungsspitze etwas Groteskes, ja beinahe etwas Lustspielhaftes haben! Sterne werden an hohe, mittlere und niedere Militärs verteilt, wie zusätzliches Taschengeld nach einem gelungenen Schulaufsatz und ebenso schnell wieder entzogen, wenn der „Themensteller“ oder das „Thema“ wechselt.

Man ist ein wenig belustigt — doch dieses „Lustspiel“ ist eher eine Tragikomödie.

Kennern der portugiesischen Geschichte läuft es kalt über den Rücken, wenn sie die sich aufdrängenden Parallelen betrachten. Auch zwischen den Jahren 1910 — Umwandlung Portugals von einer Monarchie in eine Republik — und 1926 — dem Jahr des Militärputsches, der auch Salazar in die Regierung brachte — gab es unzählige schwache Regierungen, die einander in rascher Reihenfolge die Türschnallen in die Hand drückten. Eine Vielfalt politischer Parteien und Gruppen bekämpften einander so lange bis aufs Messer, bis das portugiesische Volk der neugewonnenen Freiheit müde war und die konservativen Militärs im Bund mit der Kirche und den portugiesischen Kleinkapitalisten leichtes Spiel hatten, die junge Demokratie zu knebeln und ein faschistisches Regime aufzurichten. — Man dankte es den Militärs sogar vorerst noch; Ruhe und Ordnung waren ja wieder hergestellt.

Hier muß man aus der Geschichte lernen, und dieser oder ein ähnlicher Vorgang darf sich nicht wiederholen. Nicht jene, die in Portugal heute versuchen, die Zügel wieder etwas fester in die Hand zu bekommen, sind „Handlanger der Reaktion“, sondern jene, die durch skrupellose Agitation das politische Klima anheizen, die materiellen Grundlagen des Staates zerstören und die Demokratie aushöhlen. Der Zug nach Macht an sich hat sich auf der Iberischen Halbinsel immer etwas reiner offenbart als in den Breiten weiter nördlich. Vielen der Militärs, die in den vergangenen Monaten wie Kometen aus der Versenkung aufgetaucht und ebenso schnell wieder in ihr verschwunden sind, ging es kaum um mehr als um einen „Stern“ oder um einen Sessel.

Die „Bewegung der Streitkräfte“ in Portugal mag eine unorthodoxe und relativ sanfte Form einer Militärherrschaft sein — sie mag im Augenblick sogar die (unsichere) Ruhe sichern. Aber Portugals Weg zur Demokratie, zur wirtschaftlichen und politischen Stabilität kann auf die Dauer nur über den freien Willen der Bevölkerung, nur über eine demokratische Verfassung und über freie Parlamentswahlen führen; „Sterne“ wird es dann allerdings weniger geben, nicht einmal für demokratisches Verhalten.

P. F. (Wien)

* „Sternenfurioso“ in Portugal

17 70 — Gesundheit telefonisch

Der telefonische Gesundheitsdienst, der bekanntlich unter der Kurzzrufnummer 17 70 jederzeit erreicht werden kann — (in Linz unter 194 [Vorwahl 0 72 22], in Klagenfurt 196 [Vorwahl 0 42 22]) —, beschäftigt sich in diesem Monat mit dem „Herzschlag“. Allgemein ist ja bekannt, daß am Leben bedroht ist, wer vom „Herzschlag getroffen“ wird. Dabei handelt es sich medizinisch gesprochen um den Herzinfarkt, jenen plötzlichen Ausfall der Blutversorgung eines Teiles des Herzmuskels, der zum teilweisen oder völligen Versagen des Herzens führt. Das bedeutet, daß binnen weniger Minuten lebenswichtige Zentren im Gehirn absterben, was den Tod zur Folge haben kann.

Über dieses dramatische folgenschwere Geschehen wird der Vorstand der Klinik für Kardiologie der Universität Wien, Prof. Dr. Friedrich Kaindl, während des Monats März im Tonbanddienst der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit sprechen.

Insbesondere werden Erste-Hilfe-Maßnahmen für Laien bei Herz-Kreislauf-Anfällen erläutert. Aber auch auf die lebensrettende Wichtigkeit des Herzalarms und den Rettungsdienst in speziell dafür eingerichteten Krankenwagen mit erfahrenen Ärzten sowie auf die entscheidende Arbeit in der Herzstation wird Professor Kaindl in seinem Vortrag eingehen.

Für den Monat März gilt also: Kurzzrufnummer nicht nur vormerken, sondern anrufen!

Adreßänderungen bekanntgeben

Wir haben von unserer letzten Aussendung wieder viele Stücke mit verschiedenen Vermerken der Post zurückbekommen und bitten daher neuerlich, uns immer so bald wie möglich eine Meldung zu machen, wenn sich Veränderungen im Stand unserer Mitglieder ergeben.

Auch von unserer Zeitung sind letzters wieder viele Exemplare zurückgekommen, auf denen der postalische Vermerk „unzustellbar“ angebracht war.



Die Frau als Partnerin

Seit 1970 konnte unser noch aus der Postkutschenszeit stammendes Familienrecht entscheidend reformiert werden: So wurde im Jahre 1971 die Diskriminierung des unehelichen Kindes beseitigt, 1973 der Jugend mehr Selbstverantwortung durch Herabsetzung des Volljährigkeitsalters übertragen und am 1. Jänner 1976 ist jetzt das Kernstück der Familienrechtsreform in Kraft getreten. Die die Frau diskriminierenden Bestimmungen über die Folgepflicht, das Berufsverbot und das Namensrecht wurden beseitigt.

Die persönlichen Rechte und Pflichten der Ehegatten sind nunmehr gleichgestaltet. Der neuen Rechtslage liegt das Leitbild gleichberechtigter Ehegatten zugrunde, die sich auf Grund ihrer freiwilligen Entscheidung zu einem gemeinsamen Leben unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit verbunden haben.

Die alte Familienrechtsordnung war vom Geist des Patriarchats durchdrungen und entsprach dem Prinzip des Obrigkeitsstaates. Die neue Rechtsordnung wird dagegen vom Prinzip der Partnerschaft beherrscht und entspricht der Demokratie in unserer Gesellschaft. Wir wollen freie, selbständige und gleichberechtigte Menschen in unserer Gesellschaft, befreit von alten Vorurteilen und überlieferten Abhängigkeiten.

„Dr.-Bruno-Kreisky-Stiftung“

Zum 65. Geburtstag des Bundeskanzlers ist eine „Dr.-Bruno-Kreisky-Stiftung“ gegründet worden, mit der jedes zweite Jahr Personen, die sich hervorragende Verdienste um die Erfüllung der Menschenrechte erworben haben, ein beachtlicher Geldbetrag zur Verfügung gestellt werden soll. Die Zusammensetzung der Jury, die über den jeweiligen Preisträger entscheiden wird, ist Genossen Bruno Kreisky vorbehalten.

Einzelheiten über die Gründung der Stiftung als Geburtstagsgeschenk für den Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzenden hat Genosse Anton Benya bei der Geburtstagsfeier der SPÖ für Genossen Kreisky im Wiener Kahlenbergrestaurant bekanntgegeben.

Eine einmalige Ausstellung

Unter dem Titel „30 Jahre Zweite Republik Österreich“ hat die Österreichabteilung „Pro Austria“ der Nationalbibliothek eine Ausstellung von Plakaten, Schriften, Fotos und Büchern aufgebaut, die ein Stück lebendige Zeitgeschichte darstellen, Geschichte, die wir alle noch selbst erlebt haben.

Da die Ausstellung bis zum 31. März 1976 verlängert worden ist, empfehlen wir allen Genossinnen und Genossen, den Besuch nicht zu versäumen. Der Zugang führt über die Schlosserstiege (neben dem Eingang zum Redoutensaal), die man, vom Josefsplatz kommend, am besten erreicht, indem man den Durchgang zum inneren Burghof benützt.

Die Ausstellung ist von Montag bis Freitag von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

WIR BITTEN

um Nachricht

Exil-Publikationen gesucht

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in Wien hat in der letzten Zeit zahlreiche und historisch sehr wertvolle Exil-Publikationen erhalten, die den Grundstock für den Aufbau einer wissenschaftlichen Druckschriftensammlung bilden.

Um nun diese Sammlung weiter ausbauen zu können, ersucht das Dokumentationsarchiv um Überlassung von Zeitungen, die in den Jahren von 1934 bis 1945 im Exil erschienen sind, sowie von Broschüren, Büchern und anderen Publikationen österreichischer und deutscher Autoren, auch wenn sie in der Sprache des Gastlandes, also fremdsprachig, erschienen sind.

Wir leiten solche Bücherspenden gerne weiter, auch wenn es sich nur um Leihgaben handelt, die zum Zweck der Fotokopierung zur Verfügung gestellt werden, stellen es aber natürlich anheim, sich direkt mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in Verbindung zu setzen. Die Adresse lautet bekanntlich: 1010 Wien, Altes Rathaus, Wipplingerstraße 8, Telefon 63 07 31/332 (Durchwahl). Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9 bis 17 Uhr geöffnet.

*

Alte 1.-Mai-Abzeichen

Zur Vervollständigung einer Sammlung von 1.-Mai-Abzeichen der Partei suchen wir einzelne Abzeichen aus den Jahren 1890 bis 1895 sowie 1922 bis 1924. Genossinnen oder Genossen, die ein solches 1.-Mai-Abzeichen noch aufgehoben haben und bereit sind, es zur Verfügung zu stellen, werden gebeten, uns zu benachrichtigen.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet: Robert Blau, Walter Hacker, Josef Hindels, Rudolf Trimmel, Ernst Winkler.

Niemals vergessen

Menahem Bargil

Unser Genosse Menahem Bargil ist nicht mehr unter uns. Für uns alle völlig unerwartet ist er am 2. Jänner 1976 plötzlich gestorben. Er stand im 54. Lebensjahr und wurde mitten aus seiner so vielseitigen Tätigkeit gerissen. Denn er war in der sozialistischen Bewegung, ja weit darüber hinaus, auf so vielen Gebieten unermüdlich tätig, daß man seinem verdienstvollen Wirken kaum auch nur eine einigermaßen gerecht werdende Würdigung zuteil werden lassen kann. Vor allem sei daran erinnert, wie sehr er sich einsetzte, wenn es darum ging, um aktive Solidarität für die Unterdrückten in aller Welt zu werben. Für ganze Völker und für Inhaftierte, Gefolterte und Flüchtlinge. So organisierte er seinerzeit den Verein der Freunde der griechischen Demokratie, schuf ein Kurden-Komitee, das sich zum Ziel setzte, die Öffentlichkeit um Verständnis und Unterstützung für das von der Liquidation bedrohte kurdische Volk zu bitten. Und noch knapp vor seinem Tod hat er auch ein Indien-Komitee ins Leben gerufen.

Sein Interesse für die Außenpolitik und vor allem seine vielseitigen Sprachkenntnisse haben ihm ein Arbeitsgebiet erschlossen, auf dem er große Leistungen für die sozialistische Bewegung vollbrachte: Die Betreuung ausländischer Parteigäste war eine seiner Aufgaben. Daß er auch noch in den verschiedensten Organisationen tätig war, sei nur so nebenbei betont. Und daß durch seinen Tod auch eine Sektion der Wiener SP-Bezirksorganisation Favoriten ihren Obmann verloren hat, sei nicht zuletzt erwähnt.

Als sich am 12. Jänner 1976 eine große Trauergemeinde versammelt hatte, um von Genossen Menahem Bargil Abschied zu nehmen, da gab Genosse Dr. Christian Broda in seiner Gedenkrede nochmals ein Bild des Lebens dieses aufrechten Sozialisten und Humanisten. Genosse Menahem Bargil war ein wahrer Helfer der Verfolgten. Er war die personifizierte internationale Solidarität, war immer zur Stelle, wenn es galt, von Diktatur Unterdrückten und Verfolgten zu helfen. Bargil war selbst ein Opfer nazistischer Verfolgung und kämpfte zeit seines Lebens für Demokratie und Gerechtigkeit. Seine Unterstützung galt den Griechen, Chilenen, Kurden und Indern ebenso wie den Flüchtlingen aus der Sowjetunion, aus Uruguay und Paraguay. Für Menahem Bargil, der zehn Sprachen beherrschte, gab es keine trennenden Staatsgrenzen für die Verständigung, sondern nur tätige Solidarität mit den ins Exil verbannten Menschen.

Mit Menahem Bargil verlor die SPÖ einen unermüdlichen Streiter für den internationalen Sozialismus, der das Ansehen Österreichs im Ausland mehrte; Amnesty International verlor einen ihrer eifrigsten Mitarbeiter.

„Die SPÖ wird Menahem Bargil stets in Freundschaft gedenken“, schloß Justizminister Genosse Doktor Broda seine Rede. Wissenschaftsminister Firnberg, Bürgermeister Gratz, Zentralsekretär Marsch, Europaratspräsident Czernetz, zahlreiche Freunde erwiesen Menahem Bargil die letzte Ehre.

Gedenkstätte für die Opfer des
österreichischen Freiheitskampfes
Wien 1, Saltzorgasse 6

Besuchszeiten:

Montag: 14 bis 18 Uhr

Donnerstag: 8 bis 12 Uhr

Samstag: 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr

Sonntag: 9 bis 12 Uhr

Wir trauern um Hermine Kinder

Genossin Hermine Kinder, von uns allen nur liebevoll „Minerl“ genannt, wurde mitten aus der Arbeit abberufen, die sie so viele Jahre lang opferbereit und stets verlässlich im Sekretariat unseres Bundes leistete. Obwohl sie sehr leidend war, schleppte sie sich



unter großen Schmerzen buchstäblich bis zu ihrem letzten Atemzug an den Arbeitsplatz, auf dem sie so viel für uns alle gearbeitet hat. Wir alle vermissen unsere liebe Minerl sehr. Genossin Kinder wuchs in Hernals auf und fand schon als Kind den Weg über die „Kinderfreunde“, die Arbeiterjugend zur Sozialdemokratischen Partei. Es wurden ihr sehr bald wichtige Funktionen übertragen und so war es eigentlich nur selbstverständlich, daß sie im

Februar 1934 verhaftet und aus ihrer Stellung bei der Krankenkasse hinausgeworfen wurde. Sie blieb aber ihrer Gesinnung treu, war für die Revolutionären Sozialisten tätig, und im April 1945 war sie eine der ersten, die in Hernals die Partei wieder aufbauten. Sie gehörte auch dem ersten Hernalser Bezirksvorstand an.

Im Frühjahr 1946 zog sie als Bezirksrätin in die Hernalser Bezirksvertretung ein, war im Vorstand des Hernalser Bezirksfrauenkomitees und der „Kinderfreunde“ und in ihrer Freizeit — sie brachte es in der Wiener Gebietsrankenkasse bis zur Abteilungsleiterin und war auch eifrige Gewerkschafterin — war sie stets im Hernalser Bezirkssekretariat anzutreffen, wo es für sie immer reichlich viel zu tun gab. Bald nach der Gründung unseres Bundes wurde sie Kassier der Hernalser Bezirksgruppe, und sie hatte bis zu ihrem Tod diese Funktion inne. Als Genossin Kinder in Pension gegangen war, stellte sie ihre ganze Kraft der geliebten Partei und den sozialistischen Freiheitskämpfern zur Verfügung. Montag, Mittwoch und Freitag arbeitete sie — selbstverständlich ehrenamtlich — in unserem Bundessekretariat, Dienstag und Donnerstag im Hernalser Sekretariat der SPÖ — gleichfalls ehrenamtlich. Daneben widmete sie ihre Zeit den sozialistischen Frauen und den „Kinderfreunden“ in Hernals.

Wenn von irgend jemandem gesagt werden kann, daß er sein ganzes Leben der sozialdemokratischen Be-

wegung gewidmet habe, dann gilt das sicherlich von unserer lieben Minerl.

Der Hernalser Bezirksobmann der SPÖ, Genosse Josef Veleta, nahm im Hernalser Friedhof mit bewegten Worten vor einer großen Trauergemeinde namens der Partei, unseres Bundes, der sozialistischen Frauen und der „Kinderfreunde“ von Genossin Kinder Abschied und brachte zum Ausdruck, welchen unersetzlichen Verlust wir alle erlitten haben, welchen Dank wir dieser wunderbaren Sozialistin schulden und wie sehr wir alle unsere Minerl vermissen werden.

Wir alle haben Genossin Kinder geschätzt und verehrt. Sie war ein Beispiel an Gesinnungstreue und Opferbereitschaft. Sie bleibt in unseren Herzen, und wir wollen unsere liebe Minerl niemals vergessen!

Josef Simon gestorben

Der bekannte Wiener Rechtsanwalt Genosse Doktor Josef Simon ist Freitag, den 23. Jänner 1976, in Wien gestorben; er war 64 Jahre alt.

Genosse Josef Simon — seine vielen Freunde nannten ihn Hasi — kam aus einer sozialistischen Mittelschülergruppe in Währing, aus der eine ganze Reihe sozialistischer Funktionäre hervorging, an ihrer Spitze der viel zu früh verstorbene Genosse Peter Strasser.

Unter dem Eindruck der Ereignisse des 12. Februar 1934 gründete Genosse Simon zusammen mit seinen Freunden den Georg-Weissel-Bund als illegale Studentenorganisation, die besonders in den ersten Monaten nach der brutalen Etablierung des Austrofaschismus gefährdeten Schutzbündlern die Flucht ins Ausland ermöglichte. Später war Simon bei den Revolutionären Sozialisten aktiv tätig, als deren Vertreter er auch im Sommer 1936 das republikanische Spanien besuchte. Diese Reise und seine illegale Tätigkeit in Österreich führten zu wiederholten Anhaltungen und Verfolgungen durch die Polizei des Austrofaschismus.

Im Jahre 1938 emigrierte Josef Simon nach Dänemark und mußte sich später auf abenteuerlichen Wegen über die Sowjetunion und Japan nach den USA durchschlagen, als auch dieses Land von den Hitler-Truppen besetzt wurde. Mit der amerikanischen Armee kam er dann in den letzten Kriegsjahren nach England.

Nach der Befreiung Österreichs war er in der Rechtsabteilung der amerikanischen Besatzungsmacht an leitender Stelle tätig. Da er seine Herkunft aus der österreichischen Sozialdemokratie auch als amerikanischer Richter niemals verleugnete, fand er sich oftmals in Konfliktsituationen, in denen es für ihn aber immer nur eine Leitlinie gab: Liebe und Verbundenheit für Österreich und eine stets hilfsbereite Hand

Helfet der spanischen und der portugiesischen Demokratie

Spendet mit dem beiliegenden Erlagschein für den

Solidaritätsfonds

Einzahlung auf das Postsparkassenkonto 1,618.800

für seine Gesinnungsgenossen in der alten Heimat. Die Hilfsbereitschaft reichte vom CARE-Paket bis zur massiven Intervention bei der amerikanischen Besatzungsmacht, oft auch in heiklen politischen Fragen.

Später legte der Jurist Josef Simon die Rechtsanwaltsprüfung ab und eröffnete in Wien eine Kanzlei. Er war auch im Versicherungswesen an leitender Stelle tätig. Sein besonderes Interesse galt aber einer Einrichtung, die er in Dänemark kennengelernt hatte und die er als erster in einem Artikel in der „Zukunft“ auch für Österreich propagierte: den Ombudsmann. Nun, da diese Einrichtung ein wichtiger Punkt des Programms der Regierung Kreisky geworden war, hatte Genosse Simon vor einigen Monaten auch seine Kandidatur für diese Funktion angemeldet.

Josef Simon war sein ganzes Leben lang ein aufrechter Sozialist. Seinem zurückhaltenden Wesen sah man weder den Kämpfer an, der er zumindest in jungen Jahren war, etwa als er die Flucht von Schutzbündern nach Znaim vorbereitete oder als er mehr als einmal mithalf, gerettete Waffen des Republikanischen Schutzbundes wieder in Sicherheit zu bringen.

„Hasi“ Simon war auch ein gesuchter Vortragender und Referent. Seiner zweiten Heimat Dänemark blieb er sein Leben lang verbunden. Er besaß hohe amerikanische und dänische Auszeichnungen.

Eine ganze Generation österreichischer Sozialisten trauerte bei seinem Tod um einen ihrer mutigsten, bescheidensten und menschlich sympathischsten Mitkämpfer.

Martha Schmiedl gestorben

Eine der bekannteren Persönlichkeiten der New Yorker Emigration, Genossin Martha Schmiedl, ist am 25. Dezember nach langem Leiden im 83. Lebensjahr gestorben. In ihrer ehemaligen Heimat Wien war sie im Zentralverein der kaufmännischen Angestellten prominent tätig, und später, in den dreißiger Jahren, war sie aktiv in der Organisation der illegalen Revolutionären Sozialisten.

In der Emigration in New York war sie ein tätiges Mitglied der „Friends of Austrian Labor“, und des „Workmen's Circle“. Sie war auch Gründerin der Kew Gardens Section des „National Council of Jewish Women“, der sie bis zum Ende ihres Lebens angehörte.

Aus dem Bundesvorstand

Ehrung von „Heimkehrern“

An der Sitzung des Bundesvorstandes vom 20. Februar 1976, gemeinsam mit dem Wiener Vorstand, den Wiener Obmännern und den Vertretern des Landesverbandes Niederösterreich, nahmen zwei bewährte Genossen teil, die nach langen Jahren der Emigration wieder nach Österreich zurückgekehrt waren: Genosse Otto Epstein mit seiner Frau Gusti und Genosse Alfred Weissmann mit seiner Frau Emma.

Genossin Rosa Jochmann schilderte in herzlichen und launigen Worten das Leben der beiden Gefährten und würdigte ihre Verdienste aus den Tagen des Kampfes gegen den Faschismus.

Sie sagte, daß wir uns alle nicht nur über die Rückkehr der Genossen freuen, sondern noch mehr darüber, daß sie nach so langer Abwesenheit gleich wieder innerhalb unserer Partei weiterarbeiten. Beiden Genossen hat der Bundesvorstand das Goldene Abzeichen verliehen und unter Beifall aller überreichte Genosse Billmaier den beiden Genossinnen Emma Weissmann und Gusti Epstein einen Strauß roter Nelken.

Schon am Montag vorher wurden den beiden Genossen Otto Epstein und Alfred Weissmann die ihnen für ihre Verdienste um die österreichische Sozialdemokratie verliehenen Victor-Adler-Plaketten überreicht.

In seiner Würdigungsrede wies Genosse Leopold Gratz darauf hin, daß die beiden Genossen während des Krieges und in den Jahren nach 1945 in den USA die Organisation „Friends of Austrian Labor“ leiteten

und in dieser Eigenschaft nicht nur das Los vieler Emigranten erleichterten, sondern auch wichtige Hilfssendungen nach Österreich organisierten.

Der gegenwärtige Vorsitzende der Organisation, die in den Jahren seit 1945 auch immer wieder die Haltung der österreichischen Sozialisten in den USA zu interpretieren und für sie zu werben verstanden hat, ist der bekannte Arzt Prof. Dr. Richard Berczeller. Stellvertretender Vorsitzender ist Genosse Hugo Price, wohlbekannt aus der Jugendbewegung vor 1934.

An der Sitzung hat nach langer Abwesenheit auch wieder unsere Genossin Rudolfine Muhr teilgenommen, die mit herzlichen Worten und einem Stock blühender Azaleen begrüßt und zu ihrer Genesung beglückwünscht wurde.

*

12. Februar 1976 — Kranzniederlegung

Viele Genossinnen und Genossen versammelten sich wie alljährlich am Morgen des 12. Februar vor dem II. Tor des Wiener Zentralfriedhofs, um der Tage des 12. Februar 1934 zu gedenken.

Pünktlich um 9 Uhr setzten sich die Delegationen in Bewegung und zogen schweigend durch die Stille des winterlich-verschneiten Friedhofs. Nach einem kurzen Gedenken an der Präsidentengruft wurde das Mahnmal für die Opfer des Faschismus erreicht, wo ein großer Lorbeerkranz mit der Schleife „Niemals vergessen — Bundesvorstand der SPÖ — Bund sozialistischer Freiheitskämpfer — Wiener Vorstand — Sozialistische Fraktion im ÖGB“ niedergelegt wurde. Alle Teilnehmer verharrten in einer Minute schweigenden Gedenkens und begaben sich dann zu den Gräbern der Genossen Victor Adler und Otto Bauer, nachdem unsere Genossin Rosa Jochmann sehr zu Herzen gehende Dankesworte für unsere unvergessenen Opfer gesprochen hatte.

Auch hier gedachte Genossin Jochmann der Verdienste der Pioniere der österreichischen Arbeiterbewegung in kurzen und eindringlichen Worten. Dann wurde ebenfalls ein großer Kranz mit roten Schleifen niedergelegt.

*

Antifaschistisches Seminar

Das Antifaschistische Jugend-Kontaktkomitee veranstaltet am 22. und 23. Mai 1976 wieder ein Seminar, das im Anton-Hueber-Haus abgehalten wird. Referenten und Themenkreise werden voraussichtlich in der nächsten Nummer unserer Zeitung bekanntgegeben.

Aus dem Wiener Landesverband

14. Februar 1976 — Schweigemarsch

Am Samstag, dem 14. Februar 1976, fand wieder unser Schweigemarsch zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus auf dem Wiener Zentralfriedhof statt, um der historischen Tage des 12. Februar 1934 zu gedenken. Als Vertreter des Bundespartei Vorstandes war unser Genosse Dr. Christian Broda gekommen.

An der Spitze des Zuges marschierte eine starke Gruppe junger Genossinnen und Genossen mit den Sturnfahnen der Sozialistischen Jugend und es war ergreifend mitanzusehen, wie die Genossinnen und Genossen — (viele von ihnen gehören doch schon zur älteren Generation) — schweigend den flatternden Fahnen folgten, die, einer züngelnden roten Flamme gleich, durch die verschneiten winterlichen Alleen dem Mahnmal zustrebten.

An diesem Februartag machten die Teilnehmer an dem Schweigemarsch zum ersten Male auch am Grabe unseres Genossen Anton Proksch einen Halt, um dieses unermüdbaren Pioniers der österreichischen Sozialgesetzgebung zu gedenken.

Dann setzte der schweigende Zug der vielen Genossinnen und Genossen seinen Weg zu den Gräbern

unserer Bundespräsidenten fort und verharnte hier in stillem Gedenken, während sich die Fahnen ehrend zur Erde neigten.

Beim Mahnmal für die Opfer des Faschismus gruppierten sich alle Teilnehmer — (unser Kranz zur Ehrung der Toten war schon am 12. Februar durch eine Delegation des Bundesvorstandes und der Bezirksobmänner niedergelegt worden) — zu einem stillen, ehrenden Gedenken. Dann richtete unsere Genossin Rosa Jochmann einen flammenden Appell an die Versammelten, in dem sie nicht nur an die heroischen Tage des 12. Februar 1934 und die danach folgenden Zeiten der Verfolgung, sondern auch daran erinnerte, wie wertvoll in jenen verhängnisvollen Tagen die internationale Solidarität der Arbeiterschaft und darüber hinaus gewesen sei. Und daß es nun an uns liege, gerade in diesen Tagen des Gedenkens an unsere Kämpfer zu beweisen, daß der Gedanke der Solidarität lebendig ist wie eh und je. Heute brauchen die Sozialisten in Spanien und Portugal nicht nur unsere moralische Unterstützung, sondern noch mehr unsere materielle Hilfe. Vor allem gilt es, in Spanien die demokratischen Freiheiten wieder zu erringen.

Dann wurde der Schweigemarsch zu den Gräbern der Pioniere der österreichischen Arbeiterbewegung fortgesetzt. Nach einer Schweigeminute richtete auch hier Genossin Rosa Jochmann eine kurze Ansprache an die versammelten Kämpfer und Gesinnungsgenossen; aber sie sprach nicht an sie, sondern für sie; für sie alle, deren wir gedachten, an deren Gedenksteinen wir standen und die wir uns hier eingefunden hatten. Lassen wir nicht zu, daß niemals wieder versucht wird, von sogenannter „geteilter Schuld“ zu faseln — versucht wird, die historisch verbürgten Tatsachen zu verfälschen und die Geschichte umzumünzen. „Niemals vergessen!“

Mit dem Absingen der „Internationale“ endete die würdige Kundgebung.

Die Bezirke berichten:

Leopoldstadt

Leo Sanders (Safran) †. Am Montag, dem 29. Dezember 1975, ist Genosse Leo Sanders nach kurzem Spitalsaufenthalt verstorben. Leo Sanders kam bereits als kaufmännischer Lehrling zur Jugendabteilung des Zentralvereins der Kaufmännischen Angestellten, wo er lange Jahre eifriger Mitarbeiter war. Wie so viele andere war er in der Zeit vor 1934 arbeitslos. Im Februar 1934 stellte sich Sanders — „Safran“ aus der illegalen Zeit — sofort der illegalen Bewegung zur Verfügung. Er begann noch in den Februartagen mit der Verteilung illegaler Flugblätter, war später lange Zeit im Verteilungsapparat der AZ tätig, wurde verhaftet und zu Gefängnis verurteilt.

Im März 1938 gelang ihm die Flucht nach Paris, wo er in der Auslandsorganisation seinen Freunden in Österreich bei der Flucht behilflich war.

Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde Genosse Sanders in Frankreich interniert, er konnte jedoch später eine Einreisebewilligung in die USA erhalten. Als US-Soldat kam er wieder nach Europa, half in Paris die Verbindung mit der illegalen Bewegung in Österreich herzustellen und unterstützte seine Freunde durch Lebensmittelsendungen.

Später kam Sanders ganz nach Österreich zurück, wo er für sich und seine Familie eine kleine wirtschaftliche Existenz aufbauen konnte.

Mit Genossen Sanders verlieren wir einen guten, hilfsbereiten Menschen, einen Freund auch in schweren Tagen, einen Genossen, der immer aktiv für seine politische Überzeugung eingetreten ist. Wir werden ihn „Niemals vergessen!“.

Wieden

Ehrung für unsere Genossin Steffi Fahn. Im Rahmen einer Festsitzung der Bezirksvertretung wurde am 18. September 1975 unserer Genossin Steffi Fahn im Namen des Landeshauptmannes von Wien, Bürgermeister Leopold Gratz, das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreicht.

Die Bezirksgruppe Wieden wünscht Genossin Steffi Fahn alles Gute und gratuliert herzlichst zu dieser wohlverdienten Ehrung.

*

Wir gratulieren! Am 5. Jänner 1976 feierte unser Genosse Ferdinand Reisner bei bester Rüstigkeit und Gesundheit den 70. Geburtstag. Er stand schon seit frühesten Jugend in unseren Reihen. Genosse Reisner war Schutzbündler und immer einer derjenigen, die keinen Moment zögerten, als es galt, die Rechte der arbeitenden Menschen und die Republik zu ver-

teidigen. Er hat sich immer für ein freies demokratisches Österreich eingesetzt.

Lieber Genosse Reisner, wir sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus danken dir für deinen Einsatz und nochmals alles Gute und „Freundschaft!“! Wir sind stolz auf dich!

*

Siegfried Schubert †. Am Freitag, dem 16. Jänner 1976, verstarb unerwartet unser Freund, Genosse Siegfried Schubert im 69. Lebensjahr. Mit ihm verliert unsere Bezirksgruppe einen treuen und verlässlichen Kämpfer. Die Trauerfeier fand am Montag, dem 26. Jänner 1976, unter großer Beteiligung seiner Verwandten und Bekannten sowie vieler Freunde im Krematorium Simmering statt.

Genosse Anton Windhab hielt dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf, und unser Obmann, Genosse Franz Marks, sprach im Namen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus das aufrichtige Beileid aus.

Wir danken unserem Genossen Siegfried Schubert für seinen Einsatz und seine Opferbereitschaft. Wir werden ihn „Niemals vergessen!“.

Simmering

Karl Fayrzig †. Am 5. November 1975 hat uns unser Genosse und Kampfgefährte Karl Fayrzig für immer verlassen. Schon seit seiner frühesten Jugend war er ein eifriger Mitarbeiter in der sozialdemokratischen Bewegung von damals



und gehörte der Arbeiterjugend und später der Partei an. Für ihn war es eine Selbstverständlichkeit, auch Mitglied des Republikanischen Schutzbundes zu sein: Und als Kompanieführer der 1. Alarmabteilung waren es seine Kampfgenossen und er selbst, die den Angriff der Nationalsozialisten auf unser Arbeiterheim am 12. Oktober 1932 abwehrten. Unser Karl war auch in den Februartagen des Jahres 1934 aktiv an den Abwehrkämpfen gegen die Austrofaschisten beteiligt und mußte in die Tschechoslowakei flüchten. Erst im Jahre 1938 konnte er wieder nach Wien zurückkehren. Und während der Verbotszeit war er immer der einsatzbereite, aufrechte Sozialist geblieben, der

er stets gewesen ist. Der Bundesvorstand hatte ihm das Goldene Abzeichen unseres Bundes verliehen, um einem treuen Kämpfer für die Sache der arbeitenden Menschen, einem der vielen, vielen Bauleute unserer demokratischen Republik eine kleine sichtbare Ehrung für große Verdienste zuteil werden zu lassen.

Wir alle werden unseren Genossen Karl Fayrzig niemals vergessen und in seinem Sinne weiterarbeiten!

Hietzing

Jahresversammlung. Unsere Jahresversammlung fand am Freitag, dem 6. Februar 1976, um 19 Uhr im Saal der SPÖ Hietzing, 13, Jodigasse 7, statt. Das Referat hielt Genosse Robert Blau.

Nach der Eröffnung durch unseren Obmann, Genossen Eduard Schlesinger, der Begrüßung unserer Gäste und aller Mitglieder wurde zuerst die vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt. Dann gedachte Genosse Schlesinger der im Berichtszeitraum von uns gegangenen Mitglieder. Die Verdienste aller wurden in dankbarem Gedenken gewürdigt.

Unser Landesobmann, Genosse Robert Blau, hatte ein Tonband mitgebracht und so konnten alte Kampflieder abgespielt werden. Dann erfolgte die Ehrung der Genossinnen Rosina Heinzl und Martha Schmid, denen vom Bundesvorstand über Antrag unserer Bezirksgruppe das Goldene Abzeichen des Bundes verliehen worden war. Genosse Robert Blau überreichte die Abzeichen.

Nun folgte der Bericht des Obmannes über die Arbeit der Bezirksgruppe, den Genosse Eduard Schlesinger erstattete. Er dankte dem Bezirksobmann, Genossen Rosenberger, und dem Sekretariat der SPÖ für die Unterstützung unserer Arbeit, den Mitgliedern für ihre Treue und den Mitarbeitern für ihr nimmermüdes Arbeiten. Genosse Peter Brummer brachte anschließend den Bericht der Kontrolle und stellte den Antrag auf Entlastung. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Genosse Pecka berichtete über den Vorschlag des Wahlkomitees. Es wurden folgende Genossinnen und Genossen gewählt:

1. Obmann und Opferfürsorgereferent:	Genosse Eduard Schlesinger
2. Obmann:	Genosse Franz Pecka
Kassier:	Genossin Rosina Heinzl
Schriftführer:	Genossin Martha Schmid
Kontrolle:	Die Genossen Peter Brummer, Karl Czech und Leopold Hruska.
Beisitzer:	Die Genossin Rudolfine Muhr sowie die Genossen Michael Frischauf und Karl Harrer.

Dann erstattete Genosse Robert Blau ein ausführliches Referat über das Opferfürsorgegesetz und beantwortete anschließend Fragen aus dem Kreis der Versammlung.

Nachdem noch der Bezirksobmann, Genosse Franz Rosenberger, in kurzen Worten für die Arbeit der Bezirksgruppe gedankt hatte, schloß Genosse Eduard Schlesinger um 21 Uhr die Versammlung.

Ottakring

Gedenkkundgebung zum 12. Februar. Am Donnerstag, dem 12. Februar 1976, fand beim ehemaligen Ottakringer Arbeiterheim eine Kundgebung statt, bei der Genosse Hubert Pfösch Worte des Gedenkens sprach. Zu der Kranzniederlegung hatten sich viele Genossinnen und Genossen eingefunden.

*

Josef Fidra †. Einer unserer besten Freunde hat uns vor einigen Monaten verlassen: Genosse Josef Fidra wurde am 11. Juni 1975 den Flammen übergeben. Unser Genosse Robert Blau sprach am offenen Grabe Worte des Abschieds und zeigte uns noch einmal das Leben unseres Mitkämpfers mit



all seinen Stationen. Genosse Josef Fidra war vor dem Jahre 1934 bei der SAJ, dann beim WAT XVI und aktiver Schutz-bündler in der Alarmkompanie „Franz Schuhmeier“ unter Genossen Dangl. Und so war er auch als Verteidiger des Ottakringer Arbeiterheimes am 12. Februar 1934 im Kampfe gegen den Dollfußfaschismus in vorderster Frontlinie. Genosse Fidra wurde zusammen mit seinen Mitkämpfern Dangl, Pribil und Tuma im Arbeiterheim verhaftet. Bei der am 16. Februar 1934 durchgeführten Verhandlung unter dem Vorsitz des Dr. Kreuzhuber wurde er mit seinen Freunden zum Tod durch den Strang verurteilt. Buchstäblich in letzter Sekunde — man

holte ihn und seine Genossen bereits aus der Todeszelle heraus — wurden alle begnadigt. Interventioniert wurde von dem damaligen Gesandten der Tschechoslowakischen Republik Dr. Firlinger, da Fidra tschechoslowakischer Staatsbürger war; diese Tatsache kam auch den anderen Angeklagten zugute. Die Todesstrafe wurde in 15 Jahre schweren Kerkers umgewandelt. Am 23. November 1935 wurde Genosse Fidra endgültig begnadigt und in die CSSR abgeschoben. Sofort nach Kriegsende kehrte Genosse Fidra nach Wien zurück, wo er in Hernalds wohnte, da seine Wohnung in Ottakring ausgebombt war. Er wurde Funktionär bei den tschechischen Sozialisten und so lange es seine angegriffene Gesundheit erlaubte auch Mitarbeiter in seiner Sektion.

Seiner sozialistischen Gesinnung treu bleibend, trat Genosse Fidra im Jahre 1945 in die Dienste der Wiener Gebietskrankenkasse, um den arbeitenden Menschen helfen zu können.

Es war ihm nur kurze Zeit seines Lebens gegönnt, den wohlverdienten Ruhestand zu genießen. Die Bezirksgruppe Ottakring hatte noch die große Freude, Genossen Fidra bei der Februarfeier im Vorjahr bei uns zu sehen, Erinnerungen auszutauschen und sich darüber zu freuen, daß unser Kampf damals nicht umsonst war.

Die große Trauergemeinde zeigte, was wir verloren haben. Wir werden unseren „Pepi“ niemals vergessen!

Hernalds

Jahresversammlung. Unsere Jahresversammlung fand am 28. Jänner 1976 statt. Der Obmann, Genosse Robert Blau, eröffnete die Versammlung und begrüßte als Ehrengäste den Bezirksobmann der SPÖ-Hernalds, Genossen Josef Veleta sowie die Genossen Ernst Winkler, Alfred Ströer, Rudolf Geiger und den Referenten, Genossen Franz Klar, den Sekretär der Österreichischen Widerstandsbewegung.

Dann stellte er die Beschlussfähigkeit fest und schlug die folgende Tagesordnung vor:

1. Wahl eines Wahlkomitees
2. Berichte a) Obmann
b) Kassier
c) Kontrolle
3. Referat des Genossen Franz Klar: „Neonazismus“
4. Neuwahlen
5. Allfälliges
6. Filmvorführung von der großen Befreiungsfeier im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen, hergestellt von Genossen Franz Kovarovics.

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Bezirksobmann Genosse Veleta begrüßte die Teilnehmer, betonte die Wichtigkeit der Aufgaben der sozialistischen Freiheitskämpfer und erklärte die Bereitschaft der Bezirksorganisation Hernalds der SPÖ, so wie bisher auch weiterhin die Tätigkeit der Bezirksgruppe zu unterstützen. Er dankte für die geleistete Arbeit und wünschte auch für die künftige Tätigkeit die besten Erfolge.

Der Vorsitzende dankte dem Bezirksobmann und allen Hernalser Vertrauenspersonen für ihre Hilfe und Mitarbeit. So stellte die SPÖ-Hernalds für die Teilnehmer an den Schweigemärschen zum Mahnmahl im Zentralfriedhof am 12. Februar und 1. November einen Autobus zur Verfügung, und dadurch konnten wesentlich mehr Hernalser an diesen Gedenkkundgebungen teilnehmen als früher. Die Versammlungsteilnehmer gedachten dann stehend der in den Jahren 1974 und 1975 verstorbenen Mitglieder der Bezirksgruppe, der Genossinnen Hermine Kinder, Maria Polowiec und Maria Wallner sowie der Genossen Willy Kal, Josef Fidra und Karl Wammel. Genosse Blau schilderte mit bewegten Worten den Lebenslauf, die Leiden und die politische Tätigkeit der Verstorbenen. Vor allem hat unsere Genossin Hermine Kinder, die seit 20 Jahren Bezirksgruppenkassier und ständige Mitarbeiterin in den Sekretariaten des Bundes und der SPÖ-Hernalds

gewesen ist, eine schmerzliche Lücke in unserem Kreise zurückgelassen. Er schloß die Trauerkundgebung mit dem Versprechen, nach dem Vorbild und Beispiel dieser teuren Dahingegangenen weiterzuarbeiten und allen ein unverbrüchliches treues Gedenken zu bewahren.

Die Bezirksgruppe hat durch das Ableben des langjährigen Mitgliedes, Sektionsleiters und Kinderfreundeobmannes Genossen Michael Lang, der vor wenigen Tagen beerdigt worden ist, einen weiteren Verlust erlitten.

In das Wahlkomitee wurden sodann Genossin Schuh sowie die Genossen Greiner und Kohn gewählt, worauf unser 2. Obmann, Genosse Rudolf Kromer, den Vorsitz übernahm und den Obmann ersuchte, seinen Bericht zu erstatten.

Genosse Blau berichtete über den Mitgliederstand am 31. Dezember 1975, der 80 Mitglieder umfaßte, davon 34 Genossinnen. Um das Inkasso haben sich besonders die Genossen Stemmer, Cmejrek und Sölch verdient gemacht. Genosse Kromer sorgte durch aktuelle Rundschreiben für einen ständigen Kontakt mit den Mitgliedern, so daß alle Veranstaltungen und Aktionen eine gute Teilnahme aufzuweisen hatten. So nahmen wir an den Gedenkfahrten im Jahre 1974 und im April 1975, an der Gedenkfeier an das furchtbare Massaker im Zuchthaus Stein in den letzten Kriegstagen 1945 teil. Mit zwei Autobussen führen die Hernalser Freiheitskämpfer zur großen Feier in Wiener Neustadt und die Mahnmahlenthüllung in Wöllersdorf und gleichfalls mit zwei Autobussen zur Gedenkfeier in der Gedenkstätte Mauthausen.

Zum Gedenken „40 Jahre Februar 1934“ wurden gemeinsam mit der SPÖ-Hernalds würdige Feiern an den Gedenktagen des von der Polizei erschossenen Schutzbündlers Leo Holy im „Holyhof“ und des Schutzbundmajors Eifler, der im Konzentrationslager ermordet worden ist, im „Eiflerhof“ veranstaltet. Auch an den Protestdemonstrationen nahmen unsere Genossen teil.

Genosse Robert Blau stand den Mitgliedern jeden Montag zur Beratung in Opferfürsorgeangelegenheiten zur Verfügung.

Zum Schluß dankte der Obmann allen Mitgliedern des Ausschusses, dem SPÖ-Bezirksobmann und den Genossen vom Bezirkssekretariat herzlich für die vielfache Unterstützung und die gute Zusammenarbeit.

Dem Antrag des Vorsitzenden, zuerst die Berichte anzuhören und dann über sie gemeinsam zu diskutieren, wurde zugestimmt.

Der Kassier, Genosse Alfred Stemmer, hob hervor, wie vorbildlich die Kassenführung seiner so plötzlich verstorbenen Vorgängerin, der Genossin Kinder, gewesen ist und erstattete den Kassenbericht.

Für die Kontrolle berichtete Genosse Alexander Polowiec, daß niemals Anlaß zu Beanstandungen gewesen sei, daß alle Aufzeichnungen übersichtlich und genau geführt wurden und die Kassenbestände bei Kontrollen stets in bester Ordnung waren. Er beantragte daher die Entlastung des scheidenden Ausschusses.

Genosse Kromer dankt den Berichterstattern und da keine Wortmeldung erfolgte, brachte er den Antrag der Kontrolle zur Abstimmung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Dann schilderte Genosse Klar sehr eindrucksvoll die neonazistischen Erscheinungen in unserem Lande und betonte vor allem, daß sich bei der Abwehr und Bekämpfung dieser Umtriebe jeder einzelne von uns engagieren müsse. Es wäre falsch und schlecht, wenn man nur immer nach der Polizei oder nach Maßnahmen von Behörden rief. Natürlich sind solche Maßnahmen notwendig und sie werden auch getroffen, aber diese unbelehrbaren alten Nazis und die von ihnen irregleitet und neofaschistisch beeinflusste Jugend — mögen es oft auch nur ein paar hundert Faschisten sein — müssen erfahren und erkennen, daß die Demokraten und vor allem jene, die schon so große Opfer für Freiheit und Menschlichkeit gebracht haben, nie und nimmer gewillt sind, zu neonazistischen Tätigkeiten, Kundgebungen, Aktionen usw. zu schweigen, sondern daß sie gewillt und bereit sind, auch schon den Anfängen zu wehren. Keinesfalls darf man diese Umtriebe unterschätzen und man darf sie schon gar nicht negieren.

Die Versammlungsteilnehmer folgten den Ausführungen des Referenten mit großer Aufmerksamkeit und dankten ihm

Das Mauthausen-Museum

Die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen sind zu folgenden Zeiten geöffnet:

24. Jänner bis 30. April:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 16.30 Uhr

1. Mai bis 30. September:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 17.30 Uhr

Das Museum Mauthausen ist auch an Sonntagen zu den gleichen Besuchszeiten allgemein zugänglich, ebenso am Ostermontag und Pfingstmontag.

Dagegen bleiben die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen an jedem Montag und in der Zeit vom 15. Dezember bis 23. Jänner durchgehend geschlossen.

mit starkem Beifall. In der Diskussion zeigte sich einhellig die Meinung, daß man alles dazu beitragen müsse, damit eine weitere Vergiftung von jungen Menschen, die Bildung von Schlägertrupps, eine neonazistische Beeinflussung von 60.000 „Turnern“ in Oberösterreich und das Erscheinen und Verbreiten von hetzerischen und nationaldeutschen Schriften unmöglich gemacht werde.

Auch der Vorsitzende dankte Genossen Klar für seine so wichtigen Informationen und versicherte, daß die Hernalser Freiheitskämpfer immer bereit waren und auch weiterhin dabei sein werden, wenn zu Aktionen gegen derartige Umtriebe und Jugendvergiftungen aufgerufen wird.

Für das Wahlkomitee erstattete dann Genosse Greiner den Wahlvorschlag. Es wurden einstimmig folgende Genossinnen und Genossen gewählt:

- | | |
|---------------------|--|
| 1. Obmann: | Genosse Robert Blau |
| 2. Obmann: | Genosse Rudolf Kromer |
| 3. Obmann: | Genosse Alfred Ströer |
| 1. Kassier: | Genosse Alfred Stemmer |
| 2. Kassier: | Genossin Helene Cmejrek |
| 1. Schriftführer: | Genossin Johanna Zchoval |
| 2. Schriftführer: | Genosse Fritz Franke |
| Ausschußmitglieder: | Die Genossen Fritz Bock und Ernst Winkler |
| Kontrolle: | Die Genossen Alexander Polowiec, Rudolf Geiger und Viktor Matzka |

Genosse Robert Blau dankte für das neuerliche Vertrauen, begrüßte als neue Ausschußmitglieder die Genossen Ströer und Winkler und versprach namens der gewählten Funktionäre, auch in Zukunft nach besten Kräften die Arbeiten zu leisten. Er ersuchte ferner, rechtzeitig die Teilnahme am Schweigemarsch am Samstag, dem 14. Februar 1976, anzumelden, damit entsprechend der Zahl der Teilnehmer ein oder zwei Autobusse bestellt werden können.

Der Film, den Genosse Kovarovics von unserer Teilnahme an der Gedenkfeier in Mauthausen gemacht hat, war ganz ausgezeichnet und brachte den Teilnehmern diese würdige Feier wieder in Erinnerung.

Dann schloß der Obmann die Jahresversammlung mit dem Dank an alle Teilnehmer.

*

Maria Wallner †. Genossin Wallner ist am 10. Dezember 1975 im 74. Lebensjahr gestorben. Sie wohnte in Hernalts, war aber viele Jahre hindurch in der Bezirksgruppe Brigittenau als Mitarbeiterin tätig. Unser Wiener Obmann, Genosse Robert Blau, nahm im Simmeringer Krematorium von Genossin



Wallner Abschied: „Wie immer, wenn wir an diese Stätte kommen, haben wir die schmerzliche Verpflichtung, von Kampfgefährten Abschied zu nehmen, die uns lieb und teuer waren. Heute erweisen wir unserer Genossin Maria Wallner die letzte Ehre. An ihrer Bahre haben sich nur gute Freunde, Kampfgefährten, Gesinnungsgenossen und Nachbarn eingefunden, weil die Verstorbene keine Verwandten oder Hinterbliebenen mehr hatte. Ihr einziges Kind, einen gesunden und braven Sohn, hat sie im Jahre 1952 auf besonders tragische Weise verloren. Wie es in einer jeden echten sozialistischen Familie sein sollte, so schickten unsere Genossen Alexander und Maria

Wallner ihren Sohn zu den Kinderfreunden. Als er bei den Roten Falken war, nahm er auch an einem Ausflug in die Berge teil und stürzte so unglücklich ab, daß er sein junges Leben lassen mußte. Für Genossin Wallner blieb dies leider nicht der einzige Schicksalsschlag, denn nur wenige Jahre später verlor sie auch den Gatten durch einen Verkehrsunfall. Genosse Wallner war mit seinem Motorroller vorausgefahren und Maria folgte ihm im Auto von Freunden. Da sahen sie vor einer Kurve eine Verkehrsstockung, und als das Auto an die Unfallstelle kam, mußte sie zu ihrem Entsetzen sehen, daß ihr Gatte vom Anhänger eines Lastkraftwagenzugs vom Roller gestoßen worden war. Genosse Wallner starb noch an der Unfallstelle.

Für Genossin Wallner war es ein großes Glück, daß sie gute Freunde hatte, die sich immer um sie gekümmert und sie auch bis zu ihrer letzten Stunde betreut haben.

Unsere Maria war die Tochter einer alten Arbeiterfamilie. Sie war in Ternitz geboren, besuchte die Pflichtschule und erlernte den Beruf einer Schneiderin. Schon in dieser Zeit schloß sie sich der Sozialdemokratischen Partei an. Sie heiratete später Alexander Wallner, der gleichfalls schon in jungen Jahren zur Partei gefunden hatte. Es war für den Schutzbündler Wallner in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit ein großes Glück, daß er zur Gemeindefache im Wiener Rathaus kam. Aber im Februar 1934 wurde er so wie alle seine Parteifreunde gemäßregelt und inhaftiert. Er war wieder arbeitslos. Aber Alexander und Maria Wallner gehörten zu jenen Aufrechten, die nicht nur nie ihre Gesinnung veraten haben, sondern die im illegalen Kampf bemüht waren, Freiheit und Demokratie für ihre Heimat wieder zu erkämpfen.

Im Jahre 1945 wurde Alexander Wallner sofort wieder zur Rathauswache berufen und er half mit, sie wieder aufzubauen. Schließlich war er einer der ranghöchsten Beamten dieser traditionsreichen Einrichtung. Selbstverständlich war

er auch ein eifriger Mitarbeiter in der 8. Sektion der SPÖ Hernalts und Funktionär der Mietervereinigung. Seine Gattin Maria war ihm in jeder Situation eine gute und aufopfernde Gefährtin. Seit dem Jahre 1957 war sie Mitarbeiterin in der Bezirksgruppe Brigittenau der sozialistischen Freiheitskämpfer und auf sie war immer Verlaß, mit ihr konnte man jederzeit rechnen.

Nun habe ich die schmerzliche Verpflichtung, von Dir, liebe Genossin Wallner, namens der sozialistischen Freiheitskämpfer Hernalts und Brigittenau, der Bezirksorganisation und 8. Sektion von Hernalts Abschied zu nehmen.“

Dann dankte Genosse Blau noch einmal für die Gesinnungstreue, Opferbereitschaft und fleißige Mitarbeit unserer Maria. Wir alle werden ihr stets ein dankbares und ehrendes Angedenken bewahren.

Döbling

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Döbling hielt am Dienstag, dem 27. Jänner 1976, im „Haus der Begegnung“ in der Gatterburggasse 2a ihre diesjährige Jahresversammlung ab.

Unser Obmann, Genosse Johann Haas, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste, insbesondere den Genossen Robert Blau, der das Referat des Abends übernommen hatte; auch der 3. Obmann unseres Bundes, Genosse Josef Hindels, war gekommen. Genosse Walter Hofstätter, der Obmann der SPO Döbling, mußte sich entschuldigen und hatte Grüße geschickt, unser Bezirksvorsteher Genosse Richard Stockinger wurde besonders herzlich begrüßt.

Bevor in die Tagesordnung eingegangen wurde, gedachte Genosse Haas der seit der letzten Jahresversammlung verstorbenen Mitglieder, der Genossinnen Isabella Kösseldorfer und Karoline Weichselbaum, sowie der Genossen Rudolf Frühwald, Eduard Kaufer, Karl Kolter, Anton Proksch, Wilhelm Weil und des jungen Genossen Eric Slepitzka. Alle Anwesenden hatten sich von ihren Plätzen erhoben und gedachten der dahingeschiedenen Kampfgefährten. Dann wurde die Tagesordnung genehmigt. Nachdem auf die Verlesung des Protokolls der letzten Jahresversammlung verzichtet worden war, wurde das Wahlkomitee gewählt. Die Genossin Friederike Müller sowie die Genossen Fritz Lehner und August Hüller wurden mit dieser Funktion betraut.

Dann erstattete Genosse Johann Haas den Tätigkeitsbericht über das vergangene Jahr. Er schilderte die zahlreichen Aktivitäten der Bezirksgruppe und hob vor allem die Kundgebungen und Kranzniederlegungen bei den Gedenktafeln im Karl-Marx-Hof und den nach unseren Genossen Viktor Klose, Ernst Rebec und Emil Svoboda benannten Wohnhausbauten der Gemeinde Wien hervor.

Das Referat des Genossen Robert Blau war sehr informativ und aufschlußreich; es wurde mit großem Beifall aufgenommen, und Genosse Haas dankte dem Referenten für seine Ausführungen.

Nachdem nun noch eine Reihe von organisatorischen Fragen besprochen und diskutiert worden waren — so teilte Genossin Grete Ruthner unter anderem mit, daß Genosse Franz Zabloudil erkrankt sei und sie bis zu seiner Gesundung die Kassierung der Mitgliedsbeiträge übernehmen werde —, dankte der Obmann Genosse Haas allen Anwesenden für ihr Kommen und schloß die Versammlung mit dem Appell, die politische Arbeit so wie bisher fortzusetzen.

Brigittenau

Maria Wallner †. Am Mittwoch, dem 10. Dezember 1975, ist unsere Genossin Maria Wallner nach kurzem, schwerem Leiden im 74. Lebensjahr gestorben. Sie war in unserer Bezirksgruppe seit dem Jahre 1957 als treue und verlässliche Mitarbeiterin tätig, wohnte aber in Hernalts. Und so war es auch verständlich, daß bei der Trauerfeier für unsere liebe Tote, die am Freitag, dem 19. Dezember 1975, um 15 Uhr im Krematorium Wien-Simmering abgehalten wurde, der Obmann der Hernalser Freiheitskämpfer, unser Genosse Robert Blau, der zugleich auch Wiener Landesobmann ist, im Namen der beiden Bezirksgruppen die Worte des Abschieds sprach.

Die Beisetzung der Urne fand am Montag, dem 29. Dezember 1975, um 8.30 Uhr auf dem Hernalser Friedhof statt.

Wir werden unserer bewährten Mitarbeiterin und Genossin stets ein dankbares Andenken bewahren; hatte sie sich doch stets und unermüdet für das Wohl ihrer Klassen-genossen eingesetzt und zu helfen versucht, wo immer es ihr möglich war. Noch in ihrem Sterben hatte sie aus innerster Überzeugung ihrer Mitmenschen gedacht: Maria hatte ausdrücklich gebeten, von Kranzspenden abzusehen und Geldbeiträge, die etwa dafür vorgesehen werden sollten, dem Institut für Krebsforschung an der Universität Wien zu übermitteln.

Niemals vergessen!

Floridsdorf

Johann Stoiber †. Die Bezirksgruppe Floridsdorf hat wieder einen treuen Genossen verloren: Genosse Johann Stoiber ist im Alter von 73 Jahren gestorben. Er war seit seiner Jugend in unserer Partei tätig und hat das Goldene Parteiabzeichen erhalten. Im Februar 1934 war er als Schutzbündler aktiv im Kampf gegen den Austrofaschismus auf den Barrikaden, wurde nach dem Kampf verhaftet und nach der Haftentlassung blieb er lange Zeit arbeitslos.

Genosse Stoiber war auch in den illegalen Organisationen tätig. Er war stets ein aufrechter Sozialist, den keine Diktatur von seiner politischen Überzeugung abbringen konnte.

Seine Floridsdorfer Kampfgefährten danken ihm für seine Treue und grüßen ihn ein letztes Mal mit „Freundschaft!“ Wir werden ihn niemals vergessen.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

St. Pölten, Jahresversammlung. Am 22. November 1975 wurde im Weißen Saal der Stadtsäle in St. Pölten die Jahresversammlung der Bezirksgruppe St. Pölten abgehalten.

Eingeleitet wurde die Versammlung durch den Landesobmann Genossen Leo Lesjak. Mittels eines Tonbandgerätes wurde ein Ausschnitt aus der „Geschichte der Arbeiterbewegung in Wort und Lied“ vorgetragen. Diese außerordentlich würdige Einleitung wurde von allen Genossinnen und Genossen mit Ergriffenheit und Begeisterung aufgenommen und mit einem stürmischen Beifall bedankt.

Bezirksobmann Genosse Anton Gutleiderer dankte dem Genossen Lesjak für diese eindrucksvolle Einleitung und eröffnete die Jahresversammlung. Die allen Mitgliedern mit der Einladung zur Kenntnis gebrachte Tagesordnung wurde angenommen. Genosse Gutleiderer begrüßte sodann die erschienenen Ehrengäste, den Bürgermeister der Stadt Sankt Pölten, Genossen Hans Schickelgruber, den Genossen Robert Blau vom Bundesvorstand und die Genossen Leo Lesjak und Erwin Schramm vom Vorstand des Landesverbandes Niederösterreich. Sodann gedachten alle Anwesenden durch Erheben von den Sitzen der seit der letzten Jahresversammlung verstorbenen Genossinnen und Genossen: Hermine Marecek (Tulln), Johann Kloibhofer (Hainfeld), Alois Ermer (Sankt Pölten), Augustin Riha (Hainfeld), Josef Haider (Rohrbach a. d. G.), August Bannholzer (St. Pölten), Josef Riedinger (Neulengbach), Wilhelm Sturm (St. Pölten), Rupert Trapp (St. Pölten-St. Georgen), Anton John (St. Pölten), Johann Kraft (Annaberg), Michael Ruhm (Neulengbach), Karl Werthan (Statzendorf), Karl Reiter (St. Pölten), Rudolf Ziegelwagner (St. Pölten) und Franz Nitterl (Wieselburg). Der Vorsitzende Genosse Gutleiderer würdigte die Treue der Verstorbenen und ihre aktive Teilnahme im Kampf gegen den Faschismus.

Sodann brachte der Obmann den Bericht über die Tätigkeit der Bezirksgruppe seit der letzten Jahresversammlung. Es fanden Bezirksgruppenausschusssitzungen statt und es wurden Delegierte zu der Landeshauptversammlung und der Bundeshauptversammlung entsandt. Weiters wurde in der Berichtszeit eine Autobusfahrt nach Ebensee zum Besuch des dortigen KZ-Friedhofs veranstaltet. Im Friedhof wurde ein Kranz niedergelegt und in einer kurzen Ansprache aller im KZ Ebensee durch den Terror der Nazifaschisten ums Leben gekommenen KZ-Insassen gedacht. Außerdem wurde anlässlich der Enthüllung des Denkmals für die Opfer des 12. Februar 1934 eine Autobusfahrt nach Wöllersdorf unternommen. Die Bezirksgruppe St. Pölten beteiligte sich auch an der Fahrt nach Mauthausen und nach Dachau sowie an der Gedenkkundgebung in der Strafanstalt Stein an der Donau sowie an dem in Wien durchgeführten Schweigemarsch. Am 13. April 1975 veranstaltete die Bezirksgruppe am Gedenkstein im Hammerpark zu St. Pölten für die am 13. April 1945 von der SS erschossenen 13 Antifaschisten eine Gedenkkundgebung mit Kranzniederlegung. Die Genossen unserer Bezirksgruppe haben auch an den von der SPÖ veranstalteten Gedenkkundgebungen am Grabe der im Februar 1934 hingerichteten Schutzbündler Hoß und Rauchenberger im Städtischen Hauptfriedhof in St. Pölten teilgenommen.

Im Zuge der von Funktionären des Bezirksgruppenausschusses im Sekretariat der SPÖ in St. Pölten, Prandtauerstraße 4, abgehaltenen Sprechstunden wurden vielen Mitgliedern unseres Bundes Auskünfte erteilt und über Wunsch auch Ansuchen an verschiedene Behörden geschrieben. Ein in Opferfürsorgefragen besonders versierter Genosse aus Wien, der an jedem ersten Freitag der Monate Jänner, April, Juli und Oktober Sprechstunden abhält, konnte den Genossinnen und Genossen in allen einschlägigen Fragen erschöpfende Auskunft erteilen und wenn möglich auch gleich die Erledigung beziehungsweise Weiterleitung gewisser Anträge übernehmen. Durch diese während der Sprechstunden ausgeübte Tätigkeit konnte vielen unserer Mitglieder oft in schwerster Not geholfen werden. Unser Obmann hat auch an den Begräbnissen verstorbener Genossen teilgenommen und viele Krankenhausbesuche gemacht.

In der Berichtszeit wurde auch eine Mitgliederwerbaktion durchgeführt, bei der 26 Genossinnen und Genossen gewonnen werden konnten.

Am Ende seines Berichts dankte Genosse Gutleiderer der Bezirksleitung St. Pölten der SPÖ, besonders aber dem Sekretär des Bezirks, Genossen Karl Gruber, für die großzügige Unterstützung, welche unserer Bezirksgruppe stets zuteil wird. Er dankte auch allen Funktionären für ihre Mitarbeit und das gute Zusammenwirken.

Nach dem Bericht des Obmanns brachte die Genossin Gottfriede Schmalzl den Kassenbericht. Genosse Hubert Paschinger berichtete für die Kontrolle und stellte den Antrag auf Entlastung des Kassiers sowie des Ausschusses. Der Antrag wurde ohne Wortmeldung und ohne Gegenstimme angenommen.

Sodann ergriff Genosse Robert Blau vom Bundesvorstand das Wort zu seinem Referat. Am Beginn seines Vortrags überbrachte er die Grüße des Bundesvorstands und gab dann einen sehr ausführlichen Bericht über das Opferfürsorgegesetz und seine Novellierungen. Dieser überaus interessante Vortrag wurde von allen Versammlungsteilnehmern mit großem Beifall aufgenommen. Genosse Gutleiderer dankte dem Genossen Blau für seinen Vortrag, der vielen Genossen gezeigt hat, daß das Opferfürsorgegesetz und seine Novellen viele Möglichkeiten der Hilfe für die Opfer des Faschismus

bietet, daß aber wegen Unkenntnis der Gesetze doch nicht alle diese Möglichkeiten ausgenützt werden.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung brachte Genosse Peschek den Vorschlag für die Wahl des neuen Bezirksgruppenausschusses. Es wurden vorgeschlagen:

- | | |
|-------------------|--|
| 1. Obmann: | Genosse Anton Gutleiderer (St. Pölten); |
| 2. Obmann: | Genosse Johann Schmid (Wilhelmsburg); |
| 3. Obmann: | Genosse Karl Gruber (St. Pölten); |
| 1. Kassier: | Genossin Gottfriede Schmalzl (St. Pölten); |
| 2. Kassier: | Genosse Hubert Paschinger (St. Pölten); |
| 1. Schriftführer: | Genosse Franz Peschek (St. Pölten); |
| 2. Schriftführer: | Genossin Katharina Scholle (St. Pölten); |
| Kontrolle: | Die Genossen Karl Hellerschmid (St. Pölten) und Josef Teufel (St. Pölten); |
| Beisitzer: | Die Genossen Ferdinand Kostal (Hainfeld) und Rupert Bock (Neuda-Gölling). |

Dieser Wahlvorschlag wurde von den Versammlungsteilnehmern einstimmig angenommen.

Nach der Wahl ergriff unser Landesobmann Genosse Leo Lesjak das Wort. Er überbrachte die Grüße der Landesorganisation und dankte dem Genossen Gutleiderer für seine Tätigkeit in der Bezirksgruppe. In seinen weiteren Ausführungen berichtete Genosse Lesjak über alle Leistungen, welche das Land Niederösterreich im Rahmen der Opferfürsorge vollbringt. Er teilte auch mit, daß der Landesverband Niederösterreich im Februar beziehungsweise März 1976 eine Flugreise nach Israel plant. Abschließend gab Genosse Lesjak bekannt, daß er ab 20. Jänner 1976 wieder jeden Dienstag von 9 bis 11 Uhr seine Sprechstunden im Landespartei-Sekretariat der SPÖ, Wien 1, Grillparzerstraße 14, abhalten werde.

Der 2. Obmann, Genosse Karl Gruber, dankte schließlich allen Anwesenden für ihr Kommen, besonders den Genossen Robert Blau und Leo Lesjak für ihre Vorträge, und dem Bürgermeister der Stadt St. Pölten, Genossen Hans Schickelgruber, für seine Teilnahme an der Jahresversammlung. Nach einer kurzen Schlußansprache wurde die Versammlung vom Genossen Karl Gruber geschlossen.

Nach dem Abschluß der Jahresversammlung fand ein gemeinsames Mittagessen statt, zu dem der Bezirksgruppenausschuß alle Versammlungsteilnehmer eingeladen hatte. Eine an das Mittagessen angeschlossene Plauderstunde bedeutete schließlich die sehr gut gelungene Veranstaltung.

*

Sankt Pölten, Friedrich Bernhard †. Im Alter von 78 Jahren starb am 30. Jänner 1976 der ehemalige Angehörige des Republikanischen Schutzbundes, unser Genosse Friedrich Bernhard. Er war ein aktiver Kämpfer in den Tagen des 12. Februar 1934. Nach dem „Sieg“ der Austrofaschisten wurde auch er verhaftet und verurteilt. Seine Kerkerstrafen in den Gefängnissen von Schrems und Krems haben diesen treuen Sozialisten nicht beugen können.

Am 2. Februar 1976 wurde Genosse Bernhard, von zahlreichen Freunden und Verwandten begleitet, auf dem Friedhof in Schrems zu Grabe getragen. Die Bezirksgruppe wird dem bewährten Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen!“

*

Bezirk Schrems, Karl Heller †. Der frühere Bürgermeister von Schrems und Obmann verschiedener Arbeiterorganisationen, Genosse Karl Heller, ist am 10. Jänner 1976 im 71. Lebensjahr gestorben. Er war auch Bezirksgruppenobmann der sozialistischen Freiheitskämpfer für den Bezirk Gmünd-Schrems.

Genosse Heller war schon in seiner Jugend Funktionär der sozialdemokratischen Bewegung und nahm im Februar 1934 aktiv am Widerstand der Arbeiterschaft teil; er wurde verhaftet und zu sechs Monaten Kerker verurteilt.

An seinem Begräbnis nahm eine große Trauergemeinde teil. Bürgermeister Franz Hauer und die Genossen Herbert Haas und Leo Lesjak würdigten die Verdienste des Verstorbenen.

Salzburg

Landeshauptversammlung. Die Hauptversammlung des Landesverbandes wurde am Sonntag, dem 8. Februar 1976, im SPÖ-Heim Elisabethvorstadt abgehalten. Der Landesobmann, Genosse Ferdinand Putz, gab einen kurzen Bericht über die umfangreiche Tätigkeit des Landesverbandes seit der letzten Hauptversammlung vom 9. Februar 1975. So wie in den vergangenen Jahren wurden auch diesmal am 12. Februar und am 1. November die Gedenkfeiern vor dem Mahnmal auf dem Kommunalfriedhof abgehalten, und Genosse Karl Steinocher legte einen Kranz nieder. Genosse Dr. Herbert Moritz erinnerte am 1. November an das Opfer der Toten für eine edle Sache, an die Republikfeiern des Jahres 1975 und an die Unteilbarkeit von Menschenrecht und Menschenwürde. Wir alle wollen im Sinne unserer Toten, im Sinne der Pioniere der Arbeiterbewegung und unserer Partei weiterarbeiten.

Die Genossinnen und Genossen gedachten sodann der im Berichtszeitraum von uns gegangenen Mitglieder, der Genossin Karoline Kittl sowie der Genossen Franz Höllermann, Jakob Stöllinger und Franz Thurner. Für den Landesverband nahm Genosse Otto Seifried von den verdienstvollen Freiheitskämpfern Abschied. Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Tätigkeit des Landesverbandes erstreckte sich auf die Betreuung der Mitglieder im ganzen Land. So wurde von den Vorstandsmitgliedern Putz, Seifried, Heuberger und Kittl am

16. August 1975 eine Rundfahrt nach Saalfelden, Badgastein, Schwarzach, Bischofshofen und Hallein unternommen, um an Ort und Stelle Sprechmöglichkeiten zu geben. In den Gesprächen mit den Funktionären und vielen Mitgliedern konnte tatsächlich eine ganze Reihe von Fragen aufgegriffen und später positiv erledigt werden.

Der Landesverband erhielt auch im vergangenen Jahr vom Amt der Salzburger Landesregierung und von der Stadtgemeinde Subventionen, die die umfangreichen Arbeiten des Landesverbandes erst ermöglichten. Unseren Genossen Doktor Herbert Moritz und Heinrich Salfenauer wollen wir für ihre Unterstützung unseren besten Dank sagen.

Am SPÖ-Landesparteitag, am 26. April 1975, hat unser Genosse Ferdinand Putz als Delegierter teilgenommen, während an der Bundeshauptversammlung in Wien am 25. und 26. April 1975 die Genossin Paula Seifried sowie die Genossen Franz Fritzenwanker, Hermann Grabler, Josef Heuberger und Otto Seifried den Salzburger Landesverband vertreten haben. Der Landesverband hat auch mit 50 Genossinnen und Genossen an der Gedenkkundgebung zum 30. Jahrestag der Befreiung Österreichs vom Faschismus teilgenommen, die am 27. April 1975 in Wien stattfand. Durch die Unterstützung von Genossen Heinrich Salfenauer konnte ferner am 9. Mai 1975 eine Delegation des Landesverbandes Niederösterreich in Salzburg betreut werden. An dem geselligen Beisammensein nahmen die Genossen Karl Steinocher, Dr. Hanselitsch und die Vorstandsmitglieder Putz, Seifried, Heuberger, Grabler und Kittl teil.

Einem sozialistischen Studenten an der Universität Salzburg wurde für eine Seminararbeit über das Thema „Widerstand gegen den Faschismus im Lande Salzburg“ administrative Hilfe gegeben.

Die Mitglieder des Landesverbandes haben durch finanzielle Unterstützung und, soweit ihre Kräfte reichten, auch durch aktive Mitarbeit in den Ortsorganisationen und Sektionen der SPÖ zum Wahlerfolg bei der Nationalratswahl am 5. Oktober 1975 beigetragen. Für uns alle ist es wohl eine Bestätigung, daß unser Kampf nicht umsonst war, daß aber auch die neue Generation bereit ist, für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen.

Die Jahresversammlung stand ganz im Zeichen der Ehrung einer vorbildlichen und mutigen Sozialistin: Genossin Maria Emhart. Als sichtbaren Ausdruck der Anerkennung und Wertschätzung überreichte ihr Genosse Karl Steinocher unter dem lebhaften Beifall der Versammlung einen Strauß roter Nelken.

Dann ergriff Genosse Karl Steinocher das Wort zu seinem Referat. Er schilderte die umfangreichen Anstrengungen der Sozialisten zur Erhaltung der Wirtschaftskraft des Bundeslandes Salzburg. Und er zitierte als Beispiel den Kupferbergbau in Mühlbach, die Saline Hallein und verschiedene Einrichtungen auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs. Genosse Steinocher bemerkte, daß es zu einem wesentlichen Teil auch dem großen Einsatz der Freiheitskämpfer zu danken sei, wenn die Sozialistische Partei nun schon seit Jahren die führende Rolle in Österreich innehat.

Dann erstattete das Wahlkomitee seinen Bericht und schlug folgende Genossen zur Wahl vor:

- | | |
|-------------------|---|
| 1. Obmann: | Genosse Ferdinand Putz |
| 2. Obmann: | Genosse Otto Seifried |
| 1. Kassier: | Genosse Josef Heuberger |
| 2. Kassier: | Genosse Albert Mitsche (Hallein) |
| Schriftführer: | Genosse Eduard Kittl |
| Kontrolle: | Die Genossen Franz Fritzenwanker (Saalfelden) und Albert Mitsche (Hallein) |
| Bezirksvertreter: | Pinzgau: Josef Fritzenwanker (Saalfelden)
Pongau: Josef Fuchs (Bischofshofen)
Tennengau: Albert Mitsche (Hallein)
Salzburg-Stadt: Otto Seifried (Salzburg) |

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen und die vorgeschlagenen Genossen in ihrer Funktion bestätigt.

Dank an eine vorbildliche Sozialistin

Als es in den stürmischen Tagen des Februars 1934 galt, den Kampf für Freiheit und Demokratie aufzunehmen, stand Genossin Maria Emhart als tapfere Sozialistin in vorderster Reihe. Ihr unerschrockener Einsatz war für viele Sozialisten ein entscheidendes Vorbild, sich nicht vom politischen Gegner zermürben oder gar korrumpieren zu lassen.

Auch als Vizebürgermeister von Bischofshofen und als Nationalratsabgeordnete bewies Genossin Maria Emhart, daß sie mit ganzem Herzen in der sozialdemokratischen Bewegung stand.

Als Dank für ihre großen Leistungen wurde Maria Emhart am Sonntag, dem 8. Februar 1976, im Rahmen der Jahreshauptversammlungen des Landesverbandes der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus geehrt. Ein Strauß roter Nelken — überreicht von Landeshauptmann-Stellvertreter Karl Steinocher — war der sichtbare Ausdruck der Anerkennung für diese bewunderungswürdige Frau.

Unsere Broschüre über Otto Bauer

Die Broschüre Manfred Ackermann: „Rede über Otto Bauer“ ist nach wie vor über alle Bezirksgruppen oder direkt in unserem Sekretariat zum Preis von S 3.— erhältlich.

Steiermark

Kapfenberg. Familienabend. Am Sonntag, dem 16. März 1975, veranstaltete die Bezirksgruppe im schön geschmückten Saal des Arbeiterheims einen Familienabend, zu dem auch die Mitglieder aus Bruck eingeladen worden waren. Es waren viele Genossinnen und Genossen gekommen — und bei der Begrüßung konnte unser Obmann, Genosse August Jaritz, den Bürgermeister, Genossen Franz Fekete, Genossen Heinrich Scheibengraf, den Betriebsratsobmann der Böhlerwerke, Genossen Alois Rechberger sowie unsere Genossen Hermann Lackner und Franz Zechner ganz besonders herzlich willkommen heißen.

Dann hielt unser Genosse Hermann Lackner noch eine kurze Ansprache und der Familiennachmittag nahm seinen Anfang. Die musikalische Umrahmung besorgte die beliebte Kapelle Hackl und das Jodlerduo Leichart sowie unser Mundartsprecher Ignaz Pierer steuerten Beiträge bei, die mit viel Beifall aufgenommen wurden. Es war eine gelungene Veranstaltung.

*

Kapfenberg. Franz Adler †. Die Bezirksgruppe Kapfenberg hat wieder einen schweren Verlust erlitten: Nach langem, schwerem Leiden verstarb unser Mitglied Genosse Franz Adler im 80. Lebensjahr.

Er war vom Jahre 1945 an bis zu seiner Pensionierung Standesbeamter der Stadtgemeinde Kapfenberg. Genosse Adler war auch Mitglied des Republikanischen Schutzbundes und war an den Februarkämpfen beteiligt. Er mußte viele Monate im Gefängnis verbringen.

Bei der Urnenbeisetzung auf dem Ortsfriedhof sprach Bürgermeister Genosse Franz Fekete und würdigte die Verdienste unseres Toten um die sozialistische Bewegung. Er war Träger des Goldenen Abzeichens unseres Bundes und bekam auch die höchste Auszeichnung von der Partei, die Victor-Adler-Plakette. Von 1929 bis 1934 war er Obmann der Lokalorganisation der Partei und bei der Genossenschaft Volksheim war er durch einige Jahre ebenfalls der Obmann.

Ein Stück Alt-Kapfenberg ist von uns gegangen — so endeten die letzten Worte des Bürgermeisters. Die Chorvereinigung „Stahlklang“, deren Mitglied er war, nahm von ihm mit einem ergreifenden Trauerchor Abschied.

Wir werden unserem Genossen Franz Adler stets ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen!“

*

Obersteier. Andreas Roth †. Unser Landesleitungsmitglied Genosse Andreas Roth, Altbürgermeister und Ehrenbürger von Steinach, ist gestorben. Er war vom Jahre 1945 bis 1970 Bürgermeister der Marktgemeinde Steinach und Inhaber der Goldenen Medaille für Verdienste um die Republik Österreich. Weiters war er Träger des Goldenen Abzeichens unseres Bundes und von der Sozialistischen Partei hatte er die Victor-Adler-Plakette bekommen.

Bürgermeister Dominikus Danner würdigte die Verdienste des Dahingeschiedenen und schilderte, wie er schon in seiner frühesten Jugend zur Sozialistischen Partei gestoßen sei. Im Jahre 1934 war er an den Februarkämpfen beteiligt und mußte nachher viele Monate im Kerker verbringen.

Im Jahre 1945 wurde er zum Bürgermeister gewählt und er war einer der ersten, die die Aufbauarbeit wieder begannen. Er bekleidete dieses Amt durch 24 Jahre und war für alle Vereine und Korporationen immer ein großer Gönner und Berater.

Die Feuerwehr, der Musikverein, die Naturfreunde, die Bergrettung, der Gesangverein, das Rote Kreuz — sie alle nahmen von ihm Abschied. Die letzten Redner waren Genosse Laurich von der Bezirksorganisation Liezen und Genosse Bammer als zuständiger Gemeindeferent. Von der Landesleitung Obersteier waren der Landeskassier Genosse Franz Zechner und der Landesschriftführer Genosse Ignaz Pierer gekommen.

Wir werden unserem Genossen Andreas Roth stets ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen!“

Kärnten

St. Veit an der Glan. Gedenkfeier. Unter großer Anteilnahme der städtischen Bevölkerung fand am 7. Mai 1975 im Beisein des Genossen Ferdinand Wedenig, des Präsidenten Genossen Hans Pawlik und des Bürgermeisters Genossen Ing. Friedrich Wolte die Kranzniederlegung am Mahnmahl der sieben im Jahre 1942 hingerichteten Eisenbahner im städtischen Friedhof statt.

Nationalrat Genosse Alois Alberer hielt die Gedenkrede. Er erinnerte an die vielen Opfer des Hitlerregimes und besonders der sieben hingerichteten Eisenbahner und ermahnte, sie und diese schwere Zeit der Vergangenheit niemals zu vergessen.

Ein Bläser der Eisenbahnerkapelle beendete mit dem Silentium diese würdige Gedenkfeier.

Herrn
 Willem Eduard
 Volttagasse 28-30/18/3/11
 1210 WIEN

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
 an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
- 3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. und 3. Mi.
17 bis 19 Uhr
- 4, Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
- 5, Siebenbrunnenfeldg. 5/Stiege 6/
Parterre links (Popp-Hof) Mi. 18 bis 19 Uhr
- 6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
- 7, Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
- 8, Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
- 9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
- 10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
- 11, Simmeringer Hauptstraße 80 ... Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
- 12, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
- 13, Jodlgasse 7/III Do. 17.30 bis 18.30 Uhr
- 14, Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
- 15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
- 16, Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
- 17, Röttergasse 29 (Sekretariat der
Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
- 18, Gentzgasse 62 Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr
- 19, Billrothstraße 34 Di. 17 bis 19 Uhr
- Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr
- 20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
- 21, Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 2. Di.
17.30 bis 18.30 Uhr
- 22, Donauefelder Straße 259 Jeden 2. Mo.
18 bis 19 Uhr
- 23, Breitenfurter Straße 358 Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

- Polizei: Telefon 63 06 71/243
 1, Postgasse 9, 1. Stock
 Fachausschuß Montag bis Freitag
 der Sicherheitsbeamten 8 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

- Niederösterreich:**
 Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
 Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
 Wr. Neustadt, Wiener Straße 42, Jeden 1. Samstag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
 St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
 Schwechat, Rathausplatz 7 Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 14.30 bis 16 Uhr
- Burgenland:**
 Eisenstadt, Permaystraße 2,
 Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr
- Kärnten:**
 Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
 II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und
 Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr
- Oberösterreich:**
 Linz, Landstraße 36/I, Zimmer 3, Jeden 1. u. 3. Mi.
 Hotel „Schiff“, Hoftrakt 16 bis 18 Uhr
 Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
 Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr
- Salzburg:**
 Salzburg, Arbeiterheim, Paris-
 Lodron-Straße 21, II. Stock, Jeden Di. und Fr.
 Zimmer 56 8 bis 10 Uhr
- Steiermark:**
 Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mittwoch
 Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
 Bruck an der Mur,
 Schillerstraße 22
 Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mittwoch
 (Zimmer 14), Wiener Straße 18 bis 19 Uhr

Redaktionsschluß
 für die nächste Nummer: 4. Mai 1976

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

1934 - 1945



ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

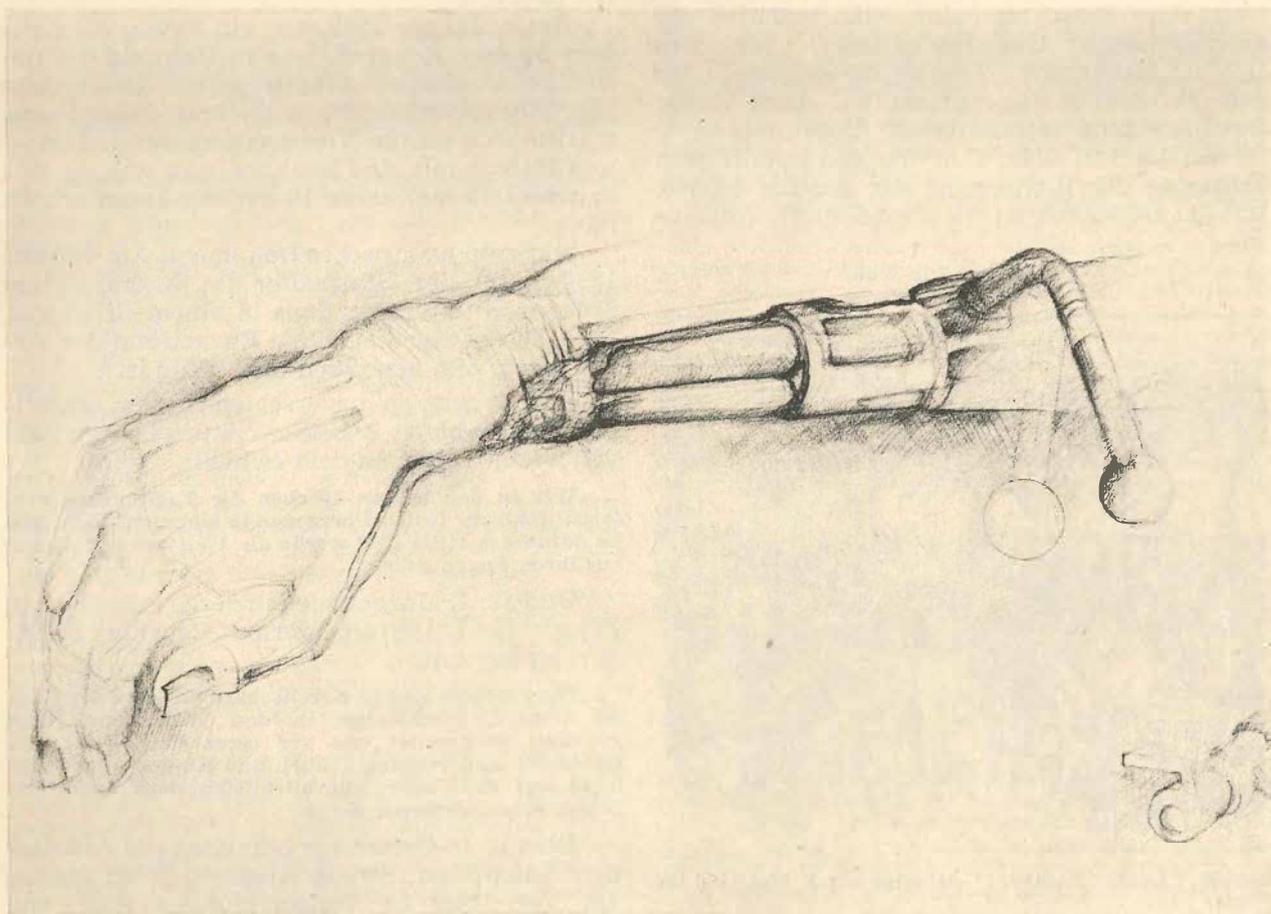


Nummer 4—6

April/Mai/Juni 1976

2 Schilling

Die mißbrauchte Hand



Humanismus darf niemals abdanken!

Der Sinn des 1. Mai

Seit der erste 1. Mai 1890 gefeiert wurde — seit über 80 Jahren also —, ist er für die österreichischen Arbeiter immer einer der schönsten und sinnvollsten Feiertage gewesen.

Was uns den 1. Mai so wertvoll macht, ist vor allem die Tatsache, daß er ein selbstgeschaffener Feiertag ist: ein Feiertag aus eigener Kraft.

Im Kalender steht der 1. Mai schlicht als Staatsfeiertag. In der Mehrzahl der Länder dieser Erde ist er ein Feiertag — und in allen Ländern ein Fest- und Kampftag der Arbeiterschaft. Der 1. Mai ist der Tag der Kundgebungen. Wie kam der 1. Mai zu dieser besonderen Bedeutung?

Am 1. Mai 1886 traten nach zweijähriger Vorbereitung hunderttausende amerikanische Arbeiter, vor allem in New York und Chicago, für die Einführung des Achtstundentags in den Streik. Warum die AFL (American Federation of Labour) damals gerade den 1. Mai für diese Aktion gewählt hatte, läßt sich heute nur noch vermuten: Der 1. Mai war in den USA jener Tag, an dem die Wohnungsmietverträge erneuert wurden. Viele Arbeiter übersiedelten an diesem Tag und wechselten damit auch den Arbeitsplatz. Mit der Streikaktion wollte man erreichen, daß in die neuen Arbeitsverträge bereits der Achtstundentag aufgenommen werde.

Der Streik blieb erfolglos, fand aber ein weltweites Echo. Im Jahre 1888 beschloß der amerikanische Gewerkschaftstag, für den 1. Mai 1890 erneut zu einem Generalstreik für den Achtstundentag aufzurufen. Auch dieser Beschluß fand internationale Beachtung.

Am 14. Juli 1889, als Paris den hundertsten Jahrestag der Erstürmung der Bastille feierte, trat im Gedenken an die Französische Revolu-

tion in Paris der Gründungskongreß der Zweiten Arbeiterinternationale zusammen, 400 Delegierte der sozialistischen Parteien von 23 Ländern waren zugegen.

In der Schlußsitzung des Kongresses am 20. Juli 1889 brachte der französische Delegierte Raymond Lavigne aus Bordeaux im Namen des „Nationalverbandes der französischen Syndikatskammern und Fachgewerkschaften“ folgenden Antrag ein:

1. Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die Behörden die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris durchzuführen.

2. In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongreß für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

3. In jedem Lande sollen die Arbeiter die Kundgebung in der Weise veranstalten, welche die Gesetze und Verhältnisse ihres Landes ermöglichen.

Zu den wärmsten Befürwortern des Antrags zählte der Sprecher der österreichischen Delegation, Doktor Victor Adler. Schließlich wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen; nur die Vertreter Rußlands und Belgiens stimmten dagegen.

Am 1. Jänner 1889, nur ein halbes Jahr vor dem Pariser Kongreß, war in Hainfeld die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs gegründet worden. Die junge und kleine Partei machte sich an die Vorbereitung des 1. Mai — und löste damit eine Reaktion aus, wie sie eine so schwache politische Bewegung kaum erhofft hatte.

Dazu ein historisches Dokument: Am 4. April 1890 teilte der Statthalter im Erzherzogtum Österreich unter der Enns in einem Erlaß mit, „... daß die eigenmächtige Einstellung der Arbeit am 1. Mai gesetzlich unzulässig ist“.

Eine Woche später erschien in dem damaligen Wochenblatt „Arbeiter-Zeitung“ ein Artikel von Victor Adler, in dem es heißt:

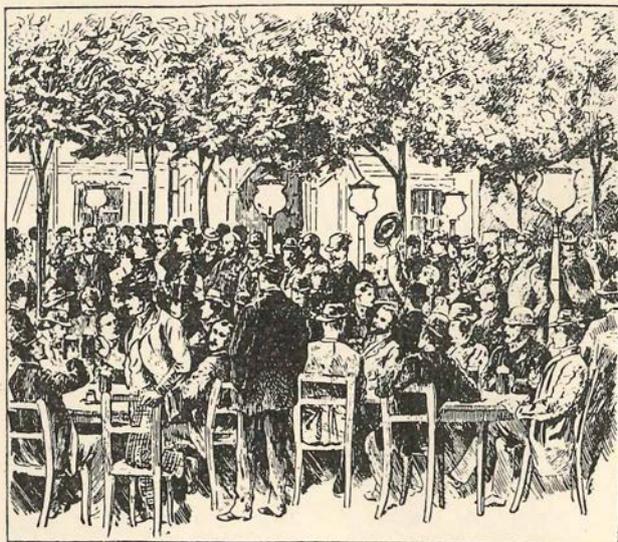
„Wer in den letzten Wochen die Tagespresse verfolgte, muß zur festen Überzeugung kommen, am 1. Mai im Jahre des Heils 1890 werde die Welt ganz bestimmt aus ihren Fugen gehen.“

Und am 1. Mai erschien in der „Neuen Freien Presse“ ein Leitartikel, der mit folgender Schilderung beginnt:

„Die Soldaten sind in Bereitschaft, die Tore der Häuser werden geschlossen, in den Wohnungen wird Proviant vorbereitet wie vor einer Belagerung, die Geschäfte sind verödet, Frauen und Kinder wagen sich nicht auf die Gasse, auf allen Gemütern lastet der Druck einer schweren Sorge.“

Überall in Österreich befolgten die Arbeiter den Aufruf zum Streik. Allein in Wien fanden am Vormittag 60 Versammlungen statt, von

Der erste Mai in Wien.
(Die Arbeiter im Prater.)



Lueger: „Lauter Lumpen!“ Arbeiter am 1. Mai 1890 im Prater

denen aus die Teilnehmer, weit über hunderttausend, in den Prater zogen. Es war eine friedliche Demonstration, ohne ernstere Zwischenfälle. Und Friedrich Engels schrieb in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 23. Mai 1890: „Feind und Freund sind einig darüber, daß auf dem ganzen Festland Österreich, und in Österreich Wien, den Festtag des Proletariats am glänzendsten und würdigsten begangen hat.“

In vielen Ländern, auch in Österreich, wurde beschlossen, den Streik am 1. Mai 1891 zu wiederholen. Und am zweiten Internationalen Arbeiterkongreß im August 1891 wurde die alljährliche Wiederholung dieser Aktion beschlossen.

Es gab noch viele Diskussionen darum, auch innerhalb der Arbeiterbewegung. Denn noch am 5. Oktober 1904 sagte Wiens Bürgermeister Dr. Karl Lueger in öffentlicher Landtagssitzung (!), daß „die Leute, die am 1. Mai in den Prater wandern, lauter Lumpen sind“.

Im Jahr 1918, nach der Gründung der Ersten Republik, wurden wesentliche Ziele der 1.-Maidemonstrationen realisiert: Achtstundentag und Arbeiterurlaub, Arbeitslosenversicherung und Betriebsrätegesetz, Frauen- und Jugendschutz. Und am 25. April 1919 beschloß der Nationalrat ein Gesetz, in dem „der 1. Mai eines jeden Jahres zum allgemeinen Ruhe- und Festtag erhoben“ wurde.

Lernen am Beispiel der Älteren

Auf dem Parteitag 1976 hielt unser Genosse K. Peter Lhotzky vom Antifaschistischen Jugendkontaktkomitee unseres Bundes eine Rede, die wir auszugsweise veröffentlichten. Daß es gerade ein junger Genosse war, der den weiten Bogen vom historischen Sozialistenprozeß 1936 bis zum Parteitag 1976 spannte, zeichnet diesen Diskussionsbeitrag besonders aus.

Gerade am diesjährigen Parteitag sollten wir uns an zwei Jahrestage erinnern, die, so glaube ich, in unmittelbarem Zusammenhang mit unseren Beratungen stehen.

Der eine Tag wäre der 16. März: Denn vor genau 40 Jahren begann im Wiener Landesgericht der große Sozialistenprozeß. Das andere Datum ist der 17. Juli: In der Nacht vom 17. zum 18. Juli 1936 unternahm faschistische Generale einen Putsch gegen die spanische Republik, gegen die rechtmäßig gewählte Regierung.

Der Sozialistenprozeß ist heute, so sollte man meinen, zwar nur mehr von historischer Bedeutung, während der Faschismus in Spanien, wenn auch in gemilderter Form, heute noch immer eine Realität ist.

Warum gerade diese beiden Daten von mir erwähnt werden, die scheinbar vom eigentlichen Thema weg führen, aber trotz alledem dazugehören, wird aus meinen Ausführungen ganz klar zu entnehmen sein.

Ich möchte nun auf den „Sozialistenprozeß“ zurückkommen. Ich bin mir schon darüber klar, daß es verhältnismäßig leicht ist, „Tatsachen“ mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten zu beweisen. Aber ich will doch versuchen, die historische Wahrheit zu ergründen. Genosse Kreisky sagte damals vor dem Gerichtshof:

„... Ich habe schon gesagt, daß ich nach wie vor Sozialist bin. Weder die Taten der Regierung noch die aufmerksamste Lektüre nichtsozialistischer und antimarxistischer Werke — wozu ich während meiner Haft ausgiebig Gelegenheit hatte — ließ mir eine andere Lösung als die des Sozialismus als möglich erscheinen. Ich halte weiterhin den Klassenkampf für das einzige Mittel der Befreiung der Arbeiterschaft. Man erzählt

Dem rasch wachsenden Einfluß der Sozialisten gelang es, den 1. Mai in fast allen Ländern zu einem Staatsfeiertag zu machen. Und seit dem Jahr 1955 ist der 1. Mai auch ein Feiertag der katholischen Kirche, die ihn als Fest des heiligen Josef, des Arbeiters, feiert. So hat die sozialistische Idee des 1. Mai auch die Welt erobert. Die Arbeitsruhe am 1. Mai beweist aber auch etwas anderes: Wenn die Arbeiter nicht die fleißigen Hände regen, so steht das ganze Wirtschaftsgetriebe still. Die arbeitenden Menschen werden sich durch die Arbeitsruhe am 1. Mai der Bedeutung und der Würde ihrer Arbeit bewußt. Und wer aus der Vergangenheit Lehren zieht, kann ermessen, welches Gefühl der Freude und des Stolzes die arbeitenden Menschen bei den Maifeiern erfüllt.

Was aber heutzutage in den Maifeiern besonders lebendig wird, das ist die Idee der internationalen Verbundenheit aller arbeitenden Menschen, ist die Idee der Völkerverbundenheit und des Friedens. Gerade in Zeiten der Unruhe, des Krieges, der Unterdrückung und der drohenden Atombombe ist der 1. Mai ein eindringliches, weithin sichtbares Zeichen, daß Millionen Menschen in allen Ländern der Erde ihre Stimmen erheben können, um ein leidenschaftliches Bekenntnis für die Schaffung einer friedlichen und glücklichen Welt für alle abzulegen.

heute, daß in Österreich der Klassenkampf abgeschafft ist, und... in der Anklageschrift wird uns vorgeworfen, daß wir den Klassenkampf mit revolutionären Mitteln führen wollen, also für die Revolution sind. Auch das zu leugnen fällt mir nicht ein; nur ist es ganz falsch, zu behaupten, die Revolution könne nur Bürgerkrieg und blutige Gewalt bedeuten.

Gewiß sagt Marx, daß die Gewalt die Geburtshelferin einer neuen Gesellschaft ist; aber er sagt auch: „Die Idee wird zur Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.“ Indem unsere Idee immer größere Teile des Volkes für sich gewinnt, erlangen wir die Mehrheit und dadurch die Macht. Wir haben jedoch in unserem Lande nicht die Möglichkeit, unsere Idee zu vertreten — und ihre Bekenner wandern in den Kerker...“

Hier, in diesen Worten steckt sehr viel Wahrheit. Wenn wir uns die vielen Anträge und Resolutionen ansehen, die dem Parteitag zur Beschlußfassung vorliegen, dann können wir in verschiedenen Formulierungen den Grundtenor jener Aussage Kreiskys wiederfinden.

Wir haben heute in unserem Lande jede Möglichkeit, sozialistisches Gedankengut zu verbreiten; und wir haben auch die Möglichkeit, alle Bevölkerungsschichten mit den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus zu konfrontieren. Nützen wir diese Möglichkeit aber wirklich immer aus? Ich sage, darauf gibt es nur eine klare Antwort: Nein, wir tun es nicht!

Wie viele unserer 70.000 Vertrauenspersonen kennen denn tatsächlich unser Programm? Wie viele unserer mehr als 700.000 Mitglieder haben es wirklich gelesen? Wie viele unserer Mitarbeiter, Mitglieder und Sympathisanten kennen schon die Geschichte unserer Bewegung? Wir sind — und hier möchte ich Worte Otto Bauers abwandeln — doch kein geschichtsloser Teil der Nation, sondern vielmehr jener Teil der Nation, der eine heroische Vergangenheit und noch immer eine ganze Welt zu gewinnen hat!

Nun zum zweiten Punkt, dem 40. Jahrestag der faschistischen Erhebung in Spanien. Jetzt, wo wir alle hoffen, daß es den spanischen Klassengenossen gelingen möge, das Joch der Diktatur endlich abzuschütteln, hat das Wort der internationalen Solidarität nicht nur Lesebuchcharakter zu haben. Und es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade am 12. Februar 1976 der Spanien-Portugal-Solidaritätsfonds ins Leben gerufen wurde! Doch glaube ich, daß materielle Hilfe allein sehr wenig Sinn hätte, wenn sie nicht gleichzeitig mit einer Aufklärungskampagne verbunden wird, die den Genossinnen und Genossen die Hintergründe, die Beweggründe und die Wahrheit über Spanien aufzeigt. Ähnlich verhält es sich mit den Vorgängen in Chile, in Uruguay und nicht zuletzt mit gewissen Vorgängen in Österreich, die allzusehr an die traurigsten Ereignisse der Ersten Republik erinnern.

Ich meine hier die neofaschistischen Aktivitäten, die Schießübungen im Raume Wien oder die Nahkampf-ausbildung in Verbindung mit der neofaschistischen MSI in der Steiermark. Man denke nur an das (im Vorjahr zum Glück verhinderte) Treffen von Jungfaschisten in Vorarlberg oder an die in wenigen Wochen in Graz stattfindende Provokation des sogenannten „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes“, welches am 22. Mai 1976 unter dem Titel „Tausendjahrfeier Deutsche Ostmark 976—1976“ (!) stattfinden sollte. Die Aussendung trotz von großdeutschen und österreichischen Phrasen.

Diese Gruppe, die übrigens den braun gefärbten „Steirischen Frühling“ inszeniert, ist auch am Kessel-

treiben gegen den „Steirischen Herbst“ führend beteiligt. Und mit einem Flugblatt des Aktionskomitees gegen den „Steirischen Herbst“ müßte sich eigentlich die Staatsanwaltschaft längst befassen! Denn das Impresum enthält folgenden Wortlaut:

Nach dem ÖP verantwortlich: Ernst Gugl, ehem. SS-Frontberichterstatler, Reichsgau Steiermark, A-8700 Leoben, Anzengruberstraße 20, Deutsch-Österreich. Tel. 0 38 42/63 03.

Warum ich gerade darauf aufmerksam mache, hängt vor allem damit zusammen, daß es sich trotz aller gegenteiligen Versicherungen in Wahrheit nicht erübrigt, immer wieder von neuem auf die latent vorhandenen faschistischen und neofaschistischen Umtriebe hinzuweisen, und immer wieder zu mahnen, wachsam zu sein und den Anfängen zu wehren!

Hier auf dem Parteitag besteht aber auch die Möglichkeit, einmal mehr auf alle diese antidemokratischen Umtriebe hinzuweisen, was mir sehr wichtig ist, weil dies — so scheint es zumindest — in der AZ nicht möglich ist. Ich habe hier mehrere Kopien von Briefen an die Redaktion der AZ, die entweder überhaupt nicht oder bestenfalls gekürzt und dadurch völlig sinnentstellt veröffentlicht wurden. Wir hatten einmal schon bei einer Bundeskonferenz der sozialistischen Freiheitskämpfer diesbezüglich mit dem Genossen Scheuch gesprochen — aber das Ergebnis war gleich Null. Dagegen bekommen bekannte Neonazis, wie zum Beispiel Gustav E. Janischitz (Herausgeber des „Neuen Wort“) oder der Naziprofessor Ernst Gams, immer wieder Raum auf der Leserbriefseite der AZ!

Wenn wir auch in verschiedenen Reden und Referaten immer wieder auf die große Tradition der österreichischen Sozialdemokratie zu sprechen kommen, so bin ich doch der Ansicht, daß die Tradition weder ein starrer Kanon, ein Klischee oder ein offizielles Handbuch ist, das sich auswendig lernen läßt, das wir verpflichtet sind, wie ein Evangelium kritiklos anzunehmen. Denn nicht alles, was uns die ältere Generation sagt, kann und darf ihr bloß auf Ehrenwort geglaubt werden. Im Gegenteil: Die so wertvolle Tradition muß sozusagen durch eine innere Bemühung erobert werden! Man muß sie sich auf kritische Weise selbst erarbeiten und aneignen, sonst würde das ganze Gebäude auf Sand errichtet sein. Dazu kann man nur sagen: „Lerne, indem du dir ein Beispiel an den Älteren nimmst!“ Denn es ist unbestreitbar, daß unsere älteren Genossinnen und Genossen der Partei unsterbliche Dienste erwiesen haben und dadurch in den Augen der bewußten jungen Sozialisten eine sehr große Autorität genießen: Und das ist ausgezeichnet, weil dies eine unauf löbliche Verbindung zwischen den Generationen gewährleistet! Aber das kann nur unter einer Bedingung gelten: Daß die Autorität der Alten nicht die Persönlichkeit der Jungen auslöscht und sie vielleicht unter Umständen veranlaßt oder zwingt, die Meinung der Alten als das Nonplus-ultra anzunehmen. Jemand, der nur darauf abgerichtet (dressiert) ist, immer und jederzeit zu sagen: „Jawohl, mein Herr“, der ist ein Niemand! Von solchen Leuten hat der Satiriker M. E. Saltykow einmal gesagt, daß sie einen mit ihrem Jasagen nur ins Unglück jagen!

Und darum bin ich überzeugt: Wenn wir den Menschen in unserem Land immer wieder klarmachen, was wir Sozialisten wollen; wenn wir ihnen den Sozialismus nicht von unseren politischen Gegnern erklären lassen, sondern wenn wir ihnen selbst zeigen und sagen, was in den Lehren Karl Marx' und Friedrich Engels' steht; wenn wir ihnen klar zu Bewußtsein bringen können, was Otto Bauer und Max Adler meinten, als sie sagten, daß beim wissenschaftlichen Sozialismus im Mittelpunkt von allem der Mensch — und nur der Mensch — steht, dann werden all die Angstparolen der Konservativen und Reaktionäre an der besseren Einsicht der Lohn- und Gehaltsabhängigen abprallen. Ich bin davon überzeugt, daß der Sozialismus kommen wird! Aber er kann nur dann verwirklicht werden, wenn die arbeitenden Menschen ihn wollen und ihn auch verstehen.

Denn man kann niemanden dazu zwingen, etwas einfach anzunehmen; man kann ihn nur dazu erziehen, ihn von einer Sache überzeugen und ihn schließlich als Kampfgefährten gewinnen!

KAMPFBUND DEUTSCHER SOLDATEN



Verantwortlich f.d. Inhalt:

Erwin Schönborn

1. Varsizender

6 Frankfurt 56

Talstraße 45

Im Januar 1976

Postcheckkonto
PSA Frankfurt 206988-606
Frankfurter Volksbank
Konto 77/64535

وأيضا الشباب الألماني يمكنه ان يكون قويا بايديته وامدادته
فانهم لم يكونوا قلة او مجرمين، ان أي انسان حاول تقصي
الحقائق لابد الا ان يكون قد خرج نتيجة واحدة هي:
* لم يحدث ان اليهود يهود في معسكرات الاعتقال
الألمانية * وفي غير ايام هذه المعسكرات يحاول ان يقول
الكنس - بدومور ثديين سنة - قايما ان يكون غيبا او ان
مجرم القتل
فيجب: فانه اعمى من الحنيفة وعليه ان يلزم اكلت
مجرم القتل: فانه يعرف الحنيفة ويحاول ان يبينها للبيوع
الشعب الألماني بالحرية، وليعد هذا الشعب لتمثيلهم
ملايينك في الأبد، لكي يدفع هذا الشعب ويدفع
ويدفع - - - ويدفع

Auch die deutsche Jugend kann stolz sein auf ihr Volk, denn

wer sich mit KZ-Fragen beschäftigt und heute noch - 30 Jahre nach dem Krieg - behauptet, daß auch nur ein einziger Jude in einem deutschen KZ vergast wurde, ist

entweder ein Dummkopf oder ein Verbrecher.

Entweder er kennt die Fakten nicht, dann hat er zu schweigen, oder aber er kennt die Tatsachen, dann ist er eben ein Verbrecher, der die Greueltaten verbreitet, um das deutsche Volk zu diffamieren und es reif zu erhalten für Erpressungen bis in alle Ewigkeit.

Anche la gioventù tedesca può essere orgogliosa del proprio popolo!

Chi infatti si occupa della questione dei campi di concentramento ed ancora oggi - a 30 anni dalla fine della guerra - osa sostenere che anche un solo ebreo fu gassato in un campo di concentramento, è

o un idiota o un delinquente.

Costui o non conosce i fatti, e allora deve tacere, o li conosce, e allora è un delinquente, che diffonde la menzogna dei cosiddetti "orrori nazisti" al solo scopo di diffamare il popolo tedesco e farlo ricattare fino alla fine dei secoli.

La jeunesse allemande peut également être fière de son peuple, car

celui qui s'occupe de questions relatives aux camps de concentration allemands et prétend aujourd'hui encore - 30 ans après la fin de la guerre - que des juifs - et ne serait-ce qu'un seul juif - auraient trouvé la mort dans une chambre à gaz allemande est

ou un idiot ou encore un criminel.

Ou bien ne connaît-il pas les faits dans toute leur vérité et, dans ce cas, il doit se taire ou encore il connaît la vérité et il est un criminel répandant sciemment des mensonges destinés à diffamer le peuple allemand afin de l'exposer à tous les chantages d'avenir comme présents.

Das neue Parteiprogramm

Bereits im kommenden Jahr wird ein außerordentlicher Parteitag stattfinden, der sich mit einem ersten Entwurf für ein neues Parteiprogramm der SPÖ beschäftigen soll; das kündigte Genosse Bruno Kreisky am Mittwoch, dem 7. April 1976 in Graz bei einem Vortrag vor dem Katholischen Bildungswerk im Rahmen der Vortragsreihe an, die sich „Leitbilder der politischen Parteien“ nennt.

Am grundsätzlichen Teil des geltenden Parteiprogrammes soll sich nicht sehr viel ändern: Das Bemerkenswerteste und wesentlich Neue am Parteiprogramm 1958 war damals die Feststellung der Gleichheit jedes sozialistischen Bekenntnisses — gleichviel ob es aus marxistischen oder anders begründeten sozialen Analysen beziehungsweise aus religiösen oder humanitären Grundsätzen abgeleitet wird. Dazu komme die mutige Feststellung, sagte Genosse Kreisky, daß demokratischer Sozialismus keine Weltanschauung sein und sich auch nicht dort-

hin drängen will, wo die Religion ihren Platz hat. Es hat auch noch niemand überzeugend klargemacht, warum wir nicht mehr für die klassenlose Gesellschaft sein sollten, auch wenn sie schwer zu verwirklichen sei und man sich ihr nur asymptotisch annähern könne.

Im operativen Teil des Programmes von 1958, der seit sechs Jahren verwirklicht werden sollte und zum Teil auch verwirklicht wird, gibt es aber Dinge, die die Partei zum Teil nicht verwirklichen könne, zum Teil aber auch nicht verwirklichen wolle, weil sie nicht für richtig gehalten werden; andererseits sind wichtige Fragen, wie der Umweltschutz, ausgelassen.

Für den außerordentlichen Parteitag im kommenden Jahr soll daher von sehr vielen klugen Leuten aus dem In- und Ausland, die nicht unbedingt alle Sozialdemokraten sein müssen, ein Problemkatalog erstellt werden, der dann ausführlich diskutiert werden wird.

Die Diskussion intensivieren

Beginnen wir gleich mit der Diskussion über die auf dem Parteitag 1976 beschlossene Parteireform. Sie ist schon längst begonnen worden; unsere Genossinnen und Genossen, schon immer als kritische und unbequeme, aber grundsatztreue Diskutierer bekannt, haben sich schon seit Jahresfrist eingehend mit all den Problemkreisen beschäftigt, die beim außerordentlichen Parteitag 1975 in der Form von Berichten der seinerzeit eingesetzten sieben Arbeitsgemeinschaften zur Sprache gekommen sind.* Und sie werden sich jetzt, nach dem Parteitag 1976, noch häufiger zu Wort melden.

Denn die Parteireform stellt derzeit die größte geistige Auseinandersetzung dar, die es in unserer Sozialistischen Partei seit dem Jahre 1945 gegeben hat. Ob diese geistige Auseinandersetzung allerdings wirklich zu einer Stärkung der Partei führt, wird nämlich davon abhängen, ob der nicht wegdiskutierbare kausale Zusammenhang zwischen einer Reform der Organisation und der sozialistischen Ideologie richtig erkannt, richtig interpretiert und dementsprechend auch eingeschätzt wird.

Ein nicht minder wichtiges Problem stellt die Anhäufung der verschiedensten Ämter und Funktionen dar, die so manchem Funktionär unserer Bewegung eine echte Ausfüllung auch nur einer Aufgabe sehr erschweren, meist aber ganz unmöglich machen. Selbst wenn berücksichtigt wird, daß diese unliebsame und ungesunde Entwicklung mit dem großen Aufstieg der

sozialistischen Bewegung und den damit entstandenen vielfältigen Verwaltungsaufgaben zusammenhängt, so muß doch festgestellt werden, daß eine der wesentlichen Ursachen dafür in dem Mangel an sozialistischem Bewußtsein dieser überforderten Funktionäre zu suchen ist. Diese Anhäufung (Kumulierung) von Ämtern, Funktionen und Pöstchen konnte nur aus dem Grund heraus entstehen, daß allzuviel bürgerliches Gedankengut in die eigenen Reihen eingedrungen ist!

Was die sozialistischen Freiheitskämpfer zu dem Begriff der „offenen Partei“ zu sagen haben, ist schon auf dem Parteitag selbst durch eine Resolution** klar zum Ausdruck gekommen. Wenn die Freiheitswerte des Liberalismus, von dem jetzt gelegentlich so viel geredet wird, übernommen und zugleich mit sozialistischem Inhalt erfüllt werden, dann kann die „offene Partei“ vielleicht tatsächlich eine Heimstatt und eine Kampfgemeinschaft für alle arbeitenden Menschen unseres Landes werden — und sie ist darum zu bejahen.

Aber es wird eben darauf ankommen — und darauf müssen die sozialistischen Freiheitskämpfer besonders achten —, daß die sozialistische Bildungsarbeit tatsächlich die Vermittlung sozialistischer Ideen in allgemeinfaßlicher offener Sprache bedeutet und nicht einen verwässerten Aufguß von vielleicht praktisch sonst recht nützlichen, theoretisierenden

(Fortsetzung auf Seite 6)

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1–3, Jänner/Februar/März 1976, Seite 8.

** Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1–3, Jänner/Februar/März 1976, Seite 10.

Fünf Jahrzehnte in der falschen Partei?

„Die Dorfbewohner wurden, ohne daß eine Erklärung abgegeben wurde, in Partien von etwa sechs Personen zur Grube getrieben und gezwungen, sich mit dem Gesicht zum Grubenrand niederzuknien. Dann wurden sie jeweils auf Kommando des Angeklagten von einer gleichen Anzahl von Schützen seines Zuges aus etwa zwei Meter Entfernung mit Karabinern in den Hinterkopf geschossen. Soweit die Opfer nicht gleich tot waren, schoß der Angeklagte mit der Maschinenpistole nach. Zeigten nach der Schußabgabe mehrere Personen noch Lebenszeichen, schossen der Angeklagte und die Schützen so lange in die Grube, bis sich nichts mehr rührte. Die Kleinkinder mußten von ihren Müttern den ... Schützen so hingehalten werden, daß sie ebenfalls in den Kopf geschossen werden konnten.“

Diese Sätze stammen aus der Begründung des Urteils des Landgerichtes Traunstein (Bayern) vom 13. März 1974 gegen Johann Enzenberger, Oberscharführer in der 1. SS-Infanterie-Brigade (mot), die das Unternehmen „Sumpffieber“ in Weißruthenien im Herbst 1942 „zur Säuberung des hinteren Heeresgebietes von Freischärlern“ durchgeführt hat. Die 1. Infanterie-Brigade (mot), deren Tätigkeit in der Begründung des Urteils — (einer Freiheitsstrafe von vier Jahren Dauer) — beschrieben wird, ist genau jene Einheit, der auch der Friedrich Peter angehört hat.

Das Urteil ist seit dem 10. Juni 1975 rechtskräftig und ebenso wie seine Begründung allgemein zugänglich. Wäre es nicht selbstverständlich gewesen, sofort nach dem Bekanntwerden von Peters Zugehörigkeit zu dieser Truppe von ihm einen möglichst schnellen und überzeugenden Nachweis seiner Nichtbeteiligung an den geschilderten Verbrechen zu verlangen, statt sich um seine Verteidigung zu bemühen?

Gewiß, im Zweifel entscheiden die Gerichte für den Angeklagten. Manchmal — wie zuletzt im Fall Gogl — entscheiden sie sogar noch für ihn. Das haben wir von österreichischen Geschworenengerichten in Kriegsverbrecherprozessen leider schon öfter erlebt.

(Fortsetzung von Seite 5)

den Problemanalysen in einem weitestgehend unverständlichen Soziologen-Chinesisch ...

Dieser Standpunkt ist auch im Antrag der sozialistischen Freiheitskämpfer an den Parteitag 1976 wieder ganz klar ausgedrückt worden. Dort heißt es unter anderem:

Die Bildungsarbeit der Partei soll vor allem sozialistisches Gedankengut vermitteln. Ihre Aufgabe ist es, bewußte grundsatztreue Sozialisten zu erziehen.

Einen breiten Raum in den von den Bildungseinrichtungen der Partei und des Dr.-Karl-Renner-Institutes veranstalteten Lehrgängen sollen zeitgeschichtliche Themen einnehmen. Die Zeit des Faschismus darf nicht verdrängt werden, sondern bedarf der gründlichen Analyse. Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den Gefahren des Neozismus, des Rassenhasses und insbesondere des Antisemitismus in der Gegenwart wird besonders betont. Diese Themen sind in eigenen Seminaren zu behandeln.

Auf jeden Fall brauchen wir in unserer Partei ganz allgemein viel mehr Geschichtsbewußtsein! Und daher müssen in unserer

Doch lassen wir alles zunächst einmal juristisch gelten und fragen:

Genügt es, daß einem früheren Angehörigen einer solchen Mördertruppe, wie es die 1. SS-Infanterie-Brigade gerichtsnotorisch gewesen ist, die Beteiligung an ihren Schandtaten jetzt, dreißig Jahre später, vielleicht nicht mehr nachgewiesen werden kann, um ihm den Weg in die höchsten Ämter der demokratischen Republik Österreich offenzuhalten? Er mag frei und ungeschoren bleiben, solange seine Blutschuld unbewiesen ist; aber müssen wir — dürfen wir! — uns von Leuten regieren lassen, die sich nicht vollständig von diesem schrecklichen Verdacht zu reinigen vermögen?

Wir alle wissen doch, daß das Konzept der SPÖ-FPÖ-Koalition seit langem bestanden hat und daß es im Fall eines weniger günstigen Wahlausganges wahrscheinlich auch verwirklicht worden wäre. Dann hätten wir heute einen Minister Friedrich Peter!

Vom Vorsitzenden und vom geschäftsführenden Klubobmann unserer Partei werden Peter erstklassige (Leumunds-)Zeugnisse des Gesinnungswandels ausgestellt; das kann schon stimmen. Aber genügt der Gesinnungswandel, wenn Verdachtsgründe bleiben? Würden wir nicht jeden anderen, der nur eines ganz gewöhnlichen Mordes verdächtig ist, auch noch nach 30 Jahren auffordern, schleunigst seine Unschuld zu beweisen, falls er sich um ein öffentliches Amt bewirbt?

Trotzdem blieb die Partei (wenn wir von einigen wenigen Ausnahmen absehen) im Falle Peter stumm. Stumm blieben vor allem der Parteivorstand, stumm der Parlamentsklub, stumm die Landesparteien.

Aber es kommt noch mehr: Von unserem Parteivorstehenden wurde Simon Wiesenthal heftig attackiert, und ihm müsse endlich das Handwerk gelegt werden; er übe eine Privatjustiz aus! Mit Mafia- (also verbrecherischen) Methoden. Und für jeden, der die Erklärungen des Genossen Bruno Kreisky hörte oder las, war es unmißverständlich klar, daß er Wiesenthal zumindest guter Beziehungen zur Gestapo beschuldigte, obwohl dessen KZ-Vergangenheit bekannt war. Ja, welches Handwerk sollte eigentlich Wiesenthal gelegt werden?

Bildungsarbeit vor allem zeitgeschichtliche Themen vorrangig behandelt werden: die Zeit von 1925 bis 1945. Gerade die sozialistischen Freiheitskämpfer waren es, die immer wieder darauf hingewiesen haben, daß es ein geradezu sträflicher Unfug gewesen ist, wenn der Geschichtsunterricht in unseren Schulen mit dem Jahr 1914 oder dem Ersten Weltkrieg zu Ende war und unsere Jugend in der Schule über die letzten 40 Jahre Geschichte praktisch überhaupt nichts gelernt hat.*

Und so wird auch wieder bei der jetzt in Permanenz zu führenden Diskussion über die Parteireform, aber auch über ein neues Parteiprogramm — erst recht wahr bleiben müssen, was Genosse Josef Hindels im Namen der sozialistischen Freiheitskämpfer auf dem Parteitag 1976 als These aufgestellt hat:

Was wir brauchen, sind grundsatztreue, kritische und unbequeme Sozialisten, die Partei und Regierung immer wieder daran erinnern, daß wir trotz aller Erfolge von unserem Ziel einer Gesellschaft des Sozialismus noch weit entfernt sind.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Sondernummer, Juni 1971, Seite 26.

Das Aufspüren versteckter Kriegsverbrecher? Das Sammeln von Beweismaterial und dessen Übergabe an die Behörden?

Wenn das Privatjustiz wäre, füllte sie ja eine wichtige Lücke. Doch das ist es nicht: Es fehlen das Verhaften, Anklagen, Verhandeln, Verurteilen — oder auch Freisprechen, diese sehr wesentlichen Aufgaben von Polizei und Justiz.

Auch die weiteren Ereignisse sind noch bekannt: Wiesenthal klagt wegen Ehrenbeleidigung, Genosse Kreisky brennt auf den Prozeß, will seine Auslieferung durchsetzen oder auf sein Mandat verzichten, nur um Wiesenthal vor Gericht zu bekommen; besinnt sich eines anderen und schlägt an Stelle eines Gerichtsverfahrens einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß vor (durch den der Beleidigte in die Rolle des Beschuldigten, der Beleidiger in die Rolle des Anklägers geraten würde). Aber Wiesenthal zieht seine Klage zurück, und Genosse Kreisky betrachtet die Sache für ihn als erledigt.

Wieso?

Waren die Beschuldigungen der Privatjustiz mit Mafia-Methoden und der guten Beziehungen zur Gestapo ernst gemeint, dann müßten sie bewiesen oder — falls dies nicht möglich ist — öffentlich zurückgenommen werden. Alles andere wäre doch Rufmord, begangen vom Bundeskanzler an einem trotz aller vielzitierten „Beziehungen“ vergleichsweise doch wehrlosen Staatsbürger. Wiesenthal sagt, er habe seine Klage unter Druck zurückgezogen. Selbst österreichische Juden haben sich in dieser Frage gegen Wiesenthal gestellt, weil sie fürchteten, daß ein Prozeß Kreisky—Wiesenthal den latenten und akuten Antisemitismus in Österreich neuerlich aufflammen lassen könnte. Heute noch haben die wenigen Juden, die dem Inferno des Hitler-Regimes lebend entronnen sind, Angst vor der Bestie des Rassenhasses in unserem Lande. Sehen sie vielleicht Gespenster?

Wer Ohren hat, der höre, und er wird feststellen: Der Antisemitismus ist wieder gesellschaftsfähig! Nicht zufällig hat die ÖVP schon vor Jahren in ihrer Wahlwerbung unterschwellig und in bestellten „Entgleisungen“ sogar auch offen damit operiert. Nicht zufällig werden Bekenntnisse zu einer mehr oder minder ruhmreichen Nazi-Vergangenheit auch von hohen Funktionären unserer Partei abgelegt: Die Wahlergebnisse allerding belohnen solche Offenheit.

In diesem Zusammenhang muß es einmal gesagt werden: Die Angst, die heute manche österreichische Juden wieder empfinden, ist die schlimmste Anklage, die damit gegen uns und auch gegen unsere Partei erhoben wird: Wir sind schwerster Versäumnisse schuldig. Diese Versäumnisse reichen bis in die ersten Nachkriegsjahre. Nach Überwindung des ersten Schocks kamen selbst schwer belastete Nazis aus ihren Schlupfwinkeln und wurden zum Teil schnell pardonierte. Manche wurden von beiden Großparteien unworben und zur Mitarbeit eingeladen, sofern es die Besatzungsmächte zuließen. Letztere — vor allem die Amerikaner — gaben mit dem Beginn des kalten Krieges ihre Skrupel weitgehend auf; sahen sie doch in Hitlers ehemaligen Anhängern und Handlangern verlässliche Verbündete gegen den Kommunismus.*

Post mortem wurde auf diese Art der Nationalsozialismus als Quasi-Retter des Abendlandes vor dem Bolschewismus moralisch-unmoralisch rehabilitiert! In den Parteien sagte man den „Ehemaligen“, die gar nicht immer nur Ehemalige waren: Ihr könnt bei uns eine neue politische Heimat finden. Und man versäumte es, die Bedingung zu stellen: Zunächst müßt ihr gründlich mit eurer politischen Vergangenheit brechen, euch von Hitlers Schandtaten distanzieren, dem Rassenhaß abschwören, unser Programm und unsere Geschichte studieren, euch aus tiefer Überzeugung zu unseren Ideen bekennen und sie überall offen und ohne Augenzwinkern vertreten.

Heute würde man ausgelacht werden, wollte man so etwas von einem Altnazi und Neusozi oder Neu-

ÖVPLer verlangen — aber damals wäre es möglich gewesen.

Gewiß gab es auch eine Menge grundsätzlich politisch-ideologischer Schulungsarbeit in der Partei, nicht zuletzt in der Sozialistischen Jugend. Aber die schonungslose Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit blieb den ehemaligen Nationalsozialisten und deren Mitläufern, die sich bei uns, ebenso wie bei der ÖVP, einfanden, meist erspart. Freilich, besonders in den kleinen Orten gab es oft kaum jemand, der interessiert und dynamisch genug zum Neuaufbau des öffentlichen Lebens gewesen wäre, ohne durch die Nazizeit kompromittiert zu sein. Hatten doch Terror und Gesinnungsdruck in den Dörfern, wo jeder jeden kannte, viel stärkere Wirkung als in den großen Städten und Industriezentren, die ja auch die traditionellen Hochburgen einer klassenbewußten, politisch geschulten Arbeiterschaft waren. So war man oft bereit, beide Augen zuzudrücken, wenn sich nur wer bereit fand, die Arbeit zu tun, die in der Organisation nötig war.

Zudem verzehrte der unerhört harte Alltag alle Energien, mußte um das Notwendigste gerungen werden, machten einem die Besatzungsmächte das Leben sauer, entstand in der Abwehr fremder Willkür und Bevormundung eine österreichische Einheitsfront, in der man fünf gerade sein ließ. Das Versäumnis ist also menschlich verständlich, aber politisch ist es bis zum heutigen Tage verderblich.

Es ist nicht nur die Abrechnung mit den Verbrechen der Vergangenheit in zahllosen Fällen versäumt worden, es sind nicht nur Belastete — vor allem seit der Bildung des VDU im Jahre 1949, der zumindest anfangs einfach eine Partei ehemaliger Nationalsozialisten war — wieder in wichtige Positionen des öffentlichen Lebens aufgerückt. Viel schlimmer noch: Es ist den Kindern in der Schule ein ehrlicher Unterricht in Zeitgeschichte vorenthalten worden, und — das geht unmittelbar auf unsere Konto — es ist die systematische Durchdringung der breiten Massen unserer Mitglieder und Wähler mit den Ideen des humanistischen Sozialismus unterblieben. Das immer noch gültige Wiener Programm des Jahres 1958 enthält diese Ideen zwar noch, aber von Wahl zu Wahl wurde unsere Werbung ideologisch farbloser — und der einst von uns so verachtete Personenkult unverblümt. Wir beschränkten uns auf technokratisch erarbeitete Rezepte und populäre Tagesforderungen oder inhaltlose Schlagworte, wie „Wien wird wieder Weltstadt“ oder „Für ein modernes Österreich“.

Was kennzeichnet denn eine Weltstadt? Die große Einwohnerzahl? Die hohe Kriminalität? Der Lärm und Gestank? Die Einsamkeit in der Masse? Wollen wir auch die gängigen Weltstadttübel in die Zukunft mitnehmen oder nicht vielmehr Wien davon befreien?

Oder was ist ein modernes Land? Ein Industriestaat, in dem mit Riesenprofiten Umweltzerstörung betrieben wird? In dem die Reichen immer schamloser ihre Privilegien zur Schau tragen? Die breiten Massen mit dem Massenkonsum des Schädlichen — Nikotin, Alkohol, Drogen — vergiftet und mit Massenmedien — Gangster- und Pornofilmen, Fernsehkrimis und Fernsehschulzen, Boulevardzeitungen, Sex- und Modemagazinen — manipuliert, verblödet und brutalisiert werden? Sind die USA nicht ein supermodernes Land? Wären sie ein Vorbild?

Oder Japan, England oder Frankreich?

Von den Ostblockstaaten reden wir erst gar nicht, weil uns übel wird bei dem Gedanken an ihren grauen Alltag, in dem noch zur Dürftigkeit der unmenschlichste Polizeizwang kommt.

Das Wort „modern“ ist politisch leer. Es gibt auch den „modernen“ Krieg, den „modernen“ kommunistischen Polizeistaat. Eine moderne Wäsche und dazu ein modernes Persil, und, und...

Ein sozialistisches Wien, ein sozialistisches Österreich darf in unserer Werbung nicht einmal mehr als Fernziel erwähnt werden, geschweige denn das Ideal der klassenlosen Gesellschaft, obwohl es noch im Programm zu finden ist. Es scheint, die Partei geniert sich manchmal geradezu für das, was sie an sozialistischem Wesen noch an und in sich trägt. Aber das stimmt gar nicht, und man tut ihr unrecht. Nicht die Partei geniert

* Andererseits wurden in der DDR hohe Ex-Nazis als brave Söldner ebenfalls wieder in hohe Funktionen von Polizei und Armee berufen.

sich, nicht die große Gemeinschaft der Siebenhunderttausend! Wohl aber viele ihrer führenden Funktionäre. Sie genießen sich, weil sie fürchten, die Wähler könnten sich von zuviel Sozialismus abgestoßen fühlen; weil sie vergessen, daß unsere Versäumnisse der letzten 30 Jahre die Wähler so werden ließen, wie sie heute sind. Weil die immer noch mehr denn je notwendige Auseinandersetzung mit dem Ungeist des Faschismus unterbleibt, während wir uns ununterbrochen vom Kommunismus distanzieren!

Die Eisenstädter Erklärung — das antikommunistische Manifest der SPÖ — ist ein Musterbeispiel dafür: In einer knappen Skizze der historischen Rolle unserer Partei von 1890 bis zur Gegenwart kommt weder der Name Hitler noch das Wort Nationalsozialismus vor! Das Schicksalsjahr 1938, das die Auslöschung unserer staatlichen Existenz brachte, wird nicht erwähnt! Durfte nicht erwähnt werden, weil wir — wie ein hochgestellter Funktionär meinte, „die Menschen zu uns bringen, nicht abstoßen wollen“. Vergeblich haben damals — im Oktober 1969 — einige Genossen gegen diese Geschichtskorrektur durch Weglassen protestiert; die Mehrheit fand die volle historische Wahrheit nicht opportun.

Statt sich selbst an die Spitze von Manifestationen gegen die Schandtaten des weltweiten Faschismus zu stellen, überließen die zuständigen Parteiorgane oft das Feld mehr oder minder prokommunistischen Grüppchen aller Nuancen. Wären die sozialistischen Freiheitskämpfer, die sozialistischen Jugendorganisationen und zum Teil auch die Gewerkschaften und dazu einige sozialistische Funktionäre (wie etwa im Fall des sozialdemokratischen Indochinakomitees) nicht in die Bresche gesprungen, dann hätte es keine SPÖ-Präsenz gegeben: Weder bei der Vietnamdemonstration noch bei den Chilekundgebungen und schon gar nicht bei den Protesten gegen die letzten Hinrichtungen politischer Gefangener in Franco-Spanien. Und Genossen, die an diesen Protesten gegen Spanien teilgenommen hatten, wurden wegen „gemeinsamer Aktionen mit den Kommunisten“ (wegen Verstoßes gegen § 15 b des Statuts und gegen die Eisenstädter Erklärung) heftig getadelt!

Man vergegenwärtige sich einmal: Ein Tadel wegen des Protestes gegen die mörderischen Grausamkeiten eines in den letzten Zügen liegenden faschistischen Diktators, nur, weil auch Kommunisten dagegen protestierten. Als ob man die daran hindern könnte. Als ob die Partei — so wie es die schwedischen und holländischen Sozialisten hielten — nicht die Pflicht gehabt hätte, mit dem Vorsitzenden an der Spitze im ganzen Land das ganze Volk zu Kundgebungen gegen dieses scheußliche Verbrechen aufzurufen! Jenen, die es aus ihrem sozialistischen Gewissen heraus taten, gab man zu verstehen: „Ihr seid in der falschen Partei!“

Natürlich kann man sich mit den glänzenden Wahlerfolgen trösten, die die Partei errungen hat. Man kann sich über die vielen sozialen Verbesserungen, über die Höhe des Lebensstandards der breiten Massen freuen. Man kann tiefe Genugtuung empfinden über echte gesellschaftliche Reformen, wie zum Beispiel über die Reform des Straf- und Familienrechts und über das Betriebsverfassungsgesetz. Damit wurden zweifellos Weichen in die Zukunft gestellt.

Doch ein Blick über die Grenzen zeigt uns, wie sehr wir am Ende einer Ära leben, wie eine Fortsetzung der Entwicklungslinien aus der jüngsten Vergangenheit in die Zukunft uns an unüberbrückbare Schranken stoßen läßt. Wie sich erneut weltweit eine Mißachtung des menschlichen Lebens ausbreitet — im Rüstungswahn, im Verbrechen, im Krieg, Bürgerkrieg und Terrorismus, im Egoismus der Reichen und in der Ausbeutung der Armen —, die dem Humanismus tagtäglich millionenfach ins Gesicht schlägt.

Müßte nicht eine sozialistische Partei, deren geistiger Inhalt ihren Namen nicht Lügen strafen soll, vorangehen in der Bekämpfung dieser Mißachtung des Lebens, die sich unter anderem so abscheulich in Faschismus und Rassenhaß manifestiert?

Wer ist in der falschen Partei?

Einer, der sein menschliches und sozialistisches Gewissen sprechen läßt, oder einer, der dem Parteiapparat blind gehorcht, selbst wenn ihm dessen Kapriolen jeder tieferen Logik zu entbehren scheinen?

Einer, der den opportunistischen Kompromiß mit der faschistischen Vergangenheit auch dann nicht als edle Toleranz gelten läßt, wenn er Wahlerfolge bringt, oder einer, der großzügig vergißt und verzeiht, was andere erlitten haben?

Einer, der Huldigungen für fremde Potentaten ablehnt, die bei sich im Land Polizei und Henker wüten lassen, selbst wenn sie über Erdöl verfügen, und auf Großgeschäfte mit Regierungen verzichtet, die den Rassenhaß praktizieren, selbst wenn es lukrativ wäre — oder einer, der dies alles im Namen der Realpolitik oder im Interesse der Wirtschaft tut?

Wir sollten einmal zum Thema „Die SPÖ und der Faschismus“ eine Rundfrage in der Partei veranstalten, mit Hilfe eines Fragebogens, den kluge Politologen und Soziologen ausgearbeitet haben.

Die Hoffnung bestünde darin, daß es auch heute noch möglich sein muß, eine „schweigende Mehrheit“ für einen humanistischen Sozialismus zu finden. Denn nach mehr als einem halben Jahrhundert der Zugehörigkeit zu dieser geliebten Sozialistischen Partei sind wir erst recht überzeugt davon, nach wie vor genau in der richtigen Partei zu sein.

Die Freiheit ist immer in Gefahr,
wenn nicht eine kleine Minderheit bereit ist,
gegen die Privilegien einiger weniger
und gegen die Apathie der Masse anzukämpfen.

Bei der Kundgebung der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen am Sonntag, dem 2. Mai 1976, hielt Genossin Dr. Hertha Firnberg die Gedenkrede. An der imposanten internationalen Kundgebung nahm auch eine starke Delegation des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer teil und im Namen der Arbeitsgemeinschaft wurde ein Kranz auf dem ehemaligen Appellplatz des KZ niedergelegt.

Mauthausen 1976

Am 5. Mai 1945 erreichten Vorausabteilungen der amerikanischen Armee das KZ Mauthausen, wo sie bereits von militärischen Einheiten der Häftlinge begrüßt wurden, die wenige Tage zuvor die Bewachungsmannschaften der SS entworfen hatten. An diesem Tag, der von allen überlebenden Häftlingen herbeigesehnt wurde, hat eine der erschreckendsten Vernichtungsmaschinerien der Menschheitsgeschichte ihr Ende gefunden.

Mauthausen ist für uns Symbol der Unmenschlichkeit, seine siebenjährige Geschichte ist ein Teil der Leidensgeschichte Österreichs in den Jahren der Nacht.

Unmittelbar nach der Besetzung Österreichs wurde im Sommer 1938 hier im Steinbruch von Mauthausen ein „Außenkommando“ des KZ Dachau errichtet und bis zur Befreiung im Mai 1945 waren hier gegen 200.000 Männer und Frauen inhaftiert. Nach noch erhaltenen Aufzeichnungen wurden in Mauthausen Tausende und Abertausende Menschen auf grausamste Weise ermordet! Tausende Häftlinge wurden sofort nach der Einlieferung ins Lager umgebracht. Nicht einmal eine Evidenzliste gibt Zeugnis von ihrem Leben und ihrem Sterben. Mauthausen mit seinen Nebenlagern zählte als ausgesprochenes Vernichtungslager zur Stufe III. Die Bestialität des politischen Systems, die Unberechenbarkeit und sadistische Schrankenlosigkeit der Bewacher, die Qual der Gepeinigten und Verfolgten ist heute ein fast unvorstellbares Bild des Grauens, ein Alptraum.

Seit den ersten Maitagen des Jahres 1945 sind mehr als 3 Jahrzehnte vergangen. Manchen der älteren Generation sind diese Jahre düsterer Vergangenheit bereits in die Ferne gerückt, in der Erinnerung verblaßt oder verfärbt. Längst ist auch eine Generation junger Österreicher herangewachsen, die jene Zeit ohne Gnade nicht aus eigenem Erleben, nicht aus eigener Anschauung kennt.

Als Mahnung und als Auftrag, nie mehr wieder diese Bestialität, diese Barbarei zu dulden, stehen auch heute noch die Baracken des Lagers, sind auch heute noch die Vernichtungsmaschinen und die schreckliche Todesstiege zu sehen, deren 186 Stufen für viele Häftlinge der Weg in den Tod waren.

„Geschichte ist ein Arsenal von Erfahrungen“ und „Wer aus den Fehlern der Geschichte nicht lernt, ist dazu verurteilt, diese Fehler zu wiederholen“. So wurde auf dem Symposium zum 30. Jahrestag des Endes von Auschwitz in Linz gesagt: „Aus der Geschichte lernen“; aus den leidvollen Erfahrungen der älteren Generation die ethischen und moralischen Konsequenzen politischen Verhaltens zu entwickeln, Menschlichkeit als unabdingbare Voraussetzung der eigenen Existenz zu setzen, das ist das politische Testament, welches die Generation der Opfer für die Freiheit der Jugend von heute hinterlassen hat.

Österreich ist seit dem Ende der Schreckenstage des Zweiten Weltkrieges wieder eine Demokratie, die allen Bürgern politische Freiheit, soziale Sicherheit und wachsenden Wohlstand garantiert. Drei Jahrzehnte sozialer, wirtschaftlicher und politischer Aufbauarbeit haben der Jugend von heute eine Gesellschaft eingerichtet, in der sie sich so frei wie noch nie zuvor entfalten kann. Um so größer ist unsere Verpflichtung,

den jungen Menschen von heute die Lehren jener düsteren Zeit vor Augen zu führen! An diese jungen Menschen möchte ich heute im Besonderen wenden.

Lassen Sie uns, die wir uns hier zum Gedächtnis an die Opfer dieser Zeit zusammengefunden haben, aus unserer Erfahrung unserer Jugend sagen, daß die echte Teilnahme an der eigenen Zeitgeschichte erst das Verständnis für die Ereignisse unseres Zeitgeschehens wecken kann.

Nur wer am heutigen Geschehen in Österreich, in Europa, in der Welt Anteil nimmt, nur der, der die historischen Hintergründe erforscht, kann sich vor solchen Ereignissen schützen, die unsere Generation getroffen haben. Nicht das Verschweigen, sondern das Wissen um die Zeitgeschichte ist der Schlüssel zum Begreifen und Handeln.

Sicherheit, Demokratie und Freiheit sind Errungenschaften, die immer wieder neu verteidigt werden müssen, gesellschaftlicher Fortschritt ohne Engagement und Einsatz aller Bürger ist unmöglich. Wenn Humanität und Toleranz zu den Selbstverständlichkeiten des sozialen und politischen Lebens werden sollen, so ist dafür das Interesse und Engagement der jungen Generation notwendig.

Dazu brauchen wir aber die Mitwirkung unserer Schulen und Hochschulen, insbesondere dafür, daß die jungen Menschen nicht nur eine qualitativ hochwertige fachliche Ausbildung erhalten, sondern auch in ihren künftigen Wirkungsbereichen als Arbeiter und Angestellte, als Lehrer, Ärzte, Techniker, Wirtschaftler, Forscher und Politiker stets den Ideen von Freiheit, Humanismus, Toleranz und Demokratie verbunden bleiben. Das ist eines der wichtigsten politischen Anliegen.

In einer Zeit, in der die Welt durch die politische, wirtschaftliche und technische Entwicklung viel kleiner geworden ist, genügt es aber auch nicht, nur für die Bewahrung des sozialen Friedens und der Demokratie im eigenen Lande einzutreten.

Ein Blick in die Welt zeigt, daß alles, was die Männer und Frauen im Kampf gegen Faschismus und Barbarei, gegen den Nationalsozialismus, gegen den Antisemitismus und den Rassenhaß jener Zeit erlebt haben, durchaus nicht endgültig Vergangenheit ist, sondern noch immer lebt. Auch die „Hölle“ von Mauthausen, KZ und Folter gibt es noch immer! Was heute notwendig ist, ist eine internationale Allianz der Demokraten gegen die Diktaturen der Welt. Auch das ist Verpflichtung nach Auschwitz, nach Buchenwald und Dachau, nach Mauthausen.

Ich darf im Namen der Bundesregierung, die ich die Ehre habe hier zu vertreten, der Österreichischen Lagergemeinschaft der ehemals politischen Häftlinge dieses Konzentrationslagers besonders für den großen Beitrag danken, den sie für diese Erziehungsarbeit leistet; ich darf die Versicherung abgeben, daß wir nach besten Kräften dazu beitragen wollen, daß dieser Geist lebendig bleibt und daß die kommende Generation im Geiste der Toleranz und der Menschlichkeit, aber auch im Geiste des Willens zur Verteidigung der Freiheit, der Demokratie und der Neutralität Österreichs erzogen wird.

Das Mauthausen-Museum

Die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen sind zu folgenden Zeiten geöffnet:

1. Mai bis 30. September:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 17.30 Uhr

Das Museum Mauthausen ist auch an Sonntagen zu den gleichen Besuchszeiten allgemein zugänglich, ebenso am Ostermontag und Pfingstmontag. Dagegen bleiben die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen an jedem Montag und in der Zeit vom 15. Dezember bis 23. Jänner durchgehend geschlossen.

Gedenken an Anton Proksch



Am Donnerstag, dem 29. April 1976, jährte sich zum ersten Male der Todestag unseres unvergessenen Genossen Anton Proksch. Aus diesem Anlaß legte eine Delegation des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer einen Kranz an der Grabstätte des früheren Sozialministers auf dem Wiener Zentralfriedhof nieder. Genosse Otto Skritek würdigte noch einmal die unvergänglichen Verdienste des Verstorbenen in einer kurzen Ansprache, wobei er insbesondere auf die Opfergesetzgebung verwies und auf die beispielhafte Sozialgesetzgebung, die es den Angehörigen der älteren Generation heute möglich macht, den Lebensabend in Ruhe und Sicherheit zu verbringen. Auch Genossin Lina Proksch war gekommen und Genosse Anton Benya sowie Genosse Erich Hofstätter, die unseres Toni namens der österreichischen Gewerkschaftsbewegung gedachten.

Anschließend an dieses Gedenken wurde auch am Grabe von Bundespräsident Franz Jonas ein Blumenarrangement niedergelegt, wobei Genossin Rosa Jochmann in ergreifenden Worten auch dieses großen Sozialisten gedachte. Und während einer Trauerminute senkte sich unsere rote Fahne vor dem Grabe des Bundespräsidenten, den man mit vielen anderen unserer Genossen vor 40 Jahren vor ein Tribunal gezerrt und des „Hochverrats“ bezichtigt hatte...

An diesem ersten Todestag von Genossen Anton Proksch geziemt es uns allen aber, dieses hervorragenden Baumeisters des Sozialrechts unserer Republik zu gedenken und wenigstens einen Teil seines so vielfältigen und umfangreichen Wirkens zu würdigen.

Als er damals an jenem Dienstagvormittag in einem Autobus auf dem Kahlenberg tot zusammenbrach — er war einem Herzschlag erlegen —, da hatte er erst wenige Tage zuvor seinen 78. Geburtstag begangen. Und der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer war mit unter den vielen Gratulanten.

Mehr als 10 Jahre lang war Genosse Anton Proksch Sozialminister; von 1956 an bis zum Amtsantritt der ÖVP-Alleinregierung. Und in dieser Funktion hat er Hervorragendes für alle arbeitenden Österreicherinnen und Österreicher geleistet. Wenn unser Land heute in der Welt als eines der sozial am meisten fortschrittlichen Länder gilt, so ist das in einem hervorragenden Maße der unermüdlichen Arbeit dieses Sozialministers zu verdanken. Genosse Proksch war von Beruf Schriftsetzer und hatte sich schon während seiner Lehrzeit der sozialdemokratischen Bewegung angeschlossen. Er war einer der aktivsten Funktionäre des damaligen Verbandes jugendlicher Arbeiter und arbeitete in seinem Wiener Heimatbezirk Favoriten in Partei und Gewerkschaft mit. Im Jahre 1924 wurde er Jugendsekretär des Bundes Freier Gewerkschaften und blieb in dieser Funktion bis zu dessen Auflösung durch die Austrofaschisten.

Aber unser Toni setzte seine Tätigkeit nun in der Illegalität fort und war im großen Wiener Sozialistenprozeß 1936 gemeinsam mit Franz Jonas, Bruno Kreisky, Maria Emhart und vielen anderen RSLern einer der Angeklagten. Man hatte ihn wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt und auch verurteilt. Doch nach 13 Monaten Haft arbeitete er wieder als Metteur.

Allerdings, die Zeit seiner Verfolgung, unter Dollfuß und Schuschnigg begonnen, endete erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als der blutige Spuk des 1000jährigen

Reiches verschwunden war.* Aber Genosse Proksch widmete sich sofort mit Feuereifer dem Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung.

Er wurde der erste Generalsekretär des ÖGB, bis er im Jänner 1956 als Nachfolger Karl Maisels Sozialminister wurde: Er blieb es bis zum Zerfall der Koalition 1966.

Die sozialistische Bewegung und mit ihr ganz Österreich kann stolz auf das Werk sein, das während seiner Ministerschaft vollbracht wurde: Aus der Pensionsversicherung wurde eine umfassende Vorsorge nicht nur für den Lebensabend der Arbeiter und Angestellten, sondern auch für die Selbständigen und Bauern. Obwohl von politischen Gegnern deshalb heftig angegriffen, setzte er die Pensionsversicherungsgesetze für die Selbständigen und für die Landwirte durch. Knapp vor Ende seiner Amtszeit wurde dann auch noch die mustergültige Pensionsdynamik beschlossen, um die Proksch mit Härte und Leidenschaft gerungen hatte.

Auch in der Versorgung der Kriegsopfer hat Genosse Proksch wesentliche Verbesserungen durchgesetzt; doch bleiben seine Verdienste in der Opferfürsorge-Gesetzgebung für uns alle unvergessen. Und als ihm der Bundesvorstand ein Gratulationsschreiben zu seinem 75. Geburtstag schickte, da hieß es unter anderem: „... unvergessen bleibt Dein Verständnis für die Probleme der Opfer des Faschismus; Dir verdanken wir viele Verbesserungen im Opferfürsorgegesetz.“ Und Proksch war auch einer der ersten Genossen, denen das vom Bundesvorstand geschaffene Goldene Abzeichen überreicht wurde. Schon früher war Genosse Anton Proksch durch die Verleihung der Otto-Bauer-Plakette geehrt worden,** wodurch ihm die sozialistischen Freiheitskämpfer als dem einstigen Leidensgenossen ihren Dank und ihre Anerkennung ausdrückten.

Gesetze über die Sicherung der Arbeitsplätze der Präsenzdiener des Bundesheeres, über den Karenzurlaub und das Karenzurlaubsgeld für junge Mütter, die Verbesserung des Mutterschutzes und der Dienststellung der Hausgehilfinnen sowie zahlreiche andere bedeutende sozialpolitische Gesetze fügten sich zu einer imposanten Leistung zusammen. Schließlich wurden unter Proksch auch die Grundlagen für eine Arbeitsmarktpolitik und für die Kodifikation des Arbeitsrechtes gelegt und der genossenschaftliche Wohnungsbau für Arbeitnehmer kräftig gefördert.

Neben all diesen großen Leistungen war Anton Proksch auch ein eifriger Streiter im Kampf gegen Trinkunsitten und Alkoholkrankheit. In die Zeit seiner Ministertätigkeit fällt der weitere Ausbau des Alkoholbeirates im Sozialministerium, vor allem aber die Gründung der Trinkerheilstätte „Genesungsheim Kalksburg“. Er war bis zu seinem Tode Präsident dieser Stiftung, die ihm zu Ehren nunmehr den Namen „Anton-Proksch-Institut“ führt. Da er der Vorbeugung gegen die Alkoholgefahren große Bedeutung beimaß, unterstützte er besonders die Tätigkeit des Arbeiter-Abstinenzbundes.

Der dynamische Vertreter der Interessen aller arbeitenden Österreicherinnen und Österreicher war auch

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 7/8, Juli/August 1972, Seite 11.

** Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 10, Oktober 1971, Seite 7.

viele Jahre lang in der Volksvertretung einer der aktivsten Abgeordneten.

Als Genosse Proksch im Jahre 1966 aus seinen Funktionen in der Regierung und in der Gewerkschaft ausschied, in denen er so viele Jahre erfolgreich gewirkt hatte, da war es für ihn selbstverständlich, daß er mit seinen vielen Freunden und Genossen auch weiter in ständiger Verbindung blieb. Und wie oft waren er und Lina bei einer Kundgebung oder einer Veranstaltung unseres Bundes!

In diesem Jahre, genau ein Jahr nachdem er uns verlassen hatte, sind wir, seine engen Freunde und Kampfgefährten, gemeinsam mit seiner Lina, an seinem Grabe gestanden und haben in einer stillen Minute des Schweigens der vielen Erfolge und guten Taten gedacht, die während des arbeitsreichen Lebens eines Sozialisten aus innerster Überzeugung für so viele haben vollbracht werden können. Das sei — und dafür wollen wir unermüdlich ringen — in der Tat „Niemand vergessen!“

Aus dem TAGEBUCH eines Schutzbündlers

12. Mai 1935

Viele von uns können sich noch an jene Zeit erinnern. In Österreich herrschte der Austrofaschismus mit all seinen Schrecken: Entlassungen, Verfolgungen, Mißhandlungen, Hunger, Selbstmorde, Kerker und die Todesstrafe.

Aber trotzdem gab es am 12. Mai 1935 in Wien rote Fahnen, Blitzdemonstrationen und spontane Kundgebungen. Das Ausland und die Internationale sollten über die Lage der illegalen Sozialisten in Österreich informiert werden.

Damals wurden in mühevoller Kleinarbeit oft sehr gefährliche Aktionen gestartet, die eine große Wirkung hatten. Eine dieser vielen Aktionen spielte sich so ab: Auf der Kreuzung Gaudenzdorfer Gürtel-Margaretenstraße fuhr nachmittags — nach Arbeitsschluß — ein Mann auf einem Fahrrad und verlor einen Sack, der mit benzingetränkten Sägespänen gefüllt war. Ein Passant, der „zufällig“ vorbeiging und von einer vorbeifahrenden Straßenbahn gedeckt wurde, warf rasch ein brennendes Feuerzeug in die Sägespäne: Die Wirkung und das Feuer waren groß.

Unter die daraufhin entstandene Menschenansammlung wurden Flugblätter und Broschüren verteilt. Und während Polizisten das Feuer löschten, konnte der Flammenwerferinitiator unerkannt die Brandstätte verlassen: Genosse Redl alias August Fürst. Er war einer der Begründer der illegalen „Revolutionären Sozialisten“. Der Polizei war er als Sozialist zwar bekannt, doch konnte man ihm nie etwas nachweisen.

Nach solchen Aktionen wurde er aber immer in die Hufelandgasse geholt und dort im Polizeikommissariat — entsprechend den damaligen Gepflogenheiten — „behandelt“. So ist er vielen Entbehungen, Verfolgungen und Verhaftungen ausgesetzt gewesen, doch würde es zu weit führen, sie alle aufzuzählen.

Nach dem Einmarsch der Hitler-Faschisten wurde Genosse Fürst wieder verhaftet und für sechs Jahre in KZ-Lager verschleppt. Wer aus diesen Lagern wieder zurückkam, für den war es ein Wunder — auch für August Fürst. Im Jahre 1945 — gleich nach seiner Rückkehr — wurde Genosse Fürst in das Haus, in dem er so oft als Sozialist eingesperrt war — als einer der „Bürgermeister“ von Meidling und später als erster Bezirksvorsteher gewählt.

Ein junger Mann fragte ihn einmal: „Genosse Fürst, warum sind Sie eigentlich nicht emigriert?“ Seine Antwort war für ihn typisch: „Lieber Genosse, da hätte ja die halbe Wienerstadt emigrieren müssen! Die Arbeit im Untergrund mußte doch auch weitergehen!“ Dazu war ja das Los der Emigranten nicht minder beklagenswert und auch nicht immer das Beste.

Trotz des Verbots der Partei und aller Verfolgungen in den Jahren 1934 bis 1945 und der blutigen Geschehnisse in dieser Zeit, existierte die Sozialistische Partei aber weiter. Das bewies das Schicksalsjahr 1945 und der sofortige Wiederaufbau der Sozialistischen Partei.

Wie viele Opfer mußten doch in dieser schrecklichen „Zeit ohne Gnade“ für Recht und Freiheit der Menschen gebracht werden!

Dokumente der Zeit

Im Staatlichen Zentralarchiv der UdSSR (SZAOR) befindet sich ein Dokument (Fds. 7445, Liste 2, Akte Nr. 138, Bl. 269), das einen Bericht des Hauptmanns Koch, des Beauftragten des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete bei der Heeresgruppe Süd, über die Zerstörung der Stadt Kiew enthält. Diesem Bericht ist jener Absatz entnommen, der eine erschreckende Mordbilanz der SS-Kommandos enthält.

Kiew

5. Oktober 1941

Geheim!

... Der Brand von Kiew (24. bis 29. September 1941) hat genau die Mitte, das heißt den schönsten und repräsentativsten Teil der Stadt mit den beiden größten Hotels, der Hauptpost, dem Funkhaus, dem Telegrafenamnt und einigen Warenhäusern, zerstört. Betroffen ist ein Areal von rund zwei Quadratkilometern, obdachlos sind etwa 50.000 Menschen; sie wurden notdürftig in verlassenen Quartieren untergebracht.

Als Sühne für die offensichtliche Sabotage wurden am 29. und 30. September die Juden der Stadt liquidiert, insgesamt nach Angabe der SS-Kommanden rund 35.000 Menschen, zur Hälfte Frauen.

Das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs

In der letzten Nummer unserer Zeitung* haben wir den Wortlaut des Bundesgesetzes über die Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs veröffentlicht, das der Nationalrat am 27. Jänner 1976 beschlossen hat. Inzwischen ist das Gesetz auch schon im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und daher in Kraft getreten.

Allerdings konnte sich der Ministerrat noch nicht mit der Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz befassen, weil die zuständigen Stellen mit deren Textierung noch nicht fertig sind; der § 12 des Gesetzes aber besagt, daß die Bundesregierung mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes betraut ist, wobei die Vorbereitung von Beschlüssen der Bundesregierung wieder dem Bundeskanzler obliegt.

Wir bitten daher unsere Genossinnen und Genossen, von Eingaben welcher Art auch immer, so lange abzu- sehen, bis die notwendige Durchführungsverordnung erlassen ist, weil weder die Form einer allfälligen Eingabe bekannt ist und es andererseits auch noch gar nicht bekannt ist, wo eine solche Eingabe einzureichen wäre.

Dabei verweisen wir auf den Bericht des Verfassungsausschusses des Nationalrats vom 21. Jänner 1976, der einstimmig beschlossen hat, dem Hohen Haus die Annahme des Gesetzes zu empfehlen, wonach der für die Verleihung des „Befreiungs-Ehrenzeichens“ in Frage kommende Personenkreis im wesentlichen durch § 1 des OFG 1947 umschrieben wird. Der Besitz einer Amtsbescheinigung beziehungsweise eines Opferauses im Sinne des Opferfürsorgegesetzes stellt für sich allein aber noch keine Begründung für die Verleihung des Befreiungs-Ehrenzeichens dar.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1—3, Jänner/Februar/März 1976, Seite 3.

Mit Josef Hindels in der Emigration

(Fortsetzung und Schluß)

Natürlich entbehrte unser Einsiedlerleben im schwedischen Wald auch nicht der Romantik. Wir erlebten in Avlångsgård einen herrlichen schwedischen Sommer mit seinen zauberhaften hellen Nächten, in denen man noch um Mitternacht im Freien Zeitung lesen konnte. Die lange Sonnenbestrahlung erwärmte das Wasser unseres kleinen Waldsees so sehr, daß er zu einem wunderbaren Badesee wurde. Viele Blumen und Waldbeeren entwickelten sich an den langen Sonnentagen üppiger und größer als in Mitteleuropa. Der Wald bot uns eine Fülle von großen, wohlschmeckenden Heidelbeeren, die den Mangel an Gemüse wettmachten.

Freilich, die Waldarbeit im Sommer hatte auch einen großen Nachteil: Die Fliegen- und Mückenplage, die insbesondere in etwas sumpfigen Gebieten wirklich fast unerträglich ist. Die Schweden nennen die kleinen Mücken, die uns oft in Schwärmen umgaben und peinigten, „Knotts“.

Unsere kleine Arbeitsgruppe hielt allen Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten zum Trotz tapfer durch und stellte stattliche Holzstöße auf. Erst als von den sieben Holzfällern sechs durch Axtschläge mehr oder weniger schwer verletzt worden waren, gaben wir auf und suchten für die Städte Stockholm, Örebro, Västerås oder Uppsala Aufenthaltsbewilligungen zu bekommen. Unserem Freund Hindels wurde aus uns unbekanntem Gründen der Aufenthalt in Stockholm verweigert. Er ging dann in die von Stockholm nicht weit entfernte Universitätsstadt Uppsala.

Uppsala mit der großen Universitätsbibliothek und einer rührigen sozialdemokratischen Jugendorganisation bot dem wissensdurstigen und kontaktfreudigen Sozialisten Josef Hindels viel Anregung, Lernmöglichkeit und auch praktische Tätigkeit in der Jugendorganisation. Er verdiente seinen Unterhalt durch Gartenarbeit und als Holzsäger, worin er ja schon einige Erfahrung aus dem Walde mitbrachte. Seine persönlichen Bedürfnisse waren ja stets sehr bescheiden — das Lesen und Lernen, das Denken, Diskutieren und Schreiben waren der Inhalt und Sinn seines Lebens. Er hielt bald Vorträge in der Jugendorganisation, verfaßte Schulungsmaterial für sie und schrieb Lehrbriefe für die SJ-Akademie. Insbesondere seine Vorträge über den Austromarxismus fanden bei der schwedischen Jugend großes Interesse und erweckten Begeisterung — freilich, teils auch zum Mißfallen schwedischer Parteifunktionäre.

Hier taucht die Frage auf: Wie stand Hindels, der überzeugte Marxist, zur schwedischen Sozialdemokratie? Hindels, der kein Träumer, sondern ein sehr klar und nüchtern denkender Mann ist, anerkannte die großen Leistungen der schwedischen sozialdemokratischen Partei, die damals, als wir in Schweden Asyl fanden, schon acht Jahre ununterbrochen die Regierung stellte. Gewiß, die schwedische Partei, die nicht durch eine Revolution, sondern auf dem Weg der Demokratie zur Macht kam, ist eine reformistische Partei. Ihre Geschichte ist in vieler Hinsicht der Geschichte der österreichischen Partei ähnlich. Sie, die schwedische Partei, entwickelte sich in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Im Jahre 1886, als sich der junge Arzt Dr. Victor Adler in Österreich der Sozialdemokratie anschloß, trat auch in Stockholm ein junger Mathematiker und Astronom der Sozialdemokratie bei, dessen Vater ein angesehener Universitätsprofessor war: Dr. Hjalmar Branting. Und so wie Adler der Herausgeber der Zeitung „Gleichheit“ wurde, so wurde Branting der Chefredakteur des „Sozialdemokraten“. Im Jahre 1889, wenige Monate nach dem Hainfelder Parteitag, wurde auch die schwedische Partei konstituiert. Sie stützte sich stark auf die Gewerkschaften. Und auch sie mußte, so wie unsere Partei, eine harte Zeit der Verfolgungen durchstehen. Auch Branting wanderte wie Victor Adler einige Male ins Gefängnis. Gleich den österreichischen Arbeitern waren auch die schwedischen Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen. Auch sie mußten in langen Kämpfen, die

ihren Höhepunkt in dem Generalstreik von 1902 fanden, das Wahlrecht Schritt für Schritt erringen. Wir eroberten das allgemeine Wahlrecht für Männer im Jahre 1906, die Schweden erst 1908.

Aber in mancher Hinsicht trug die Entwicklung der schwedischen Partei doch andere Züge als die österreichische. Im Norden Schwedens lebt seit alters her eine trotzige, freie Bauernschaft; dort hat es nie Adel, Grundherrschaft und Hörigkeit gegeben. Diese Bauerndemokratie des Nordens stand seit je im Gegensatz zur Aristokratie Südschwedens; in ihr fand die schwedische Arbeiterklasse, solange sie um die Demokratisierung des Landes kämpfte, einen Bundesgenossen gegen die Grundaristokratie und gegen die Kapitalisten in Industrie und Handel.

Hjalmar Branting war stark von der deutschen Sozialdemokratie beeinflusst, die damals die führende Partei der Internationale war. Er war — das hat er wiederholt bewiesen — innerhalb der Partei der Vertreter der Marxschen Geschichtskonzeption. Aber diese Konzeption schloß das Zusammenwirken mit bürgerlich- und bäuerlich-demokratischen Kräften nicht aus. Branting ging stets auf das nächste Ziel, auf den praktischen Erfolg zu. Er handelte nach dem Goethe-Wort:

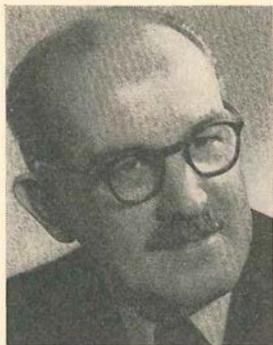
Ich habe stets
Den nächsten Schritt gewählt,
Ein fernes Ziel hat mich dabei beseelt.

Die Taktik Brantings, der ein wirklich großer, bedeutender Mann war, bewährte sich: Schon bei den Wahlen von 1914 wurde die Sozialdemokratie zur stärksten Partei in der Zweiten Kammer, und bereits nach dem Ersten Weltkrieg wurde Branting Ministerpräsident einer rein sozialdemokratischen Minderheitsregierung.

Obwohl Hindels in Uppsala seinen festen Wohnsitz haben mußte, war er während dieser Zeit doch oft nach Stockholm gekommen, hatte einen Gedankenaustausch mit Freunden gepflegt und war zeitweise tagsüber auch im Archiv der schwedischen Partei tätig. Er hatte in Stockholm und Uppsala auch Verbindung mit Bruno Kreisky und Herbert Wehner.

Im Jahr 1945 war Hindels mit der Betreuung der sogenannten „Spätflüchtlinge“ beschäftigt; das waren Angehörige der deutschen Wehrmacht, die fahnenflüchtig geworden waren. Zur Aufklärung dieser Flüchtlinge schrieb Hindels 1945 und 1946 in Stockholm zwei Broschüren: „Österreich und die Habsburger“ (1945) und „Von der Ersten Republik zum Zweiten Weltkrieg“ (1946). Beide Schriften wurden unter dem Namen Karl Popper veröffentlicht. Genosse Hindels war nach Kriegsende auch durch eine rege Korrespondenz mit unserem unvergessenen Genossen Peter Strasser in Verbindung, mit dem er schon in der Jugendbewegung zusammengearbeitet hatte. Peter Strasser war ja stets bestrebt, die internationalen Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien auszubauen und zu festigen. Genosse Strasser ist im Jahre 1962 im 44. Lebensjahr einem Krebsleiden erlegen. Er war eine große Hoffnung der Partei.

Im Jahr 1946 kehrte Genosse Hindels nach Österreich zurück. Er war wieder in seiner Gewerkschaft tätig und redigierte als leitender Redakteur durch zwei Jahrzehnte hindurch das Organ der Privatangestellten. Er hat durch seine zahlreichen Schriften, seine ungezählten Reden, Vorträge und Zeitungsaufsätze ungemein viel dazu beigetragen, in unserer Partei den sozialistischen Geist zu verbreiten, wachzuhalten und zu stärken. Er hat den Mut, auch unpopuläre Kritik auszusprechen, und ist so zum Mahner und zum Gewissen unserer großen und schönen Partei geworden. Die Partei wäre nicht, was sie ist, wenn wir nicht Genossen wie Josef Hindels hätten. Welch ein Gewinn und Glück, daß wir ihn denkend, schreibend und lehrend unter uns haben! Wir können an seinem 60. Geburtstag nur den heißen Wunsch aussprechen, er möge uns noch recht lange als kühner Fackelträger den Weg zum Sozialismus erleuchten.



85 Jahre

Der frühere Abgeordnete zum Nationalrat und niederösterreichische Landesrat Heinrich Widmayer beging am 5. April 1976 seinen 85. Geburtstag. Genosse Widmayer, der in Wiener Neustadt geboren wurde, war gelernter Metalldreher und kam schon in jungen Jahren zur sozialdemokratischen Bewegung. Er gehört zur alten Garde jener Sozialisten, die ihr ganzes Leben in den Dienst der Arbeiterklasse gestellt haben.

Er war bis zum Jahre 1934 Bürgermeister von Deutsch Wagram, wurde nach dem Februar 1934 verhaftet und von den Austrofaschisten in das Anhaltelager Wöllersdorf gesteckt. Nach seiner Freilassung betätigte er sich in der Illegalität bei den Land- und Forstarbeitern, wurde aber 1937 wieder verhaftet und neuerlich eingesperrt. Erst die Februaramnestie 1938 brachte ihm wieder vorübergehend die Freiheit. Als die Hitler-Faschisten Österreich besetzten und im Begriff waren, sie zur Ostmark zu machen, wurde Genosse Widmayer erneut hinter Kerkermauern gesteckt. Er wurde, angefangen von Dollfuß bis Hitler, insgesamt siebenmal verhaftet und mußte insgesamt 38 Monate in faschistischen Gefängnissen verbringen, darunter auch in der berühmten Festung Theresienstadt, wo er jahrelang unter furchtbaren Bedingungen festgehalten wurde.

Nach dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur im Jahre 1945 machte sich Genosse Widmayer sofort an den Wiederaufbau des Arbeitsbauernbundes, obwohl er noch schwer unter den Folgen der langen Haft zu leiden hatte. Er beteiligte sich maßgebend am Wiederaufbau der Partei, wirkte lange Jahre als Finanzreferent des Landes Niederösterreich und vertrat als sozialistischer Abgeordneter das Viertel unter dem Manhartsberg im Nationalrat, dem er bis zum Jahre 1956 angehörte.

Genosse Widmayer nahm aber auch nach seinem Ausscheiden aus seinen öffentlichen Funktionen weiter am politischen Leben regen Anteil und blieb mit der Bewegung in engem Kontakt. Und so ist es auch nur zu verständlich, daß er es sich auch heute noch nicht nehmen läßt, zu kommen, wenn die Eifler-Runde ihre Zusammenkünfte abhält oder der Bund zu einer antifaschistischen Kundgebung aufruft.

Und daß es noch lange so bleiben möge, das wünschen die sozialistischen Freiheitskämpfer ihrem bewährten Genossen, der im Widerstandskampf gegen den österreichischen und deutschen Faschismus so viele Opfer gebracht hat.

*

Zu unserem Titelbild

Die mißbrauchte Hand. Zeichnung von W. M. Pühringer. Wien 1975.

Der Krieg — oder wie man ihn gelegentlich auch verniedlichend als „Kriegshandwerk“ bezeichnet — hat seit jeher nur in einem ganz bestimmten Sinn einen goldenen Boden: Für die Waffenhersteller und die Waffenhändler. Aber sonst hat dieses „Handwerk“ nur unermeßliche Blutströme im Gefolge...

Pühringer sieht die mörderische Technik schon am Mißbrauch der menschlichen Hand: Wenn die Maschine den Menschen verschlingt, dann hat der menschenfreundliche Geist abgedankt und der menschliche Körper wird mit dem technischen Apparat, mit der Waffe, identisch. Vor dieser Gefahr will Pühringer warnen.

Die Demokratie kann sich nicht dadurch verteidigen, daß sie sich selbst aufgibt. Aber es ist das Recht jeder — auch einer demokratischen Regierung, Versuche, sie mit Gewalt zu beseitigen, mit Gewalt zu unterdrücken und durch geeignete Mittel zu verhindern. Die Ausübung dieses Rechts ist weder mit dem Prinzip der Demokratie noch mit dem der Toleranz im Widerspruch. Es mag mitunter schwierig sein, eine klare Grenzlinie zu ziehen zwischen der Verbreitung gewisser Ideen und der Vorbereitung eines revolutionären Umsturzes. Aber von der Möglichkeit, eine solche Grenzlinie zu finden, hängt die Möglichkeit ab, Demokratie aufrechtzuerhalten.

Vom Kampf der jüdischen Arbeiter

John Bunzl: Klassenkampf in der Diaspora. — Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung. Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Mit einem Vorwort von Karl R. Stadler. Europa-Verlag Wien, 184 Seiten, Paperback.

Für Antisemiten sind zwei Merkmale typisch: der Haß gegen die Juden und die grenzenlose Unwissenheit über die Geschichte und soziale Struktur der jüdischen Bevölkerung.

Gibt es doch noch heute in Österreich Antisemiten, die ihren Antisemitismus damit begründen, daß „die Juden“ alle reich sind und sie die armen „Arier“ ausbeuten. Von der Not jüdischer Arbeiter, von ihrem jahrzehntelangen Kampf gegen die (kapitalistische) Ausbeutung — und damit auch gegen „jüdische Kapitalisten“ —, haben diese Analphabeten der Politik nie etwas gehört. Antisemitismus und Unwissenheit gehören eben zusammen.

John Bunzl, der das Grauen des Nazifaschismus nicht selbst erlebt hat — er wurde 1945, im Jahr der Befreiung, geboren —, hat die verdienstvolle Aufgabe übernommen, einen wesentlichen Teil der Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung darzustellen. Sein in der Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung erschienenen Buch gehört zu den kostbarsten Dokumenten, die über dieses Thema vorliegen.

Gestützt auf die umfangreiche Literatur, die es bereits seit Jahrzehnten gibt — die im Anhang veröffentlichte Bibliographie zählt allein mehr als 200 Titel von Büchern und Broschüren auf! —, verfaßte Bunzl eine wissenschaftlich fundierte, lebendig geschriebene Darstellung der jüdischen Arbeiterbewegung, die vor allem im Osten Europas, in Rußland und Polen, auf dem Boden des Marxismus entstand.

Der Rektor des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Univ.-Prof. Dr. Karl R. Stadler, weist in seinem Vorwort darauf hin, daß vor 40 Jahren der große Denker des Austromarxismus, Max Adler, die marxistische Begründung für eine nationale jüdische Arbeiterbewegung geliefert hat, indem er unter anderem schrieb:

„Es hat daher auch gar keinen Sinn und ist im Grunde ganz unmarxistisch, die Frage aufzuwerfen, ob die Entstehung einer Bewegung, die auf die nationale Wiedergeburt des jüdischen Volkes gerichtet ist, zu begrüßen oder zu bedauern ist. Sobald es jüdisch-nationales Empfinden als proletarische Massenerscheinung gibt, ist dies eine geschichtliche Tatsache, mit der man ebenso rechnen muß wie mit dem nationalen Erwachen der sogenannten geschichtslosen Nationen.“

Und der marxistische Standpunkt kommt nur darin zum Ausdruck, daß wir theoretisch dieses nationale Erwachen aus seinen gesellschaftlichen Ursachen verstehen, und daß wir es praktisch in die Richtung leiten, die uns der Marxismus durch seine Erkenntnis der gesellschaftlichen Entwicklung als notwendige aufgezeigt hat...

Darum kann das Erwachen des nationalen Bewußtseins bei einem unterdrückten Volke durch den Idealismus, der mit ihm verbunden ist, sogar eine außerordentliche Stärkung des proletarisch-revolutionären Geistes bewirken, wenn beide Ideen, die der sozialen Befreiung und die der nationalen Entfaltung, von Anfang an zusammenfließen.“

John Bunzl analysiert das Entstehen, die Entwicklung und die Problematik dieser jüdischen Arbeiterbewegung, die sich von Anfang an bemühte, das spezifisch Jüdische den gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse unterzuordnen, im Kampf gegen den Kapitalismus, im Ringen um den Sozialismus.

Im zaristischen Rußland stand natürlich der Kampf gegen dieses halbfeudale, zum Teil noch im Mittelalter steckengebliebene Regime im Vordergrund. Die jüdischen Arbeiter, die doppelt unterdrückt wurden, als Arbeiter und als Juden, waren frei von einem jüdischen Chauvinismus. Sie sahen in den russischen Arbeitern ihre Klassengenossen und betrachteten alle, die gegen den Zarismus kämpften, als ihre Bundesgenossen.

Die Organisation dieser jüdischen Arbeiter, die unter dem Namen „Bund“ in die Geschichte eingegangen ist, stand dem Zionismus ablehnend gegenüber. Denn nicht durch Auswanderung nach Palästina, sondern im ge-

meinsamen Kampf mit den nichtjüdischen Arbeitern sollte dem Antisemitismus entgegengetreten werden. In einem gewissen Sinne bedeutete der Zionismus für die „Bundisten“ eine Kapitulation vor dem „Juden hinaus!“-Geschrei des antisemitischen Pöbels. Dennoch gab es Differenzen mit der russischen Arbeiterbewegung, und Bunzl gibt dafür eine überzeugende Erklärung:

„Der nunmehrige Massencharakter der Bewegung zwang zur Verwendung des Jiddisch als Agitationssprache, zur intensiveren Beschäftigung mit den spezifischen Bedürfnissen und Interessen des jüdischen Proletariats, zum Überdenken der organisatorischen Aufgaben.“

Obwohl später ein Gegner des Bundes, hat Martov in seiner Rede zum 1. Mai 1895 die raison d'être einer besonderen jüdischen Arbeiterbewegung dargelegt: Die Bewegung habe die engen Zirkel gesprengt; nun, nachdem die jüdischen Arbeiter in Bewegung geraten waren, könne man nicht länger nur von der allgemeinen russischen Arbeiterbewegung her die Befreiung erwarten.

Obwohl mit der russischen Bewegung verbunden, müsse das jüdische Proletariat nicht auf seine Befreiung durch die polnische oder russische Bewegung warten. Die Sozialdemokraten, die unter den jüdischen Massen arbeiteten, müßten die Schaffung einer besonderen jüdischen Arbeiterorganisation, welche das jüdische Proletariat im Kampf um ökonomische, bürgerliche und politische Rechte anleite, anstreben.

Zu empfehlen, die jüdischen Arbeiter sollten mittels ihrer eigenen Organisation gleiche Bürgerrechte anstreben, bedeutete eigentlich nur auszusprechen, was sich tatsächlich vollzog.

Die Verwendung des Jiddisch (durch die Organisation), dem anfangs ein rein technisches Motiv zugrunde lag, mußte allmählich eine politische Bedeutung erhalten, eine gewisse nationale Komponente implizieren.“

Diese Differenzen haben auch später, während und nach der russischen Revolution, eine Rolle gespielt. Aber sie haben niemals dazu geführt, daß der jüdische „Bund“ seine sozialistische, zutiefst internationalistische Geisteshaltung aufgegeben hat.

Die vom „Bund“ repräsentierte jüdische Arbeiterbewegung Osteuropas ist in Auschwitz und den anderen Vernichtungsstätten des Nazifaschismus physisch ausgerottet worden. Aber sie hat vor der Übermacht der Nazimassenmörder nicht kampfflos kapituliert. Mit Recht stellt Bunzl fest:

„Der Bund war eine wichtige Kraft im antifaschistischen Widerstandskampf, er war die einzige jüdische Partei, die enge Kontakte zu polnischen Sozialisten außerhalb der Gettomauern besaß und er war führend beteiligt am bewaffneten Aufstand im Warschauer Getto (April 1943).“

Heute gibt es außerhalb Europas und vor allem in den USA Gruppen des „Bundes“, die an den revolutionären Traditionen ebenso festhalten wie an der Pflege der jiddischen Sprache und Kultur. Zwischen ihnen und dem Zionismus bestehen Spannungen, die das Märchen von der „Verschwörung des Weltjudentums“ ebenso widerlegen wie den Alleinvertretungsanspruch Israels auf die Wahrnehmung jüdischer Interessen.

Natürlich werden Anhänger der zionistischen Ideologie mit John Bunzls Buch in vielem nicht einverstanden sein; das ist ihr gutes Recht. Aber wenn sie sich um Objektivität bemühen, werden sie zugeben müssen, daß der Verfasser eine historische Studie über die jüdische Arbeiterbewegung geliefert hat, die es verdient, anerkannt und gewürdigt zu werden.

Die Lektüre ist vor allem jungen Sozialisten zu empfehlen, die sich mit der „unbewältigten Vergangenheit“ vorurteilsfrei auseinandersetzen wollen. Aber auch die Älteren, die jene Zeit selbst erlebt haben, erfahren aus diesem Buch vieles über den Kampf der jüdischen Arbeiter, das ihnen bisher unbekannt war.

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



In der Dezember-Nummer unserer Zeitung* haben wir im Zusammenhang mit dem Fall Friedrich Peter auch einen Artikel veröffentlicht, der den Titel trug: „Ich stünde bedingungslos hinter ihm...“ Dazu haben wir den folgenden Brief bekommen.

Alles vergessen?

Rührend die letzte Zeitschrift mit dem Märchen vom anonymen SS-Mann, der der anonymen KZlerin half — (Auschwitz-Höb und Jüdin?) —; einen Nachdruck sollten Peter & Co. in der Zeitschrift der SS-Kameradschaft IV befehlen...

Versöhnlich, wenn wieder „Saujud!“ nachgerufen wird, und einer älteren KZ-Überlebenden „Stirb schneller, Genossin!“ Wenig friedlich, wenn sich bei der Oper und der Babenberg-Passage Demonstranten mit Hakenkreuzen herumtreiben (21. Dezember) in Anwesenheit von Polizisten. Ist denn der Verkauf und das Tragen von Hakenkreuzen und Nazi-Emblemen schon erlaubt?

Freizügig die rasche Eröffnung des Terror-Werbebüros (Habash-Leute) — ein Garant für ablenkende Sensationen.

Sollten alte Genossen alles vergessen oder schneller sterben — oder sollten wir nicht eine Gewissenskontrolle auslösen?

Mit unserem alten „Freundschaft!“ Euer
E. S. (Wien, XVII.)

*

Mit diesem Brief haben wir uns eingehend befaßt, und wir danken Dir, lieber Genosse E. S. aus Wien XVII., für Dein Schreiben. Vor allem deswegen, weil Du damit unserer Genossin, die Auschwitz und Birkenau überlebt und diesen Beitrag für unsere Zeitung aus eigenem, bitterem Erleben verfaßt hat, die Möglichkeit gibst, nochmals ausführlicher zu einem Problem Stellung zu nehmen, das zu unser aller Schande eigentlich noch immer, wie man in unserer modern gewordenen Medien-Phraseologie heutzutage zu sagen pflegt, „ungelöst im Raum schwebt...“! Und diese Antwort ist nicht nur an Dich allein, sondern wieder an uns alle gerichtet!

Die Empörung, die aus diesem Leserbrief spricht, verstehe ich voll und ganz.

An dem Tag, nach dem der Bundeskanzler im Fernsehen sich vor Peter gestellt hatte, begrüßte ein Mann einen Verkäufer im Konsummarkt laut mit „Heil Hitler!“ — „Heil Hitler; jetzt kann man es ja endlich wieder offen sagen“, lautete die Antwort. Was man uns alten KZlern in den Tagen der Peter-Wiesenthal-Affäre zugemutet hat, war wirklich unerträglich.

Vielleicht habe ich nur deshalb versuchen können, trotz allem mit ruhiger Distanz zu differenzieren, weil ich mich, obwohl Häftling vom 20. Februar 1942 bis 1. Dezember 1944 in Auschwitz — (also auch unter Höss!) — doch als nichtjüdische Häftlingsärztin dort in ungleich besseren Lebensverhältnissen befand als meine jüdischen Kameraden.

Trotzdem empfinde auch ich das, was man uns seit 30 Jahren in steigendem Ausmaß zumutet, als unerträglich. Der Höhepunkt der Unerträglichkeit aber war, daß Peter den Bundeskanzler nach Theresienstadt begleitet hat — justament.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 10—12, Dezember 1975, Seite 3 ff.

Wie sollen wir uns in einer Welt, die nicht mehr die unsere ist, in solchen Fragen verhalten? Doch wohl besser nicht so, daß man uns vorwerfen kann, wir hätten in unserer Verbitterung unser Unterscheidungsvermögen verloren!

Es gab die Ausnahmen, wie den SS-Mann, der in die Wachmannschaft von Auschwitz geraten war, ohne recht zu wissen wie, und der nicht ohne ein gewisses Risiko mit einem Häftling fraternisierte, der alles tat, um wenigstens vom Zentrum des Verbrechens loszukommen. Und es gab und gibt Menschen, wie etwa Speer, die ehrlich eingesehen haben, daß sie durch ihre Mitwirkung schuldig geworden sind und die es echt bereuen. Wenn wir nicht lernen, mit diesen Menschen, die sich noch unter dem Faschismus oder nachher von seinen Untaten distanzieren, so machen wir nicht nur uns selbst das Leben in unserer Zeit unerträglich, man wird auch immer noch weniger auf unsere Gefühle Rücksicht nehmen und man wird uns nicht mehr zu billigen, daß wir nicht nur nicht vergessen wollen, sondern gewisse Dinge auch niemals verzeihen können.

Ich habe diesen Artikel auch in der „AZ“ veröffentlicht und die zwei Beispiele eines menschlich positiven Verhaltens von Nazis geschildert, um den Gegensatz zu der Person Friedrich Peters ganz deutlich zu machen; zu dem Mann, der nicht nur in seiner Jugend — vielleicht verführt — sich an den Aktionen einer verbrecherischen Organisation beteiligt hat und in ihr offenbar großes Ansehen erwerben konnte, sondern der auch heute noch kein Wort des Bedauerns darüber findet, daß er Mitglied eines Mordkommandos war!

Die Schilderung der zwei anderen Fälle sollte nicht verniedlichen, was damals geschehen ist, im Gegenteil! Sie sollte den Hintergrund bilden, von dem sich ein Mensch, wie Parteiobmann Peter, grell abhebt: Der keinen einzigen Fall nennen kann, in dem er versuchte, den von seiner Brigade Verfolgten zu helfen, der gar nicht behauptet, er habe versucht, von diesem Einsatz wegzukommen, der noch darauf stolz ist, gegen Partisanen gekämpft zu haben, ohne zu erwähnen, daß nach einem Erlaß Himmlers „jeder in dem betroffenen Gebiet angetroffene Jude als Partisan anzusehen und zu behandeln sei“ (!) und der sich dabei anscheinend so hervorgetan hat, daß er zu der kleinen „Elite“ gehörte, die dafür noch einen Orden bekam.

Ich wollte zeigen, daß andere SSler sich damals oder doch nachher anders verhalten haben und daß ein Mann, der versucht hat, mit der Lüge vom „Kriegseinsatz“ über all das hinwegzukommen, für uns inakzeptabel ist. Es tut mir leid, daß mich der Kamerad S. nicht verstanden hat.

Eure E. L. (Wien IV.)

Unter die beispiellosen Verbrechen der Vergangenheit kann kein Schlußstrich gezogen werden. Die Erinnerung an die Verbrechen einer grausamen Diktatur muß im Bewußtsein der Bevölkerung wachgehalten werden, wenn man rechtzeitig neuen faschistischen Gefahren wehren will.

Mitläufer

Nie schrie er häufiger

„Heil!“

als in jener Zeit,

die er heute dezent

„Die Jahre des Unheils“ nennt.

Festschrift für Christian Broda

Zum 60. Geburtstag von Justizminister Dr. Broda ist eine Festschrift erschienen, zu der prominente Autoren Beiträge geliefert haben: Bruno Kreisky schrieb das Vorwort, Hertha Firnberg, Heinz Fischer, der schwedische Justizminister Lennart Geijer, der ÖVP-Abgeordnete Walter Hauser, Univ.-Prof. Walther Kastner, Staatsanwalt Heinrich Keller, Präsident des Oberlandesgerichtes Innsbruck Karl Kohlegger, Univ.-Prof. Norbert Leser, Univ.-Prof. Friedrich Nowakowski, Präsident des Obersten Gerichtshofes Franz Pallin, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes Wilhelm Rosenzweig, Obmann des Vereines für Bewährungshilfe Elisabeth Schilder, Univ.-Prof. Fritz Schwind, der Psychiater Wilibald Sluga, Dozent Heinz Steinert, Univ.-Prof. Stephan Verosta und der deutsche Justizminister Hans-Jochen Vogel sind die Autoren der im Europaverlag erschienenen Festschrift.

Bei einer Geburtstagsfeier für Minister Christian Broda am Samstag, dem 13. März 1976, an der neben vielen Vertretern des Rechtswesens, der Wirtschaft, Politik und Kunst auch alte Freunde des Jubilars aus der Widerstandsbewegung teilnahmen, hielt in Vertretung Kreiskys Genossin Hertha Firnberg eine überaus herzliche Festrede, bei der sie vor allem die Tätigkeit Brodas als Reformator und Erneuerer des österreichischen Rechts würdigte.

An der Feier nahmen auch der deutsche Justizminister Vogel, der schwedische Justizminister Geijer und der Justizminister von Nordrhein-Westfalen und Vorsitzende des rechtspolitischen Ausschusses des Parteivorstandes der SPD, Dr. Dieter Posser, teil.

Freiheitskämpfer besuchten Israel

Eine Gruppe sozialistischer Freiheitskämpfer aus Wien, Niederösterreich und Burgenland bereiste in der ersten Märzwoche Israel, wobei viele markante Orte und historische Stätten besucht wurden. Einen ausführlichen Bericht über diese eindrucksvolle Reise werden wir voraussichtlich in der nächsten Nummer unserer Zeitung veröffentlichen.

In Yad Washem, der Gedenkstätte für sechs Millionen ermordeter Juden, legte unsere Delegation unter ergreifendem Schweigen einen Kranz nieder.



Paul Kohn gestorben

Im Alter von 74 Jahren ist Genosse Dr. Paul Kohn am Donnerstag, dem 22. April 1976, in Wien an den Folgen einer schweren Krankheit gestorben.

Genosse Kohn, der sich zur Zeit des Austrofaschismus der sozialistischen Bewegung anschloß, wurde als Kreisleiter der Revolutionären Sozialisten verhaftet. Im Jahre 1938 emigrierte er zuerst nach Frankreich, später dann gelang es ihm, nach Amerika zu kommen, wo er seine Studien abschloß.

Nach 1945 war Kohn bis zu seiner Pensionierung einer der leitenden Beamten der Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen FAO.

Unter dem Pseudonym Paul Anders veröffentlichte er vor allem in der „Zukunft“ zahlreiche vielbeachtete analytische Beiträge zu Entwicklungsfragen. Auch für „Amnesty International“ war der international bekannte österreichische Sozialist viele Jahre lang tätig. Und wenn es galt, irgendwo helfend einzugreifen, dann war Genosse Kohn stets zur Stelle; unser Gruß „Freundschaft!“ war ihm immer mehr als ein Lippenbekenntnis.



Kein BVA-Behandlungsbeitrag für Inhaber von Amtsbescheinigungen

Nach dem Opferfürsorgegesetz in der Fassung der 23. Novelle haben die Träger der Krankenversicherung gemäß § 12 (2) mit Wirkung ab 1. Jänner 1975 den Inhabern einer Amtsbescheinigung und Empfängern einer Rentenfürsorgeleistung die Leistungen in dem Umfang zu gewähren, in dem sie einem bei der örtlich zuständigen Gebietskrankenkasse Pflichtversicherten nach Gesetz und Satzung zustehen, sofern sie jene Leistungen übersteigen, die der zuständige Träger der Krankenversicherung nach den für ihn geltenden Vorschriften zu erbringen hätte.

Die solcherart den Krankenversicherungsträgern entstandenen Mehraufwendungen werden seitens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung ersetzt. Dies ist insbesondere für den gemäß § 63 Abs. 4 B-KUVG anfallenden Behandlungsbeitrag der BVA von Bedeutung. Der Behandlungsbeitrag ist somit nicht einem Versicherten vorzuschreiben, der Inhaber einer Amtsbescheinigung ist, sondern seitens der Anstalt vom Bundesministerium für soziale Verwaltung einzufordern.

Was muß der Versicherte tun? Vorlage der Amtsbescheinigung oder des letzten Rentenabschnittes über seinen allfälligen Mehrleistungsanspruch nach § 12 OFG bei der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (Standesführung oder Leistungsschalter). Auf Grund der BVA-internen Vormerkung gelangt sohin in der Folge der Behandlungsbeitrag nicht zur Vorschreibung.

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Wieden

Wir gratulieren! Am 18. März 1976 feierte unser Genosse Alfred Gabmayer bei bester Rüstigkeit und Gesundheit den 70. Geburtstag. Schon seit frühester Jugend in unseren Reihen, war Genosse Siegfried Gabmayer in verschiedenen Funktionen tätig. Als ehemaliger Schutzbündler und illegaler Mitkämpfer gehört er zu jenen Funktionären, auf die man sich stets verlassen kann.

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer danken ihm aus vollem Herzen für seine Treue und für seine Hingabe an die Idee des Sozialismus, wir alle hoffen, daß er noch viele Jahre gemeinsam mit uns für Freiheit und Demokratie wirken kann. Nochmals alles Gute und „Freundschaft!“

*

Leopold Schmid — 75. Geburtstag. Unser Genosse Professor Leopold Schmid feiert am 16. Juli 1976 seinen 75. Geburtstag und wir beglückwünschen ihn schon heute als die ersten Gratulanten.

Er wurde in Wien geboren und wirkte hier in seiner Vaterstadt mit Ausnahme jener Zeit, während der er vom Hitler-Regime ein Arbeitsverbot erhielt. Er übte neben seiner künstlerischen Tätigkeit auch viele Funktionen aus, die alle aufzählen gar nicht leicht ist: Vizepräsident des Wiener Künstlerhauses, Leiter der Ausstellungskommission, und manche andere. Er war Inhaber mehrerer Staatspreise, besitzte den Preis der Stadt Wien für angewandte Kunst und

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet: Paul Blau, Anna Fürst, Walter Hacker, Wilhelm Herzog, Josef Hindels, Leo Lesjak, Rudolfine Muhr, Kurt Stimmer, Rudolf Trimmel, Ernst Winkler.

Adreßänderungen bekanntgeben

Wir haben von unserer letzten Aussendung wieder viele Stücke mit verschiedenen Vermerken der Post zurückbekommen und bitten daher neuerlich, uns immer so bald wie möglich eine Meldung zu machen, wenn sich Veränderungen im Stand unserer Mitglieder ergeben.

Auch von unserer Zeitung sind letzters wieder viele Exemplare zurückgekommen, auf denen der postalische Vermerk „unzustellbar“ angebracht war.

Wissenschaft und wurde 1952 mit dem Professor-Titel ausgezeichnet. Aus Anlaß seines Geburtstages findet auch im Künstlerhaus in Wien eine wirklich sehenswerte Ausstellung statt.

Genosse Leopold Schmid gehört unserem Bund schon viele Jahre an und erhielt für sein verdienstvolles Wirken im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und die neonazistischen Umtriebe der jüngsten Zeit schon viele Ehrungen. Und so wünschen wir ihm, er möge noch viele Jahre in ungebrochener Gesundheit wirken und um uns sein wie bisher. Nochmals alles Beste, lieber Genosse Professor, und ein herzliches „Freundschaft!“, ganz besonders von Deinen Kampfgefährten!

*

Friedrich Hayek †. Am 15. April 1976 hat uns unser Genosse und Kampfgefährte Friedrich Hayek für immer verlassen.

Die Trauerfeier fand am Mittwoch, dem 28. April 1976, unter großer Beteiligung seiner Verwandten und Bekannten, sowie seiner vielen Freunde, im Ottakringer Friedhof statt. Genosse Friedrich Hayek war ein eifriger Mitarbeiter in der sozialdemokratischen Bewegung und mit ihm ist ein Menschenfreund, ein aufrechter und mutiger Sozialist für immer von uns gegangen.

Unser Obmann, Genosse Franz Marksz, und Genossin Steffi Fahn sprachen im Namen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus das aufrichtige Beileid aus. Wir danken ihm für seinen Einsatz und seine Opferbereitschaft; wir werden ihn „Niemals vergessen!“

Neubau

Jahresversammlung. Am Donnerstag, dem 4. März 1976, hielt die Bezirksgruppe Neubau im Heim der SPÖ-Bezirksorganisation, Wien 7, Neubaugasse 25, ihre Jahresversammlung ab. Der Obmann der Bezirksgruppe, Genosse Willy Jeindl, konnte unter den überaus zahlreich erschienenen Mitgliedern die Referentin Genossin Anneliese Albrecht, den Bezirksobmann Genossen Hans Brosch und den Bezirksvorsteher Genossen Walter Wana begrüßen.

Da gegen die vorgeschlagene Tagesordnung keine Einwände erhoben wurden und sie damit als genehmigt galt, berichtete der Obmann, Genosse Willi Jeindl, über die Arbeit der Bezirksgruppe, über die Kundgebungen, die aus Anlaß des Gedenkens „30 Jahre Befreiung von Faschismus“ in ehemaligen Konzentrationslagern, Gedenkstätten und an den Gräbern unserer im Freiheitskampf gefallenen und ermordeten Freunde und Schicksalsgenossen stattgefunden haben. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es heute leider auch unter unseren Parteimitgliedern Leute gibt, die vom Freiheitskampf aus mancherlei „Gründen“ nichts hören und wissen wollen, indem sie sagen: „Hört doch endlich auf damit; es ist doch alles schon so lange her und wir haben ja ohnehin schon die Freiheit!“

Aber allen diesen Leuten sei gesagt: Wir haben unter heute bei uns unvorstellbaren Gefahren für unsere Überzeugung, für unsere Ideale und für unser aller Freiheit mit Wort und Schrift, viele von uns mit der Waffe in der Hand gekämpft, unzählige Freunde und Kampfgefährten sind in den Kerkern und Konzentrationslagern der faschistischen Verbrecherbanden zu Tode gefoltert worden. Wir werden daher niemals aufhören, jene Menschen, die dieses Grauen nicht erleben mußten, unermüdet darüber aufzuklären und zu warnen. Und wir werden die mit so viel grauenvollen Opfern errungene Freiheit mit allen Mitteln verteidigen. Wir werden aber auch immer das Andenken an unsere ermordeten Genossinnen und Genossen in Ehren halten und ihren Opfertod niemals vergessen!

Dann berichtete Genosse Heinrich Köbel über den Solidaritätsfonds, der zur Unterstützung der Opfer und deren Angehörigen in den noch immer von Faschisten unterdrückten Ländern dienen soll. Er verwies darauf, daß nach dem Februar 1934 auch in Österreich die Opfer und deren Angehörige durch die Internationale Solidarität vor der größten materiellen Not bewahrt werden konnten, und appellierte an alle Genossinnen und Genossen, nun ihrerseits ihre Solidarität mit allen unterdrückten Menschen durch Spenden zu bekunden. Durch eine spontane Sammelaktion konnte der Bezirksorganisation am Schluß der Versammlung ein größerer Geldbetrag zur Weiterleitung an den Solidaritätsfonds übergeben werden.

Nun erfolgte die Ehrung von zwölf Mitgliedern der Bezirksgruppe. Sie alle sind auch in der Zeit des Faschismus ihrer Gesinnung und unserer Partei treu geblieben und waren deshalb vielen Verfolgungen ausgesetzt. Der Obmann konnte den Genossinnen Helene Paschkesz, Auguste Raffel, Auguste Schacherl und den Genossen Franz Mödlagl, Josef Sefcik, Karl Tod, Siegfried Weiss und Ferdinand Wostoupal das ihnen vom Bundesvorstand über Antrag der Bezirksgruppe verliehene Goldene Abzeichen überreichen. Den Genossen Hans Dauberger, Oskar Fürst, Johann Geringer und Doktor Reinhold Melas, denen dieses Ehrenzeichen ebenfalls verlie-

hen worden war, konnte es wegen Krankheit nicht bei der Jahresversammlung überreicht werden. Die Genossen Jeindl, Köbel und Skala werden es daher persönlich überbringen.

Der nun folgende Bericht der Kontrolle, den Genosse Eugen Skala erstattete, wurde einstimmig zur Kenntnis genommen und dem scheidenden Ausschuß die Entlastung erteilt.

Bei der anschließenden Wahl des Ausschusses wurden einstimmig folgende Genossinnen und Genossen gewählt:

1. Obmann:	Genosse Willy Jeindl
2. Obmann:	Genosse Heinrich Köbel
Kassier:	Genosse Willy Jeindl
Schriftführer:	Genossin Margit Cernetz
Kontrolle:	Die Genossen Eugen Skala und Leopold Starkl

Genosse Jeindl dankte im Namen des Ausschusses für das Vertrauen und versprach, auch in Zukunft, so wie bisher, nach besten Kräften weiterzuarbeiten. Der Obmann ersuchte nun die Genossin Anneliese Albrecht, das Wort zu ihrem Referat zu ergreifen.

Genossin Albrecht befaßte sich zuerst mit den Berichten der Genossen Jeindl und Köbel und erklärte, sie sei ebenfalls davon überzeugt, daß wir notfalls auch wieder mit der Waffe in der Hand für die Freiheit kämpfen würden; daß sie aber hoffe, es werde nie wieder dazu kommen. Denn in unserem demokratischen Staatswesen sind wir alle dafür die Garanten. Daß alle Sozialisten ihre Solidarität mit den unterdrückten Völkern der ganzen Welt durch die tatkräftige Unterstützung des Solidaritätsfonds beweisen werden, ist für die österreichischen Genossinnen und Genossen besonderes Anliegen.

Dann kam Genossin Anneliese Albrecht zum eigentlichen Referat: „Die Aufgaben der sozialistischen Parteien in Europa — ist Terror die Lösung?“ Die Referentin hatte sich damit fürwahr kein leichtes Alltagsthema gewählt. Denn in einer Zeit, in der sich blutrünstige, brutalste Killerkommandos bemerkbar machen, die Mord, Gewalttat oder simplen Meuchelmord als Widerstand oder Befreiungskampf ausgeben, haben die Sozialisten Aufgaben, bei denen es auf humane und grundsatzfeste Standpunkte ankommt. Denn Verbrechen bleiben Verbrechen, darüber kann die nachträgliche „Begründung“ unter Mißbrauch noch so hochtrabender Phrasen oder die „Übernahme der Verantwortung (!)“ durch irgendeine ansonsten unbekannte obskure Gruppierung nicht hinwegtäuschen.

Wer Mord oder Gewalttat mit dem Widerstandskampf verwickeln möchte, der bei uns und in Europa gegen das verbrecherische System des Faschismus, des Nationalismus und seine blutrünstigen Häscher geführt worden ist, der schändet in Wahrheit das Andenken an die Märtyrer unseres Kampfes. Und darum müssen Sozialisten in aller Welt, müssen wir selbst alles tun, damit nicht Gedankengänge popularisiert werden, bei denen kaltschnäuziger Mord von Haus aus einkalkuliert wird. Darum auch unser „Niemals vergessen!“

Das Referat wurde mit großem Interesse und viel zustimmendem Beifall aufgenommen und Genosse Jeindl dankte der Genossin Albrecht für ihre wirklich sehr aufschlußreichen Ausführungen.

Nachdem noch einige Anfragen besprochen und beantwortet worden waren, dankte der Obmann auch allen Anwesenden für ihr Erscheinen und schloß die Versammlung mit einem herzlichen „Freundschaft!“

Favoriten

Stefanie Koci †. Unsere liebe Steffi ist im Alter von 72 Jahren gestorben. Die Bezirksgruppe verliert mit ihr eine langjährige, treue Mitarbeiterin, die bis zuletzt eine schier unglaubliche Aktivität entwickelt und dem Gruppenleben ihre persönliche Note aufgeprägt hat. War sie doch schon seit ihren jungen Jahren eine überzeugte Sozialistin, die unserer Idee mit ganzem Herzen ergeben gewesen ist. Sie kam aus kleinbürgerlichem Elternhaus und war von Beruf Kürschnerin; ein Beruf, den sie mit viel Liebe und Freude ausübte. Aber aus Gesundheitsgründen mußte sie diesen frühzeitig aufgeben. Im Betrieb kam sie mit dem sozialistischen Gedankengut in Berührung, wurde 1923 Parteimitglied und eifrige Mitarbeiterin. Bis 1934 war sie in verschiedenen Funktionen in der Bezirksorganisation Favoriten und der Sektion 14 tätig. Dann war Steffi

in den Reihen der Revolutionären Sozialisten tätig. Dauernd verfolgt und bei unzähligen Verhören geheimnig, blieb sie immer der Idee des Sozialismus treu.

Genossin Koci war auch Trägerin des Goldenen Parteiabzeichens für 50jährige Mitgliedschaft und unser Bundesvorstand hatte ihr schon vor Jahren* das Goldene Abzeichen der Freiheitskämpfer verliehen. Dabei besaß die stets aktive Kämpferin auch in der schwersten Zeit der Illegalität bei aller Tatkraft tiefstes menschliches Verstehen für die Nöte anderer. Ihr gewinnendes Wesen wird uns sehr fehlen. Wir werden ihr stets ein ehrendes Gedenken bewahren und unsere Steffi niemals vergessen!

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Sondernummer Juni 1971, S. 35.



Jahresversammlung. Bei der Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe am Freitag, dem 13. Februar 1976, die im Arbeiterheim Favoriten abgehalten wurde, referierte Genosse Dr. Josef Schneeweiß über „Spanien — gestern und heute“, ein Referat, das bei allen Genossinnen und Genossen größtes Interesse und ungeteilten, begeistertsten Beifall fand; war doch unser Referent bekanntlich selbst aktiver Spanienkämpfer!

Vor dem Referat wurden alle Berichte der Funktionäre entgegengenommen und dem scheidenden Ausschuß war die Entlastung erteilt worden. Dann folgten die Neuwahlen, die folgendes Ergebnis brachten:

- | | |
|-------------------|--|
| 1. Obmann: | Genosse Hans Schiller |
| 2. Obmann: | Genosse Karl Milota |
| 1. Schriftführer: | Genosse Kurt Polednik |
| 2. Schriftführer: | Genossin Steffi Bauer |
| 1. Kassier: | Genosse Karl Mach |
| 2. Kassier: | Genossin Lia Platzer |
| Opferreferent: | Genosse Hans Grassl |
| Karteiführer: | Genosse Karl Mach |
| Kontrolle: | Die Genossen Leopold Janda und Josef Schäukel |
| Beisitzer: | Die Genossinnen Viktoria Pichler, Maria Polednik, Maria Schleicher und Anna Zahradnik sowie die Genossen Helmut Eder, Franz Falkenburger, Rudolf Jawurek, Alois Lampoldt, Karl Prihoda, Heinz Roller, Hans Schulz, Leopold Swoboda und Karl Zwerschitz |

Als Vertreter der Jungen Generation wurde Genossin Dr. Ruth Lichtenberg in den Ausschuß gewählt.

Simmering

Jahresversammlung. Am 13. Februar 1976 fand die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe statt. Genosse Ladislav Zib begrüßte alle Anwesenden und gab die Tagesordnung bekannt; sie wurde einhellig zur Kenntnis genommen.

Dann gedachte der Obmann, Genosse Zib, der drei Genossinnen und der sechs Genossen, die uns der Tod im Berichtszeitraum entrisen hatte. Besonders würdigte er zwei verdiente Genossen, den früheren Bezirksvorsteher, Genossen Franz Haas, und unseren Genossen Karl Faifrzyk.

In seinem Bericht über die Tätigkeit der Bezirksgruppe erwähnte Genosse Zib die politischen und kulturellen Veranstaltungen, welche in den vergangenen zwei Jahren stattgefunden hatten, sowie die sechs Autofahrten.

Die Bezirksgruppe umfaßte am 31. Dezember 1975 194 Genossinnen und 257 Genossen, zusammen also 451 Mitglieder. Und Genosse Zib sprach allen Mitarbeitern, die es ermöglicht haben, Simmering zur stärksten Gruppe der Freiheitskämpfer aufzubauen, seinen herzlichen Dank aus.

Anschließend folgte der Kassabericht des Genossen Rudolf Wolf und der Kontrollbericht des Genossen Eduard Schubert. Die Entlastung des scheidenden Ausschusses wurde einstimmig beschlossen.

Zur darauffolgenden Neuwahl des Bezirksausschusses erstattete der Obmann des Wahlkomitees, Genosse Gustav Fuchs, folgenden Wahlvorschlag:

- | | |
|------------------------|--|
| 1. Obmann: | Genosse Ladislav Zib |
| 2. Obmann: | Genosse Eduard Riedl |
| 3. Obmann: | Genosse Kurt Schmidt |
| 1. Kassier: | Genosse Rudolf Wolf |
| 2. Kassier: | Genossin Paula Ihm |
| 1. Schriftführer: | Genossin Maria Birnbauer |
| 2. Schriftführer: | Genossin Ida Prasch |
| 1. Katasterführer: | Genosse Rudolf Marschal |
| 2. Katasterführer: | Genosse Josef Petrus |
| Opferfürsorgereferent: | Genosse Kurt Schmidt |
| Beisitzer: | Die Genossin Marie Meyer sowie die Genossen Herbert Exenberger, Josef Josifek, Ottokar Kickingner, Adolf Mraz, Heinrich Petrik, Walter Spindler, Robert Vocel und Fritz Wlach. |
| Kontrolle: | Die Genossen Eduard Schubert und Stefan Achatz. |

Der Wahlvorschlag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Dann hielt unser Obmann, Genossin Rosa Jochmann, das Referat. Sie erinnerte an die furchtbaren Februartage des Jahres 1934 und ermahnte in ergreifenden Worten die Jugend, die Erinnerung an die Helden dieser Zeit lebendig zu erhalten und den Kampf gegen den Faschismus und die Unfreiheit in der Welt weiterzuführen. — Auch sie dankte allen Mitarbeitern der Bezirksgruppe für die vorzügliche Arbeit, die in den vergangenen Jahren geleistet wurde.

Genosse Zib dankte der Genossin Rosa Jochmann für ihr ausgezeichnetes Referat und allen Anwesenden für ihr Kommen zur diesjährigen Jahresversammlung der Bezirksgruppe.

Die Versammlung wurde mit einem gemütlichen Beisammensein mit Musik abgeschlossen.

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes Wien 1, Saltorgasse 6

Besuchszeiten:

Montag: 14 bis 18 Uhr
Donnerstag: 8 bis 12 Uhr
Samstag: 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr
Sonntag: 9 bis 12 Uhr

Meidling

Jahresversammlung. Die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe fand am 13. Februar 1976 statt. Nach den Berichten der einzelnen Funktionäre erstattete der Wiener Landesobmann unseres Bundes, Genosse Robert Blau, ein ausführliches Referat über die Novellierung des Opferfürsorgegesetzes und erläuterte die beachtlichen Verbesserungen, über die auch in unserer Zeitung berichtet worden ist. Auch dem „Jahr der Frau“ widmete der Referent einen Teil seiner Ausführungen.

Die Bezirksgruppe hat im Berichtszeitraum wieder vier verdiente Freiheitskämpfer verloren: Die Genossin Berta Kratochwil sowie die Genossen Josef Heidl, Robert Hlawatsch und Hubert Kralicek. Wir werden ihnen allen stets ein ehrendes Gedenken bewahren und unsere Arbeit in ihrem Geiste weiterführen. „Niemand vergessen!“

Bei den anschließenden Wahlen wurden folgende Genossinnen und Genossen einstimmig gewählt:

- | | |
|----------------|---|
| 1. Obmann: | Genosse Johannes Cäsar |
| 2. Obmann: | Genossin Helene Potetz |
| Kassier: | Genossin Anna Fürst |
| Schriftführer: | Genossin Helene Potetz |
| Kontrolle: | Die Genossen Friedrich Laube und Walter Mautner |

Die Jahresversammlung wurde mit einem Lichtbildvortrag unseres Genossen Herbert Solinger abgeschlossen, der sehr beifällig aufgenommen wurde.

Ottakring

Jahresversammlung. Bei der Jahresversammlung, die am 19. Februar 1976 abgehalten wurde, konnte unser 2. Obmann, Genosse Franz Linnert, zahlreiche Genossinnen und Genossen begrüßen; insbesondere den Referenten des Abends, Genossen Dr. Heinrich Keller vom Bundesministerium für Justiz. Vor Eingang in die Tagesordnung, die ohne Gegenstimme genehmigt worden war, gedachte der Obmann unserer verstorbenen Genossinnen und Genossen. Und stellvertretend für alle Kampfgefährten, die uns im Berichtszeitraum verlassen haben, ehrte Genosse Linnert unseren Genossen Josef J. Fidora*, der als Schutzbündler einer der Verteidiger des Ottakringer Arbeiterheimes war, verhaftet und zum Tode verurteilt wurde. Erst knapp vor seiner Justifizierung war er begnadigt worden und erhielt 15 Jahre schweren Kerkers.

Dann folgten die Berichte des Obmannes, des Kassiers und der Kontrolle, die von den Versammelten einhellig genehmigt wurden. Auch die Entlastung des Vorstandes, die Genosse Rudolf Grasgruber namens der Kontrolle beantragt hatte, wurde einstimmig angenommen.

Genosse Franz Linnert überreichte dann folgenden Genossinnen und Genossen das ihnen vom Bundesvorstand über Antrag der Bezirksgruppe verliehene Goldene Abzeichen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer: Emma Leitlmeier, Josef Dominko, Josef Grasgruber und Rudolf Grasgruber. Für die geehrten Kampfgefährten dankte Genosse Rudolf Grasgruber mit bewegten Worten.

Dann erstattete Genosse Röschl den folgenden Wahlvorschlag:

- | | |
|--|---|
| 1. Obmann: | Genosse Friedrich Eibicht |
| 2. Obmann: | Genosse Franz Linnert |
| 1. Kassier: | Genosse Hans Segulin |
| 2. Kassier: | Genosse Leopold Herzog |
| Schriftführer: | Genosse Gustav Hagner |
| Kontrolle: | Die Genossen Rudolf Grasgruber und Hans Hezuki |
| Delegierte zur Bezirkskonferenz: | Die Genossen Friedrich Eibicht und Franz Linnert |
| Delegierte zur Landeshauptversammlung: | Die Genossen Friedrich Eibicht, Grasgruber, Gustav Hagner, Franz Linnert und Hans Segulin |
| Delegierte zur Bundeshauptversammlung: | Die Genossen Friedrich Eibicht, Gustav Hagner, Franz Linnert und Hans Segulin |

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Dann referierte Genosse Dr. Keller über Fragen der Rechtspolitik und analysierte dabei eingehend die Rechtsstruktur in einer Demokratie und in einer Diktatur. Und er wies un-

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1—3, Jänner/Februar/März 1976, Seite 16.

ter anderem auch darauf hin, daß schon am 20. August 1938 die Verordnung über die Sondergerichte in der damaligen „Ostmark“ erlassen wurde. Genosse Keller kam auch auf das Problem einer sozialen Rechtsprechung zurück und verwies auf die Toleranz der Richter bei der Bestimmung des Strafmaßes im Rahmen des Strafgesetzes. Auch das Problem der Zweisprachigkeit in den von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten wurde behandelt, wobei der Referent die Schwierigkeiten aufzeigte, die dabei entstehen oder entstehen könnten.

Das Referat des Genossen Dr. Heinrich Keller wurde mit großem Interesse verfolgt und der Vorsitzende dankte unter dem lebhaften Beifall der Versammlung für die tiefeschürfenden Ausführungen.

Den Abschluß der Jahresversammlung bildete die Vorführung des Films „KZ Dachau“, der einmal mehr erneut bekräftigte, wie berechtigt unsere Mahnung „Niemals vergessen!“ gerade in der heutigen Zeit ist.

Brigittenau

Willibald Schaden †. Unser Genosse Willibald Schaden ist am 7. März 1976 im 75. Lebensjahr gestorben. Er war Angestellter der Wiener Stadtwerke und schon seit seiner frühesten Jugend Mitglied und Mitarbeiter unserer Partei. Nach dem letzten Krieg war er auch Funktionär der Sozialistischen Freiheitskämpfer der Brigittenau. Aus seinem Leben wollen wir etwas Besonderes hervorheben: Genosse Schaden war fast 40 Jahre verheiratet und mußte während der Zeit des Faschismus aus den Diensten der Gemeinde Wien ausscheiden, weil er sich von seiner Frau nicht scheiden lassen wollte. Es war eine schwere Zeit, denn da seine Frau als U-Boot leben mußte, gab es nur Lebensmittelscheine für eine einzige Person. Aber seine Gattin und er kämpften sich durch und überlebten diese dunkelste Zeit des Faschismus. Beim Wiederaufbau der Zweiten Republik und der Sozialistischen Partei halfen beide sogleich wieder aktiv mit. Genosse Schaden wurde für seine 50jährige Parteizugehörigkeit mit dem Goldenen Parteiabzeichen und vom Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer mit dem Goldenen Abzeichen geehrt. Wir alle werden unserem Genossen Schaden stets ein dankbares und ehrendes Angedenken bewahren!



Aus den Landesorganisationen

Steiermark

Kapfenberg. Cäzilia Draxler †. Die Bezirksgruppe Kapfenberg beklagt den Verlust der Genossin Cäzilia Draxler, die kürzlich im 78. Lebensjahr verstorben ist. Sie war über 50 Jahre Mitglied unserer Sozialistischen Partei und Trägerin des Goldenen Abzeichens.

Bei der Verabschiedung in der Aufbahrungshalle in Kapfenberg sprach Genosse Schiemel tiefempfundene Abschiedsworte, und der Männerchor „Stahlklang“ umrahmte die Feierlichkeit mit einem Trauerchoral.

Wir werden unserer Genossin Cäzilia Draxler stets ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen!“

Kapfenberg. Christine Scheer †. Die Bezirksgruppe Kapfenberg hat wieder einen schweren Verlust erlitten: Im 78. Lebensjahre verstarb plötzlich unsere Genossin Christine Scheer. Sie war die Witwe nach dem seinerzeitigen Hafendorfer Bürgermeister und Schutzbundkommandanten, dem Genossen Ludwig Scheer.

Die Verabschiedung erfolgte in der Aufbahrungshalle in Kapfenberg. Genosse Schiemel sprach namens der Sozialisti-

schen Partei sowie auch im Namen der Sozialistischen Freiheitskämpfer tiefempfundene Abschiedsworte. Der Männerchor „Stahlklang“ brachte einen ergreifenden Trauerchoral zum Vortrag.

Wir werden unsere Genossin Christine Scheer niemals vergessen!

Kapfenberg. Februarkundgebung. Gemeinsam mit der Sozialistischen Partei haben die Mitglieder unserer Bezirksgruppe am 12. Februar auch im heurigen Jahr unseren traditionellen Schweigemarsch zum Gedenkstein auf dem Friedhof durchgeführt und einen Kranz niedergelegt.

Es nahmen auch viele Betriebsräte und Gemeinderäte an dem Schweigemarsch teil. Vor dem Gedenkstein sprach unser Bürgermeister Genosse Franz Fekete tiefempfundene Worte des Gedenkens für die vielen Opfer, die in den Jahren des Faschismus ihr Leben lassen mußten.

Kapfenberg. Jahresversammlung. Am 21. März 1976 fand im schön geschmückten Saal des Arbeiterheimes in Kapfenberg die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe statt. Bezirksobmann Genosse August Jaritz begrüßte die vielen Anwesenden, insbesondere den Landesobmann Genossen Hermann Lackner und den Landeskassier Genossen Franz Zechner; Bürgermeister Genosse Franz Fekete war wegen eines Kurzaufenthaltes entschuldigt. Genosse Jaritz schlug folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung und Eröffnung, 2. Wahl des Wahlkomitees, 3. Berichte, 4. Bericht des Sozialreferenten Mühlbacher, 5. Referat des Landesobmannes Genossen Lackner, 6. Neuwahlen, 7. Allfälliges.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurde der Genossinnen und Genossen gedacht, die im Berichtsjahr gestorben sind: Wilhelmine Augustin, Cäzilia Draxler, Christine Scheer und Franz Adler. Wir werden ihnen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Zehn Genossinnen und Genossen wurde anlässlich ihres 70., 75. und 80. Geburtstages ein Geschenk überreicht. Es waren dies die Genossin Grete Fuchs sowie die Genossen Rudolf Derler, Josef Draxler, Franz Kucnik, Rupert Moser, Ignaz Pierer, Lambert Prenn, Gottfried Purkarthofer, Konrad Ranzenbacher und Franz Terbosek.

In das Wahlkomitee wurden gewählt: Die Genossinnen Steffi Haberfellner und Fanny Sulzbacher sowie Genosse Rudolf Derler.

Obmann Genosse Jaritz berichtete, daß acht Landesleitungsitzungen, zwölf Bezirksgruppensitzungen und eine Jahresversammlung abgehalten wurden. Die Sprechstunden hatten regen Zuspruch. Außerdem veranstaltete die Bezirksgruppe einen Familienabend, wozu auch die Brucker Genossen eingeladen wurden. Für Unterhaltung sorgten die Kapelle Hackl, das Jodler-Duo Leichart und der Mundartsprecher Ignaz Pierer.

Am 12. Februar und am Allerheiligentag fand wie alljährlich ein Schweigemarsch zum Mahnmahl mit Kranzniederlegung statt. Im vergangenen Jahr wurde mit den Brucker Genossen eine Fahrt zum KZ Mauthausen durchgeführt.

Genosse Jaritz schloß seinen Bericht mit Dankesworten an den Bürgermeister Genossen Franz Fekete, den Betriebsrat der Firma Böhler und den Betriebsrat der Firma Felten, die uns stete Unterstützung angedeihen ließen. Besonderer Dank aber wurde unserem Landesrat Genossen Sepp Gruber gesagt, der immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen hatte.

Nach Erstattung des Kassenberichtes durch den Kassier Genossen Johann Schnabel, brachte Genossin Fanny Sulzbacher den Kontrollbericht. Sie stellte fest, daß die Kasse samt den Belegen genauestens überprüft und in bester Ordnung befunden wurde; sie stellte den Antrag auf Entlastung des Vorstandes. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Aus dem Bericht des Sozialreferenten, Genossen Josef Mühlbacher, ging hervor, daß in den letzten Berichtsjahren ungezählte schriftliche Ansuchen nach Wien weitergeleitet und nahezu alle in positivem Sinne erledigt wurden.

Landesobmann Genosse Hermann Lackner brachte sodann ein kurzes Referat über die politische Lage, welches mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Der Sprecher des Wahlausschusses, Genosse Rudolf Derler, brachte folgende Genossinnen und Genossen zum Vorschlag:

- | | |
|-------------------|---|
| 1. Obmann: | Genosse August Jaritz |
| 2. Obmann: | Genosse Josef Mühlbacher |
| 1. Kassier: | Genosse Johann Schnabel |
| 2. Kassier: | Genossin Fanny Sulzbacher |
| 1. Schriftführer: | Genosse Ignaz Pierer |
| 2. Schriftführer: | Genossin Gertrude Brunner |
| Sozialreferent: | Genosse Josef Mühlbacher |
| Kontrolle: | Die Genossin Steffi Haberfellner sowie die Genossen Rudolf Derler und Adolf Wukitschewitsch |
| Beisitzer: | Brandl, Fuchs, Reithofer |
| Subkassiere: | Haberfellner, Pierer, Reithofer, Schnabel, Sulzbacher |

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen. Alle Genossinnen und Genossen erklärten, die Wahl anzunehmen und ihre Funktion so wie bisher nach besten Kräften auszuüben. Der wiedergewählte Obmann Genosse August Jaritz dankte in seinem Schlußwort für das Vertrauen, das durch die einstimmige Wahl des Ausschusses zum Ausdruck gekommen war, und bekräftigte, daß er nun durch weitere zwei Jahre alles daransetzen wolle, unserer Sache mit besten Kräften zu dienen.

Dann schloß er die Jahresversammlung mit unserem Gruß „Freundschaft!“ und „Niemals vergessen!“

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)

Die Benützung der Bestände des Dokumentationsarchivs der Österreichischen Widerstandsbewegung, Altes Rathaus, Wien 1, Wipplingerstraße 8, ist jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 8 bis 17 Uhr möglich.

1010 Wien 1, Wipplingerstraße 6—8, Stiege III
Telephon 63 07 31/332

Herra
 Wilen Eduard
 Voltgasse 28-30/18/3/11
 1210 WIEN

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
 an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 1, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
- 2, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. und 3. Mi. 17 bis 19 Uhr
- 3, Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
- 4, Siebenbrunnfeldg. 5/Stiege 6/
Parterre links (Popp-Hof) Mi. 18 bis 19 Uhr
- 5, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
- 6, Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
- 7, Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
- 8, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
- 9, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
- 10, Simmeringer Hauptstraße 80 ... Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr
- 11, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
- 12, Jodlgasse 7/III Do. 17.30 bis 18.30 Uhr
- 13, Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
- 14, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
- 15, Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
- 16, Röttergasse 29 (Mieterverein.) Mo. 17 bis 18 Uhr
- 17, Gertzgasse 62 Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr
- 18, Billrothstraße 34 Di. 17 bis 19 Uhr
- 19, Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr
- 20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
- 21, Prager Straße 9 .. Jeden 2. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr
- 22, Donaufelder Str. 259 .. Jeden 2. Mo. 18 bis 19 Uhr
- 23, Breitenfurter Straße 358 Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

- Polizei: Telefon 63 06 71/243
 1, Postgasse 9, 1. Stock
 Fachausschuß Montag bis Freitag
 der Sicherheitsbeamten 8 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

- Niederösterreich:**
 Landesverband NÖ, Grillparzerstr.
 Nr. 14/III, Wien 1, Landespartei-
 sekretariat der SPÖ Jeden 1. Di. 9 bis 11 Uhr
 Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
 Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
 Wr. Neustadt, Wiener Straße 42, Jeden 1. Samstag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
 St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
 Schwechat, Rathausplatz 7 Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 14.30 bis 16 Uhr
- Burgenland:**
 Eisenstadt, Permayerstraße 2,
 Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr
- Kärnten:**
 Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
 II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Tägl. außer Sa.
 Arbeiterkammergebäude 10 bis 12 Uhr
- Oberösterreich:**
 Linz, Landstraße 36/1, Zimmer 3, Jeden 1. u. 3. Mi.
 Hotel „Schiff“, Hoftrakt 16 bis 18 Uhr
 Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
 Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr
- Salzburg:**
 Salzburg, Arbeiterheim, Paris-
 Lodron-Straße 21, II. Stock, Jeden Di. und Fr.
 Zimmer 56 8 bis 10 Uhr
- Steiermark:**
 Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mittwoch
 Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
 Bruck an der Mur,
 Schillerstraße 22
 Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mittwoch
 (Zimmer 14), Wiener Straße 18 bis 19 Uhr

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 20. Juli 1976